

AstA ZEITUNG

ZEITUNG DER STUDIERENDENSCHAFT DER UNIVERSITÄT FRANKFURT

Wohnen

Sommer

2026

**Faschi-
sierung**

Doppelausgabe



Impressum

Hrsg.

AStA der Universität
Frankfurt am Main

V. i. S. d. P.

AStA-Vorstand:
Bleta Berisha
Safin Rahi
Alessio Dale
Jay Hammes

Anschrift

Mertonstr. 26–28,
60325 Frankfurt a. M.

Web

www.asta-frankfurt.de

eMail

info@asta-frankfurt.de

Redaktion

AStA-Zeitungsreferat:
Lukas Geisler
Jule Tabel

Koordination & Administration

David Vollmer

Web

www.asta-zeitung.de

eMail

zeitung@asta-frankfurt.de

Druck

dierotationsdrucker.de, Esslingen

Gestaltung

gegenfeuer.net

Auflage

1.000

Jahrgang

2026

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder
des AStA oder der Redaktion wider.
Die Rechte der Artikel liegen bei den
Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt

Liegen bei niemanden. Geben Sie
diese Zeitung jeder x-beliebigen
Person für x Äquivalente weiter.

Bildnachweise

Die Bildrechte liegen bei den jeweiligen
Autor*innen oder sind direkt vermerkt.

Editorial

Tagesaktualität ist für eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift nur schwer herzustellen. Hinzu kommt, dass die *AStA-Zeitung* ihre Call for Papers bereits mit der vorherigen Ausgabe veröffentlicht. Auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren, ist deshalb nicht immer einfach. Oft ist zudem ungewiss, ob sich ausreichend Beiträge zu einem geplanten Schwerpunkt finden werden. Für alles Weitere gibt es normalerweise das »Forum«.

Dass wir diesmal ein Doppelheft vorlegen, hat mit einer eigentümlichen Konstellation zu tun: Die Entwicklungen überschlagen sich. Während die Wohnungsfrage seit Jahren die Lebensrealität vieler Studierender und Beschäftigter prägt, haben sich zugleich autoritäre und rechte Tendenzen in einem Tempo verdichtet, dass selbst die bürgerliche Mitte Bundeswehrsoldat*innen dazu rät, bei einem AfD-Verteidigungsminister zu desertieren (Felix Banaszak, Co-Vorsitzender der Grünen). Beide Themen drängen sich auf und beide sind enger miteinander verbunden, als es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Wohnungsnot und steigende Mieten machen sichtbar, wie tief die Verwertungslogik des Kapitals in den Alltag eingreift. Die Wohnungsfrage verweist auf grundlegende Widersprüche einer Gesellschaft, in der das Bedürfnis nach einem Zuhause den Anforderungen von Kapitalakkumulation untergeordnet wird. Auch die Faszisierungstendenzen der Gegenwart lassen sich nicht losgelöst von diesen Entwicklungen verstehen. Wo soziale Unsicherheit wächst, autoritäre Lösungen an Zustimmung gewinnen und gesellschaftliche Konflikte zunehmend entlang nationaler, kultureller oder rassifizierter Differenzen bearbeitet werden, verändern sich die Bedingungen auch für das alltägliche Leben.

Die beiden Schwerpunkte dieses Heftes stehen deshalb nicht nur zufällig nebeneinander. Beide werfen die gleiche Frage auf: Wie wollen wir in einer Gesellschaft leben, deren Versprechen von Freiheit und Gleichheit zunehmend unter Druck geraten?

Die folgenden kurzen Aphorismen nähern sich diesen Fragen aus unterschiedlichen Perspektiven und führen gleichzeitig in die Artikel der Ausgabe ein. Sie verstehen sich als Versuch, Entwicklungen zu beschreiben, die viele bereits spüren, deren Zusammenhang aber oft noch unklar bleibt.

FASCHISIERUNG. Eine Anfang der 1990er Jahre am Institut für Sozialforschung durchgeführte Studienstudie ging der Frage nach, ob es der politischen Rechten gelingen könnte, sich zu »intellektualisieren« und Zugang zu akademischen Milieus zu finden. Im Anschluss an Étienne Balibar stellte sich die Frage, wie Rassismus nachgewiesen werden kann, wenn er nicht mehr offen rassistisch argumentiert.

Fragen, die kaum aktueller sein könnten. Deutlich wird dies etwa bei *Clara Morgenstern*, die in dieser Ausgabe über die »Aktion451« schreibt. Anlass sind Flyer der Gruppierung, die auf dem Campus aufgetaucht sind. Dahinter verbirgt sich die Identitäre Bewegung; beteiligt sind auch Funktionär*innen der neu gegründeten AfD-Jugend. Kennzeichnend für diese Akteure ist der Versuch, sich als junge, intellektuelle und aktivistische Kraft zu präsentieren und zugleich rechte Positionen in ein modernisiertes Vokabular zu kleiden. Begriffe wie »Ethnopluralismus« oder »Remigration« sollen dabei anschlussfähiger wirken, ohne dass sich die politischen Inhalte grundlegend verändern.

WOHNEN. Urbanisierung und die Entstehung des Kapitalismus hängen strukturell miteinander zusammen. David Harvey thematisiert dies in *Rebellische Städte*, indem er heraushebt, dass die Stadt ein zentrales Produkt kapitalistischer Akkumulation ist. So produziert der Kapitalismus nicht nur eine ungeheure Warensammlung, sondern gestaltet auch ständig die gebaute Umwelt um. Überschüssiges Kapital wird in Immobilien, Infrastruktur und Stadtentwicklung investiert. Die ständigen Krisen, so Harveys These, werden durch räumliche Expansion gelöst oder zumindest verschoben. Ungefähr genauso alt wie der Kapitalismus ist also die moderne Wohnungsfrage.

Ein kurzer Überblick vom Beginn der Industrialisierung und Urbanisierung bis hin zu aktuellen stadt- und wohnungspolitischen Fragen findet ihr in dieser Ausgabe unter dem Titel: »Eine kurze Geschichte der Wohnungsfrage«.

FASCHISIERUNG. Weimerer Zustände sind zu beklagen. Nein, damit ist nicht die parallelenziehende Betrachtung des Endes der Weimarer Republik und der Zwanzigerjahre dieses Jahrhunderts gemeint, sondern ein Kulturstaatsminister mit einem fragwürdigen Kulturverständnis.

Wer sich näher mit dem Innenleben des Medienunternehmers und Staatsmannes auseinandersetzen möchte, kann nun in der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig oder online – frei zugänglich – ein Frühwerk des großen deutschen Denkers lesen. Die Hackerin und Aktivistin Martha Root hat Wolfram Weimers frühen Lyrikband *Kopfpilz* ausfindig gemacht, der Deutschen Nationalbibliothek übergeben und in digitalisierter Form für alle zugänglich gemacht. Die taz titelte dazu: »Kopfpilz« für alle«.

Online abrufbar unter: <https://pinkpower.lol/weimer/>

Alles Weitere zum Kulturstaatsminister und zum neuen deutschen Kulturverständnis findet sich im Interview mit *Fedor Renje* von der *Karl Marx Buchhandlung* in dieser Ausgabe.

WOHNEN. In »Auf Leerstand folgt Besetzung« rekapituliert Rolf Engelke die stadtpolitischen Auseinandersetzungen der 1970er Jahre in Frankfurt am Main, die als Frankfurter Häuserkampf in die Geschichte eingingen. Auch in den vergangenen Jahren hat Frankfurt erneut einen kleinen Besetzungsboom erlebt. Das Café Rabe, die Dondorf-Druckerei, das Berger Kino und die Gündi West sind Beispiele für erfolgreiche Besetzungen seit 2022.

Ob dies der Beginn eines neuen Bewegungszyklus oder bereits dessen Ende war, wird die Geschichte zeigen. Der Frankfurter Häuserrat veröffentlichte 1974 den Band *Wohnungskampf in Frankfurt*, ohne zu wissen, dass die meisten besetzten Häuser im Westend noch im selben Jahr geräumt oder – deutlich seltener – legalisiert werden würden und sich der Bewegungszyklus mit Straßenschlachten seinem Ende zuneigte.

Unzählige Mietstreiks sogenannter Gastarbeiter*innen endeten vor Gericht – häufig begleitet von nur geringer Solidarität seitens des linksaktivistischen Milieus.

Angesichts dieser historischen Erfahrungen bleibt zu hoffen, dass die Bewegung nicht vorschnell damit beginnt, sich selbst zu historisieren.

FASCHISIERUNG. Der italienische Marxist Antonio Gramsci schrieb seine *Gefängnishefte* unter den Bedingungen der Haft im faschistischen Italien der 1920er Jahre. Dort entwickelte er unter anderem den Begriff des Stellungskrieges. Im Gegensatz zum Bewegungskrieg, der auf die unmittelbare Eroberung politischer Macht zielt, beschreibt der Stellungskrieg die langwierigen Kämpfe um gesellschaftliche und kulturelle Hegemonie. Ihr zentraler Austragungsort ist die *società civile*: jenes Geflecht aus Schulen, Universitäten, Medien, Vereinen, Kirchen und kulturellen Institutionen, in dem politische Weltbilder geformt und gesellschaftliche Zustimmung organisiert werden. Wer die Gesellschaft verändern will, muss deshalb nicht nur Regierungen herausfordern, sondern auch um Deutungsmacht in der *società civile* ringen.

Dass politische Kämpfe nicht allein im Parlament oder auf der Straße ausgetragen werden, sondern ebenso in den Institutionen der *società civile*, gehört heute beinahe zum Allgemeingut kritischer Gesellschaftsanalyse. Spätestens seit Alain de Benoist hat das auch die politische Rechte erkannt. Vieles von dem, was heute unter dem Schlagwort »Kulturkampf« verhandelt wird, lässt sich als Ausdruck der rechten Aneignung Gramscis lesen. So weit, so bekannt. Oder doch nicht? Chiara Schubert schreibt über Ziegenhirten und Schweinepriester und plädiert dafür, den Stellungskrieg anzunehmen. Außerdem rezensiert sie den Sammelband des Kollektivs »Ifs dichtmachen!«, womit wohlgerne nicht das Frankfurter Institut für Sozialforschung, sondern Götz Kubitscheks Institut für Staatspolitik gemeint ist, das seit Anfang der 2000er Jahre das ideologische und strategische Zentrum der deutschen Neuen Rechten bildet.

WOHNEN. »Bauen, bauen, bauen« war die Strategie der alten Bundesregierung – und ist die der neuen. Auch in Frankfurt wird gebaut. Für Entspannung auf dem sogenannten »angespannten Wohnungsmarkt« sorgt das jedoch weiterhin nicht. Selbst die Mietpreisbremse scheint daran wenig zu ändern. Zwar konnte eine WG im Nordend vor Gericht knapp 30.000 Euro von ihrem Vermieter, einer Investmentgesellschaft, zurückfordern. Doch dieser Fall dürfte eher die Ausnahme sein – und Ausnahmen bestätigen bekanntlich die Regel.

Mitte Juni erklärte ein Gericht die hessische Mietpreisbremse zudem für ungültig. Offenbar hatte der hessische Wirtschafts- und Wohnungsbauminister Kaweh Mansoori deren Verlängerung im Herbst 2025 nicht ordnungsgemäß vorgenommen. Grundlage dafür war ein Gutachten, dem zufolge der Frankfurter Wohnungsmarkt gar nicht als angespannt einzustufen sei. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Ob es sich um eine Einzelfallentscheidung handelt oder die Mietpreisbremse allgemein außer Kraft gesetzt wird, war bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe rechtlich umstritten.

Laut Eigentümer*innenverbänden ist die Mietpreisbremse ohnehin »Gift für den Wohnungsmarkt« und schrecke Investorinnen ab – so jedenfalls die Position von »Haus & Grund« nachzulesen in einer Pressemitteilung und in der Berichterstattung des Hessischen Rundfunks. Als wären die Neubauviertel, die derzeit in Frankfurt entstehen, besonders lebenswert. Wie fragwürdig diese Entwicklung ist, diskutiert Patrick Kokoszynski in dieser Ausgabe am Beispiel des Schönhof-Viertels.

FASCHISIERUNG. In den Jahren nach der Studie des Instituts für Sozialforschung gelang es der Neuen Rechten nicht, sich langfristig an den Universitäten zu etablieren. Gleich mehrere Texte in dieser Ausgabe verweisen auf die aktuellen Versuche rechter Einflussnahme auf die Universitäten sowie die Gefahren, die davon ausgehen.

Paul Wörrlein zeigt in seinem Artikel auf, wie sich in den letzten Jahren im Umfeld der Universitäten ein weitreichendes Netzwerk zwischen Burschenschaften, Identitärer Bewegung und AfD etabliert hat. Juliette Martens schreibt über rechtsextreme Bedrohungen und Einschüchterungen, denen die Marburger Historikerin Christina Brüning ausgesetzt ist und wie schnell der Campus so zum Angstort werden kann.

Ob es der politischen Rechten bis hin zu faschistischen Kräften heute gelingt, eine wesentliche Kraft an Universitäten zu werden, hängt nicht zuletzt davon ab, ob ihnen eine konkrete antifaschistische Hochschulpolitik entgegengesetzt wird, wie es Emilia Svoboda in ihrem Text über Hochschulpolitik von rechts fordert.

WOHNEN. »Kleine Apartments statt Büros« titelte die FAZ im Juni 2026. Wegen der Schwierigkeit Büros zu vermieten, würden Investor*innen umdenken. Bei bis zu zwei Millionen Quadratmeter Büroleerstand kein Wunder. Deshalb werden jetzt einige Bürohochhäuser umgebaut. Ein Beispiel dafür ist das »Hochhaus am Turm«, ein älterer Büroturm, nahe des Eschenheimer Turms. Der neue Investor setzt fortan auf eine sogenannte Mischnutzung: Neben Büros soll es bald auch »86 sogenannte Serviced Apartments geben«, wie es in der FAZ heißt. Der Investor*innen-Clou: als möblierte Zimmer sind diese nicht an die Mietpreisbremse gebunden. Zusätzlich können weitere hotelähnliche Leistungen dazu gebucht werden. Auch ein 18-stöckiges Bürohochhaus in Niederrad soll umgebaut werden. Hier sind 364 Apartments geplant – darunter »220 vollmöblierte Micro-Living-Apartments sowie 144 Serviced Apartments«, wie es bei t-online heißt. Ähnliche Projekte gibt es auch im Gallus, nahe der Camberger Brücke auf dem Gelände eines früheren Autohauses. Auch hier sollte ursprünglich Büros entstehen, nun teilte aber der Investor mit, dass »angesichts der anhaltenden Schwäche des Frankfurter Büromarktes« (FAZ) man sich für eine Umplanung entschieden habe.

In der *Serviced-Micro-Living-Apartment-Hölle*, scheint jetzt eben mehr Geld zu holen zu sein, und so löst die Bourgeoisie die Wohnungsfrage. Aber natürlich so, dass die Lösung die Frage immer wieder von neuem erzeugt. Das wusste bereits Friedrich Engels. Und auch das Studierendenwerk betreibt jetzt ein sogenanntes Studierendenhostel, wie Lukas Geisler in dieser Ausgabe schreibt.

FASCHISIERUNG. Alberto Toscano unterzieht in seinem Werk *Spätfaschismus* die Faschismusdebatten der 1970er Jahre innerhalb der Black Radical Tradition einer produktiven Relektüre. Im Anschluss an Autor*innen wie Angela Y. Davis arbeitet er heraus, dass Faschismus weniger als abgeschlossene Herrschaftsform denn als Prozess begriffen werden sollte. Davis übernimmt von Herbert Marcuse den Begriff der »präventiven Konterrevolution« und zeigt am Beispiel des Gefängnissystems, dass faschistische Politiken keineswegs die gesamte Gesellschaft erfassen müssen, um wirksam zu sein. Während für bestimmte Bevölkerungsgruppen Entrechtung, Repression und Ausnahmezustand zur Normalität werden, gelten für andere weiterhin die Routinen und Normen bürgerlicher Freiheit.

In diesem Sinne ist Faschisierung ein disparater Prozess. Sie vollzieht sich ungleichzeitig und ungleich verteilt. Es ist daher durchaus denkbar, dass seit Jahren oder Jahrzehnten eine Art Grenzfascismus existiert: An den Außengrenzen, in Lagern, Abschiebezentren und Haftanstalten werden Praktiken erprobt und normalisiert, die mit den Idealen liberaler Rechtsstaatlichkeit nur schwer vereinbar sind. Als Bumerang-Effekt kehren diese Technologien der Kontrolle, Überwachung und Entrechtung nun in die kapitalistischen Zentren zurück und werden dort für breitere Teile der Bevölkerung sichtbar und erfahrbar.

Seit der Wiederwahl von Donald Trump als US-Präsident beschäftigt sich auch das Feuilleton und die Wissenschaft in der Bundesrepublik mit Faschismus. Caroline Pusch setzt sich in ihrer Sammelrezension mit vier weiteren aktuellen Publikationen zur Geschichte und Gegenwart von Faschismustheorie auseinander. Johanna Fankel rezensiert *Muskism* von Quinn Slobodian und Ben Tarnoff.

WOHNEN. In Frankfurt gibt es mehr als eine Zwangsräumung pro Tag. Hinter jeder steckt eine Geschichte, ein Mensch, ein konkretes Schicksal. *Phuong Thanh Tran* informiert in dieser Ausgabe über diese konkrete Problematik und zeigt kollektive Auswege auf.

Wer mit offenen Augen durch Frankfurt läuft, sind diese und andere Prekarisierungsprozesse offensichtlich. Nicht nur im Frankfurter Bahnhofsviertel, in dem eine moralische Panik auf die nächste folgt. Auch auf dem Campus Bockenheim ist Wohnungslosigkeit sichtbar. In Reaktion darauf hat die Goethe-Universität die Sitzgelegenheiten im Gebäude der Neuen Mensa entfernt. Auch die Toiletten im Keller in der Hauptbibliothek wurden geschlossen. Pinkeln darf nur noch, wer an der Goethe-Universität studiert oder sich ein Bibliotheksausweis beantragt. Dafür braucht es allerdings einen festen Wohnsitz. Problem für die Goethe-Universität gelöst.

FASCHISIERUNG. In der Bundesrepublik kann ein frisch gewählter Parteivorsitzender offenbar einen Skandal auslösen, wenn er das rechtswidrige Handeln der Bundesregierung – sei es durch europarechtswidrige Kontrollen an den deutschen Grenzen oder in völkerrechtlichen Fragen; Beispiele gibt es genug – in die Nähe der Politik der AfD rückt. Demgegenüber bemerkten der Direktor des Instituts für Sozialforschung, Stephan Lessenich, und der Historiker Sven Reichardt in einem Gastbeitrag für die *Süddeutsche Zeitung* treffend: »Schon vor dem aufhaltsamen Aufstieg von Trump oder der AfD war das zivilisatorische Eis dünner geworden, auf dem sich die westlichen Gesellschaften bewegten.« Ein aktuelles Beispiel für dieses dünner werdende Eis ist auch die BAföG-Debatte. Dieser nimmt sich *Lukas Geisler* in seiner Glosse »Billige Arbeitskräfte« an.

WOHNEN/FASCHISIERUNG. »Wie es mit dem Privatleben heute bestellt ist, zeigt sein Schauplatz an. Eigentlich kann man überhaupt nicht mehr wohnen.«, beginnt der Aphorismus »Asyl für Obdachlose« aus Theodor W. Adornos *Minima Moralia*. Der Aphorismus steht zwischen beiden Heftthemen, trennt und verbindet sie.

Soweit einige Vorbemerkungen zu dieser Ausgabe. Für alles Weitere wünschen wir euch eine anregende Lektüre der Doppelausgabe.

Lukas Geisler & Jule Tabel



Wohnen

- 10 Eine kurze Geschichte der Wohnungsfrage**
- 12 Auf Leerstand folgt Besetzung – »Häuserkampf« und urbane Kämpfe in Frankfurt zwischen 1970 und 1975**
Rolf Engelke | Eine Stadt für Alle!
- 14 Jede Zwangsräumung ist eine zu viel – Warum wir uns gegen die Verdrängung aus unserer Stadt wehren müssen**
Phuong Thanh Tran | Eine Stadt für Alle!
- 16 Stadt für Alle – Selbstverständnis**
Eine Stadt für Alle
- 18 Sonderangebot: 990 Euro für ein Zimmer mit Frühstück**
Lukas Geisler
- 20 Liminal Spaces und die Meta-Gentrifizierung der Wahrnehmung**
Patrick Kokoszynski
- 24 Thesen zur Lage und Perspektive der aktuellen Mieterbewegung**
Daniel Katzenmaier & Maximilian Rathke
- 26 Was ist die Mietergewerkschaft? Und was will sie?**

28 Asyl für Obdachlose
Theodor W. Adorno

Faschisierung

- 30 Ein Interview mit Fedor Renje
von der Karl Marx Buchhandlung**
Lukas Geisler
- 34 Identitäre Abwege:
Die »Aktion451« in Frankfurt**
Clara Morgenstern
- 38 Ziegenhirten und Schweinepriester**
Chiara Schubert
- 40 »Faschismus im intellektuellen Gewand.
Das rechte Institut für Staatspolitik«.
Eine Rezensionsnotiz**
Chiara Schubert
- 41 Billige Arbeitskräfte**
Lukas Geisler
- 42 Scharnier und Türöffner der extremen
Rechten: Wie Burschenschaften
und Identitäre verschmelzen**
Paul Wörrlein
- 44 Der Campus als Angstort:
Rechtsextreme Morddrohungen
gegen Marburger Professorin**
Juliette Martens
- 46 Festung der Vernunft?
Hochschulpolitik von rechts
und was zu tun wäre**
Emilia Svoboda
- 48 Die Anatomie der Destruktivität –
Zur Aktualisierung der Faschismustheorie
in der Krise des Spätkapitalismus**
Caroline Pusch
- 52 Das frankensteinische Monster des
zeitgenössischen Kapitalismus**
Johanna Fankel
- 56 Hans-Jürgen Krahel und die Rekonstruktion
der kritischen Gesellschaftstheorie –
Internationale Konferenz im Frankfurter
Archiv der Revolte**
- 58 Call for Papers**
Nähe



Eine kurze Geschichte der Wohnungsfrage

Der Beitrag war Teil der Dossiers im Kontext des MEHR Festivals der Otto Brenner Stiftung, das vom 16. bis 19. Juni 2026 in Frankfurt am Main stattfand.

Die Idee der sozialen Stadt entsteht aus dem Wunsch, gutes Wohnen für alle zu ermöglichen. Seit dem 19. Jahrhundert reagieren Reformbewegungen auf prekäre Lebensbedingungen in wachsenden Städten. Projekte wie das Rote Wien, das Neue Frankfurt oder der Reformbau in Hamburg zeigen, wie Architektur, Infrastruktur und politische Visionen zusammenwirken können, um gerechtere, gesündere und gemeinschaftlichere Städte zu gestalten.



Bild: Holzmann – Coignet (Beton) 1962 | www.deutsche-digitale-bibliothek.de

ab 1850: 🏠 Leben in der Stadt

Mit der Industrialisierung wuchsen Städte rasant. Arbeiterfamilien lebten oft in überfüllten, dunklen und unhygienischen Wohnungen, die kaum bezahlbar waren. Krankheiten und fehlende Infrastruktur prägten den Alltag, so dass der Sozialdemokrat Albert Südekum feststellte: „Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genauso töten wie mit einer Axt.“

ab 1870: 🏠 Mietskasernen

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurden im deutschen Kaiserreich in den Großstädten sogenannte Mietskasernen hochgezogen: Mehrstöckige Häuser mit Hinterhäusern, deren Besitzer*innen das Ziel hatten, eine möglichst hohe Rendite zu erzielen.

1870 – 1914: 🏠 Frühe Wohnreformen und Arbeitersiedlungen

Noch vor den großen Reformbewegungen entstanden erste Siedlungen für Arbeiter*innen, oft initiiert von Unternehmen oder Wohlfahrtsvereinen. Diese sollten soziale Konflikte eindämmen und Arbeitskräfte an Unternehmen und Regionen binden, blieben aber meist paternalistisch organisiert und boten nur begrenzte Verbesserungen.

→ **1880 – 1910:**

➡ Reformbewegungen

Zunehmende Kritik an den Lebensbedingungen führte zu Reforminitiativen, der Druck auf Kommunen und Politik stieg: bessere Belichtung, Grünflächen, Abwassersysteme, öffentliche Bäder. Stadtplanung wurde erstmals als Instrument sozialer Daseinsvorsorge diskutiert und breit politisiert.

→ **ab 1900:**

➡ Gartenstadtbewegung

Um die Jahrhundertwende entstand in England die Idee von Gartenstädten, die städtische Infrastruktur mit den Vorteilen ländlichen Wohnens verbinden sollten. 1903 wurde in Letchworth die erste Garden City errichtet, 1920 eine weitere in Welwyn. Ziel war gesundes, bezahlbares Leben in einer gemischten Siedlungsstruktur. Die Idee prägte viele soziale Wohnprojekte des frühen 20. Jahrhunderts.

→ **ab 1918:**

➡ Nach dem 1. Weltkrieg

Nach dem Ersten Weltkrieg litten die Menschen in Europa unter zerstörter Infrastruktur und Armut. Inflation, Mietsteigerungen und Wohnungsmangel prägten das Alltagsleben – viele Menschen lebten beengt, in Notquartieren oder in veralteten Mietskasernen.

→ **1919 – 1934:**

★ Rotes Wien

Wien schuf unter sozialdemokratischer Führung über 60.000 Gemeindewohnungen. Dies war Teil des Roten Wiens, einer umfassenderen Kommunalpolitik zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt. Ausgestattet mit großen Hofflächen, kombinierten sie Wohnen, soziale Infrastruktur und Gemeinschaftsflächen und prägen bis heute Teile der Stadt. Das bekannteste Beispiel ist der Karl-Marx-Hof, mit 1050 Metern das längste zusammenhängende Wohngebäude der Welt.

→ **1925 – 1930:**

✱ Neues Frankfurt

Das Stadtplanungsprogramm Neues Frankfurt modernisierte die Stadt und wurde international zum Vorbild für soziale Wohnreformen. Zwischen 1925 und 1930 wurden mehrere Siedlungen mit insgesamt 12.000 Wohnungen errichtet. Neben dem Bau neuer Wohnquartiere und Grünflächen wurde Infrastruktur für das soziale Zusammenleben geplant und zum Teil verwirklicht: Schulen, Sportanlagen, Kindergärten, Gesundheits- und Fürsorgeeinrichtungen. Viele Projekte und Bauten prägen Frankfurt bis heute.

→ **1920er – 1930er:**

➡ Hamburgischer Reformwohnungsbau

Unter Oberbaudirektor Fritz Schumacher baute Hamburg in der Zwischenkriegszeit genossenschaftliche und städtische Wohnungen mit großen Innenhöfen und guter Anbindung. Die Siedlungen verbanden funktionale Architektur mit sozial orientierter Wohnpolitik.

→ **1945 – 1960er:**

➡ Wiederaufbau und sozialer Wohnungsbau

Durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs entstand massiver Wohnraum-mangel. Die beiden deutschen Staaten reagierten mit groß angelegtem sozialem Wohnungsbau, oft standardisiert und funktional, um schnell möglichst viele Wohnungen zu schaffen. 1950 verabschiedete der Bundestag in Westdeutschland das erste Gesetz zum sozialen Wohnungsbau.

→ **1960er – 1970er:**

🏠 Großsiedlungen

Großsiedlungen sollten modernes, bezahlbares Wohnen ermöglichen, stehen jedoch häufig wegen sozialer Segregation und städtebaulicher Probleme in der Kritik.

→ **1970er – 1980er:**

👉 Neue soziale Bewegungen und »Recht auf Stadt«

Im Zuge der 68er-Bewegung kritisierten neue stadtpolitische Bewegungen Verdrängung, Abrisspolitik und hohe Mieten. In Frankfurt kam es von 1970 bis 1974 im Stadtteil Westend zum Frankfurter Häuserkampf gegen Leerstand und Grundstücksspekulation. Forderungen nach Mitbestimmung und einem »Recht auf Stadt« gewannen überregional an Bedeutung.

→ **1990er – 2000er:**

🏠 Privatisierung und Finanzialisierung

Ab den 1990er Jahren verkauften viele Städte öffentliche Wohnungsbestände. Wohnraum wurde zunehmend als Anlageobjekt behandelt, was steigende Mieten und neue soziale Ungleichheiten zur Folge hatte.

→ **ab 2010:**

💬 Wohnungskrise und neue Debatten

Steigende Mieten und Wohnungsknappheit prägen viele Großstädte und machen sie für immer mehr Menschen unbezahlbar. Es gibt politische Auseinandersetzungen um »Mietendeckel«, die Enteignung großer Wohnungskonzerne (z. B. Deutsche Wohnen & Co enteignen) und eine Rückkehr zu gemeinwohlorientierter Wohnungspolitik.

Die AStA Zeitung dankt der
Otto Brenner Stiftung
für die Erlaubnis der Zweit-
veröffentlichung.

Auf Leerstand folgt Besetzung

»Häuserkampf« und urbane Kämpfe in
Frankfurt zwischen 1970 und 1975

Rolf Engelke – Eine Stadt für Alle!



Die seit einigen Jahren in Frankfurt am Main – und anderswo – stattfindenden Wohnungskämpfe, Mieter*innen-Proteste und Hausbesetzungen, sind nicht vom Himmel gefallen. Vor allem Mietstreiks und Besetzungen sind in Frankfurt seit den 1960er Jahren die Kampfformen, in denen Widerspruch der Mieter*innen gegen das Regime der Immobilieneigentümer (und der Stadt als williger „Vollstreckungsbehörde“) zum Ausdruck gebracht wird. In den frühen 1970er Jahren, wenige Jahre nach 1968, galt Frankfurt geradezu als „Hauptstadt der Hausbesetzungen“. Im September 1970 wurde durch Hausbesetzer*innen das erste Haus durch eine Besetzung angeeignet, die Eppsteiner Str. 47, eine klassische Westend-Villa. Dies löste geradezu eine Welle von Hausbesetzungen mit Schwerpunkt im Westend aus, getragen vor allem von Jugendlichen und Studierenden; aber auch für migrantische Familien gab es reichlich Anlass, ihre oft erbärmlichen, baufälligen und zudem noch teuren Unterkünfte mit großzügigen Wohnungen in besetzten Häusern im Westend zu „tauschen“. Insgesamt wurden zwischen 1970 und 1975 in Frankfurt rund 20 Häuser besetzt, einmalig in der Bundesrepublik. Erst in den 1980er Jahren gab es erneut einen vergleichbaren „Boom“ an Besetzungen, dieses Mal aber überwiegend von West-Berlin ausgehend.

Was sind die Hintergründe für diese Besetzungswelle? Ein zentrales Moment ist die um 1960 einsetzenden grundlegende Umstrukturierung von Frankfurt zum kontinentaleuropäischen Finanzzentrum. Dies erforderte mehr Raum für die Finanzindustrie, für Bankentürme und Versicherungspaläste, für „finanznahe Dienstleistungen“ mit hohem Bürobedarf. Von den politischen Verantwortlichen der sozialdemokratisch regierten Stadt wurde der benötigte Raum vor allem im Westend gesichtet. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts war das Westend eine Art Villenkolonie vor allem für Frankfurts Geldadel. Als

Begriff für das von Investoren geplante „neue Westend“ machte der Begriff „Cityerweiterungsgebiet“ die Runde, von Stadtplanern um den damaligen Stadtentwicklungsdezernenten Hans Kampffmeyer (SPD) in Umlauf gebracht.

Dass die Umwandlung des Westends zum neuen Bankenviertel nicht ohne gesellschaftliche Brüche zu realisieren war, liegt auf der Hand. Innerhalb weniger Jahre wurde große Teile der Bevölkerung aus ihren Wohnungen vertrieben, massenhaften Leerstand machte sich breit, als ein Art „Zwischennutzer“ wurde vor allem migrantische Familien und Studierende einquartiert. Und ein neuer Akteur tauchte auf: rebellische Jugendliche. Die überall im Westend sichtbaren leerstehenden Häuser, darunter auch zahlreiche hochherrschaftliche Villen, luden geradezu zum Besetzen ein und neue Formen des Zusammenlebens (ohne Mietzahlung) zu erproben. Dazu ein Beispiel von vielen: Die Villa im Grüneburgweg 113 war von ihrem Besitzer Ali Selmi, einem iranischen Bankier und Eigentümer von erheblichem Grundbesitz in der Stadt, war eigentlich zum Abriss vorgesehen, was für reichlich Empörung im Stadtviertel sorgte. Im Oktober 1971 versuchte eine Gruppe von Jugendlichen der linken Szene das schon längere Zeit leerstehende Gebäude zu besetzen. Diese Besetzung wurde durch einen massiven und blutigen Polizeieinsatz verhindert – Anlass für weitere Empörung, auch in den Medien und selbst in der Sozialdemokratie. Der Oberbürgermeister Walter Möller (SPD) geriet politisch in die Defensive und ließ weitere Hausbesetzungen erst einmal zu.

Erst nach zahlreichen weiteren Besetzungen (und einigen gescheiterten Besetzungsversuchen) schlugen Staat, Justiz und das Immobilienkapital zurück. Die im „Frankfurter Häuserkampf“ zwischen 1971 und 1974 angeeigneten Räume wurden durch harte Polizeieinsätze wieder geräumt; sie wurden wieder Leerstand,

bis die Abrissbirne kam und Trümmerlandschaften hinterließ, auf denen dann – oft erst nach Jahren – Glaspaläste der Finanzindustrie errichtet wurden. Einige wenige (ehemals) besetzte Häuser, vor allem Villen aus den sogenannten Gründerjahren um 1900, überlebten, nachdem das Immobilienkapital auch den Altbau als mögliche Kapitalanlage neu entdeckt hatte. Beispiel für diese Entwicklung im Kontext des Denkmalschutzes ist wiederum die Villa Grüneburgweg 113. Auch hier kam beim Hauseigentümer Selmi der Denkmalschutzgedanke zum Tragen. Statt den Abrissbagger zu rufen, brezelte Selmi seine Villa gewaltig auf und machte sie quasi zur Luxusimmobilie – heute ist in dem sehenswerten Gebäude eine Anwaltskanzlei der besonderen Art untergebracht. Diese ist spezialisiert auf die Verteidigung von Beschuldigten in sogenannten Cum-Ex-Verfahren, Experten für Straffreiheit bei organisierten Geldwäsche und Steuerbetrug.

Was bleibt vom „Frankfurter Häuserkampf“ angesichts der Wellen von Gentrifizierung, Umstrukturierung und Vertreibung der Mieter*innen, die seit den 1970er Jahren mehrfach über die „Global City Frankfurt“ hinweggerollt sind? Die Idee der Aneignung des Wohnens jenseits der Kapitalanlage, ja der Nutzung der Stadt als Lebensraum, kann letztlich nicht auf Dauer aus den Köpfen vertrieben werden. Dondorf-Druckerei, „Café Rabe“ sind nur wenige aktuelle Beispiele dafür, dass sich die Idee eine Stadt für Alle jenseits der Gesetze des Marktes immer wieder in praktischen politischen Interventionen realisieren kann. Und dass Leerstand immer mehr ist als Leer-Stand: Er ist auch Aufforderung, Leerstand in Aneignung zu überführen.



Frankfurter Archiv der Revolte e.V., Offenes Haus der Kulturen e.V., Institut für Selbstorganisation e.V. (Hrsg.)
Dieses Haus ist besetzt! Frankfurter Häuserkampf 1970 – 1974.
 Dokumentation einer Ausstellung
 Dezember 2020, erschienen im Frankfurter Archiv der Revolte Verlag, 16 €

Jede Zwangsräumung ist eine zu viel

Warum wir uns gegen die Verdrängung aus unserer Stadt wehren müssen



Phuong Thanh Tran – Eine Stadt für Alle!



Gerne können wir euch physische Exemplare der Broschüre gegen Zwangsräumungen geben. Außerdem laden wir euch herzlich zu unseren offenen *Eine-Stadt-für-Alle!*-Treffen ein.

Schreibt uns bei Interesse an den genauen Terminen gerne eine E-Mail an stadtfueralle_ffm@riseup.net oder kontaktiert uns über unseren Instagram-Kanal [@stadt_fuer_alle](https://www.instagram.com/stadt_fuer_alle).

Mehr als eine Zwangsräumung pro Tag – das ist die Realität in Frankfurt am Main. 2025 wurden in Frankfurt 757 Zwangsräumungen ausgesprochen, von denen 488 tatsächlich vollzogen wurden¹. Das entspricht einem Anstieg von über 16 Prozent innerhalb eines Jahres. Bundesweit wurden 2024 mehr als 32.000 Haushalte zwangsgeräumt, Tendenz steigend. Frankfurt, die Stadt mit den zweithöchsten Mietpreisen Deutschlands, ist dabei keine Ausnahme, sondern Paradebeispiel eines Wohnungsmarktes, der Profit über die Grundbedürfnisse von Menschen stellt.

Hinter jeder dieser Zahlen steht kein abstrakter Fall, sondern ein Mensch, eine Familie, ein konkretes Schicksal. Zwangsräumungen treffen dabei nicht alle gleich: Sie treffen überproportional Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern und ältere Menschen – also jene, die ohnehin am stärksten unter dem unsozialen Wohnungsmarkt leiden. Aber: Zwangsräumungen treffen zunehmend auch andere Gruppen, da Räumungsklagen zunehmend als Instrument der Ertragssteigerung eingesetzt werden – auch gegen zahlungsfähige Mieter*innen, um teurer neu zu vermieten.

Wenn das Zuhause zur Verhandlungsmasse wird

Der Fall der Familie Taouil aus dem Nordend zeigt, wie rücksichtslos auch öffentliche Wohnungsunternehmen agieren können². Die sechsköpfige Familie sollte ihre Sozialwohnung der städtischen ABG Holding verlassen, nachdem sie sich jahrelang gegen Schimmel in der Wohnung

gewehrt hatte – dem ging ein jahrelanger Rechtsstreit voraus. Die ABG bestand bis zuletzt und trotz der Notlage der Familie auf der Räumung. Nur durch öffentlichen Druck, Solidaritätsaktionen und parlamentarische Interventionen konnte die Zwangsräumung mitten im Corona-Winter 2020 verhindert werden.

Auch Gabrielle K., die seit 1979 in einer Wohnung der landeseigenen Nassauischen Heimstätte in Niederrad lebt, sollte ihre Wohnung verlieren – kurz nachdem sie ihre pflegebedürftige Mutter bis zu deren Tod betreut hatte³. Der eigentliche Grund: Sie hatte sich öffentlich gegen eine energetische Modernisierung gestellt. Wer sich lautstark wehrt, wird offenbar zur „Querulantin“ erklärt und vor die Tür gesetzt.

Diese beiden Fälle stehen exemplarisch für ein strukturelles Problem: Auch öffentliche Wohnungsgesellschaften handeln in der Praxis oft wie private, gewinnorientierte und institutionalisierte Wohnungskonzerne. Wenn selbst öffentliche Akteure ihre eigenen Mieter*innen einschüchtern und verdrängen, liegt das Problem nicht in einzelnen „drastischen Beispielen“, sondern im System selbst.

Eine Zwangsräumung ist niemals nur ein Wohnungsverlust

Wer zwangsgeräumt wird, verliert weit mehr als vier Wände. Zwangsräumungen bedeuten den unumkehrbaren Verlust des Zuhauses und die Zerstörung des Lebensmittelpunktes. Im schlimmsten Fall droht die Unterbringung in einer Notunterkunft oder Obdachlosigkeit. Kinder verlieren ihre Schule, ihre Freund*innen, ihre Bezugspersonen. Zwangsräumungen lösen keine Probleme – sie verschärfen sie. Wer



ohnehin in einer prekären Lage steckt, wird durch die Räumung in eine noch tiefere Abwärtsspirale aus Verarmung und sozialer Isolation gedrängt.

Der Austausch der Wohnbevölkerung ist kein Nebeneffekt eines ansonsten funktionierenden Marktes, sondern wird gezielt einkalkuliert. Denn der Wohnungsmarkt funktioniert nach einem zutiefst unfairen Prinzip: Wer sich die Miete nicht mehr leisten kann, muss gehen. Denn: In fast allen Fällen – 2023 waren es über 94 Prozent – sind Mietschulden der Grund für die Kündigung⁴. Zwangsräumungen sind also immer auch Ausdruck eines Verteilungsproblems, welches enorme Ausschlüsse produziert. Diese Verdrängungsprozesse sind nicht naturgegeben. Sie sind das Ergebnis politischer Entscheidungen: jahrzehntelange Privatisierung öffentlichen Wohnraums, dem Umbau der öffentlichen Wohnungsgesellschaften zu profitorientierten Akteur*innen, eine Abkehr vom sozialen Wohnungsbau, unzureichender Mieter*innenschutz und eine Stadtpolitik, die sich viel zu oft den Interessen der Immobilienwirtschaft beugt.

Warum zivilgesellschaftliche Intervention notwendig ist

Die Fälle Taouil und Gabrielle K. zeigen aber auch: Zwangsräumungen sind kein unabwendbares Schicksal. Sie können verhindert werden – wenn Betroffene nicht allein gelassen werden. Entscheidend ist dabei eine Kombination aus mehreren Faktoren: Öffentlichkeitsarbeit, die dem oft anonymen Vorgang ein konkretes Gesicht gibt; Solidaritätsaktionen und Kundgebungen, die Druck aufbauen; die enge Zusammenarbeit mit den Betroffenen selbst; Vernetzung mit Beratungsstellen sowie direkte Aktionen.

Ob eine Verhinderung gelingt, hängt wesentlich von den politischen Kräfteverhältnissen vor Ort ab. Vermieter*innen und Stadtpolitik scheuen negative Schlagzeilen – das verschafft uns als Zivilgesellschaft einen Hebel. Doch dieser Hebel wirkt nur dort, wo Öffentlichkeit hergestellt wird. Die überwältigende Mehrheit der jährlich hunderten Frankfurter Zwangsräumungen findet ohne jede mediale Aufmerksamkeit statt – unsichtbar für die Stadtgesellschaft, real für die Betroffenen.

Zu spät ist zu spät: Warum frühzeitige Hilfe entscheidend ist

Eine zentrale Erkenntnis aus unserer aktivistischen Arbeit: Der Weg in die Zwangsräumung beginnt nicht mit dem*der Gerichtsvollzieher*in vor der Tür, sondern Monate, manchmal Jahre vorher – mit der ersten Mahnung, der ersten Kündigung, dem ersten ungeöffneten Brief. Genau hier entscheidet sich oft, ob eine Räumung noch abgewendet werden kann. Wer erst reagiert, wenn der gelbe Brief mit dem Räumungstermin im Briefkasten liegt, hat kaum noch Handlungsspielräume. Wer sich dagegen frühzeitig informiert, kann Fristen nutzen, Mietschulden über die Wohnungssicherung klären lassen oder Kündigungen auf Formfehler prüfen lassen.

Deshalb haben wir gemeinsam mit der Stadtforscherin Sarah Klosterkamp vom Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt an der Broschüre „Drohender Wohnungsverlust in Frankfurt?“⁵ mitgewirkt, die kompakt erklärt, wie ein Räumungsverfahren abläuft, welche Rechte Mieter*innen haben und welche Beratungsstellen helfen können. Denn Wissen ist hier buchstäblich existenzsichernd: Scham und Ohnmacht führen häufig dazu, dass Betroffene sich zurückziehen, statt aktiv zu werden – genau das gilt es zu verhindern.

Unsere Rolle: Solidarität, die konkret wird

Als *Eine Stadt für Alle!* verstehen wir uns nicht als Zuschauer*innen von Verdrängungsprozessen, sondern als Teil des Widerstands dagegen. Wenn uns Betroffene erreichen, stehen wir solidarisch an ihrer Seite – mit konkreter, praktischer Unterstützung statt bloßer Symbolpolitik.

Das heißt für uns: Wir klären über grundlegende Mieter*innenrechte auf. Wir vermitteln an die richtigen Anlaufstellen – Rechtsberatung, städtische Stellen zur Wohnungssicherung oder psychosoziale Dienste – statt Menschen mit ihrem Problem allein zu lassen. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit, weil eine Zwangsräumung, die im Verborgenen geschieht, leichter durchzusetzen ist als eine, die eine Geschichte hat, die die ganze Stadt kennt. Und wir

wissen: Wer von Wohnungsverlust bedroht ist, steht oft nicht nur vor einem rechtlichen, sondern vor einem existenziellen Problem. Viele Betroffene sind psychisch am Limit, isoliert, verzweifelt. Deshalb gehört für uns auch psychische Unterstützung und das Gefühl, mit der eigenen Situation nicht allein zu sein, untrennbar zu unserer solidarischen Praxis dazu.

Was wir fordern

Einzelne verhinderte Räumungen sind wichtige Etappensiege, lösen aber nicht das strukturelle Problem. Wir brauchen eine grundlegend andere Wohnungspolitik: Zwangsräumungen müssen endlich der Vergangenheit angehören. Öffentliche Wohnungsgesellschaften wie die ABG oder Nassauischen Heimstätte müssen ihrem sozialen Auftrag tatsächlich gerecht werden, statt profitorientiert zu agieren wie private Konzerne. Es braucht mehr bezahlbaren und sozialen Wohnraum statt Luxusneubau. Und es braucht eine Politik, in der Mieter*innen nicht diffamiert, sondern – gemäß ihren Bedürfnissen – unterstützt werden.

Wohnen ist ein Menschenrecht, keine Ware. Solange dieser Grundsatz nicht die Realität in Frankfurt bestimmt, bleibt nur eines: hinsehen, organisieren, dagegenhalten. Jede einzelne Zwangsräumung ist eine zu viel. Wir werden uns weiterhin gegen Zwangsräumungen wehren – an der Seite der Betroffenen, gemeinsam mit allen, die eine solidarische Stadt für alle wollen statt einer Stadt für die, die es sich leisten können.

Wer von Wohnungsverlust bedroht ist oder jemanden kennt, der betroffen ist: Meldet euch frühzeitig und sucht nach Unterstützung. Jeder Tag zählt.



¹ Anfrage der Fraktion Die Linke im Römer F49/2026, unter: https://www.stvv-frankfurt.de/download/F_49_2026.pdf (letzter Zugriff: 15.06.2026)

² Pressemitteilung von Eine Stadt für Alle! vom 16.07.2021: »Aktivismus wirkt: Zwangsräumung im Nordend verhindert«, online abrufbar unter: <https://frankfurter-info.org/news/aktivismus-wirkt-zwangsräumung-im-nordend-verhindert> (letzter Zugriff: 15.06.2026)

³ Mehr Informationen zur Geschichte von Gabrielle K. unter: <https://www.stadt-fuer-alle.net/?p=1995> (letzter Zugriff: 15.06.2026)

⁴ Bericht des Magistrats B 230/2024 vom 07.06.2024, in: https://www.stvv-frankfurt.de/download/B_230_2024.pdf (letzter Zugriff: 15.06.2026)

⁵ Die Broschüre »Drohender Wohnungsverlust in Frankfurt?« ist online auf unserer Webseite abrufbar: <https://www.stadt-fuer-alle.net/?p=2104>

Stadt für Alle – Selbstverständnis

Eine Stadt für Alle ist eine Initiative für städtisches Leben jenseits von Profitlogik und Verdrängung. Wir setzen uns für das Recht auf Wohnen, Teilhabe und ein solidarisches Miteinander ein – in einer Stadt, die allen gehört.

Frankfurt ist geprägt von sozialer Spaltung, steigenden Mieten und Gentrifizierung. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen verlieren ihre Wohnungen, vertraute Nachbarschaften lösen sich auf, kulturelle und soziale Räume verschwinden. Dem setzen wir unsere Solidarität und unseren Widerstand entgegen.

Wir kämpfen für eine Stadt, in der Wohnen keine Ware ist. Das bedeutet: bezahlbare Mieten, ein Ende von Leerstand, Schutz vor Zwangsräumungen und eine Wohnungsverwaltung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht am Gewinn orientiert;

Aufgaben, die eigentlich von der Stadt – für Ihre Bevölkerung und entgegen den Interessen von Immobiliengesellschaften und ihrer Kapitaleigner – übernommen werden sollten. Stattdessen trägt Sie mit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ABG Holding Mitverantwortung für die sich verschärfende Wohnungsnot.

Wir fordern eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Stadtbevölkerung ausrichtet und nicht den profitorientierten Investoren den roten Teppich ausrollt.

Unser Engagement geht aber auch über das Thema Wohnen hinaus. Wir stehen an der Seite all jener, die unter den Folgen der kapitalistischen Verwertungslogik leiden oder sich dagegen wehren – von wohnungslosen und suchtkranken Menschen bis hin zu Aktivist*innen, die für eine gerechte Stadt kämpfen.

Wir sind eine offene Gruppe und freuen uns immer über interessierte Personen.

Wenn ihr also Lust habt, uns kennen zu lernen und euch stadtpolitisch zu engagieren, meldet euch gerne bei uns.

E-Mail: stadtfueralle_ffm@riseup.net

Instagram: [@stadt_fuer_alle](https://www.instagram.com/stadt_fuer_alle)



Café KoZ



WWW.CAFEKOZ.DE



MERTONSTRASSE 26–28



UNSERE ÖFFNUNGSZEITEN

DIENSTAG: 11.30 – 00.00

MITTWOCH: 11.30 – 00.00

DONNERSTAG: 11.30 – 01.00

Sonderangebot:

990 Euro für ein Zimmer mit Frühstück

Lukas Geisler

„SO FLEXIBEL WIE DEIN STUDI-LIFE“, steht in großen Lettern auf einem Beitrag in den sozialen Medien des Studierendenwerkes Frankfurt am Main zu Beginn des Sommersemesters 2026. Damit wird ein Studierendenhostel mit dem Namen „HOME“ beworben. Betrieben wird es vom Studierendenwerk.

Sonderkonditionen gibt es für eingeschriebene Studierende: Wer sich als Student*in einer Frankfurter Universität oder Hochschule für mindestens drei Monate einmietet, zahlt 21 Euro pro Nacht (630 Euro im Monat). Bei kürzeren Aufenthalten bis zu 30 Tagen 25 Euro pro Nacht (750 Euro im Monat), ab sieben Nächten 30 Euro pro Nacht (210 Euro pro Woche). Dazu lässt sich direkt ein Frühstück mitbuchen für 8 Euro pro Tag im Vorfeld oder je nach Bedarf für 10,50 Euro einzeln buchen. Da es weder in den Zimmern noch in den Gemeinschaftsräumen eine Küche gibt, scheint das Frühstück durchaus sinnvoll.

„Es ist kurz vor Semesterbeginn und Du hast noch keine Unterkunft? Nutze unser Studierendenhostel HOME“, heißt es im Beitrag aus dem März. Es sei „ideal als Übergangslösung“. Rechnet man den Monatstarif von 750 Euro plus das im Voraus gebuchte Frühstück zusammen, ergibt sich ein Betrag von 990 Euro (zum Vergleich: der aktuelle BAföG-Höchstsatz liegt bei 992 Euro monatlich).

Backpacken oder Studieren?

Vieles erinnert eher an Backpacken in Südostasien als an ein Angebot für Studierende. „Welcome Voyager“ prangt auf der Website: „In unserem Hostel trifft modernes Design auf einladende Gemütlichkeit. @HOME bietet die perfekte Kombination aus einem entspannten Ambiente und lebendigem City-Vibe.“ Neben Einzelzimmern, die sonst ab 49 Euro gebucht werden können, bietet das Studierendenhostel auch Schlafkapseln ab 30 Euro

sowie Zwei- und Dreibettzimmer ab 88 Euro, jeweils pro Nacht.

Gelegen im beliebten Frankfurter Stadtteil Bockenheim, genauer im neugebauten Schönhof-Viertel, in direkter Nähe zum Frankfurter Westbahnhof – mit guter Anbindung zur Messe, Hauptbahnhof und Flughafen – ist das laut Website ein preisgünstiges Angebot „für einen Business-Trip oder eine Städtereise“. Aber für Studierende? Auch das Studierendenwerk gesteht auf Anfrage der AStA-Zeitung ein, dass die Auslastung eher gering sei, allerdings kontinuierlich wachse. Dabei habe sich „die Bekanntheit und Nachfrage von Nichtstudierenden bislang besser entwickelt als die von Studierenden“.

Generell beziffert das Studierendenwerk den Bedarf an Wohnheimplätzen für Studierende auf 7.000 bei momentan circa 3.500 bestehenden. In den kommenden Jahren sollen „mindestens 1.000 weitere Plätze“ realisiert werden – sofern „geeignete Grundstücke und eine ausreichende öffentliche Förderung zur Verfügung stehen“, wie das Studierendenwerk mitteilt.

Besser als nichts ... ?

Das Hostel soll kein klassisches Studierendenwohnheim sein. Es wurde vom Projektpartner im Schönhof-Viertel, den Nassauischen Heimstätten, „nach dem Bebauungsplan auf einem Gewerbegrundstück“ errichtet. Diese vermieten es wiederum an das Studierendenwerk. Nach Angaben des Studierendenwerkes hätten sie den Wunsch vorgetragen, „dort auch ein klassisches Studierendenwohnheim zu realisieren“. Weder diesem Wunsch wurde entsprochen, noch wurde eine öffentliche Finanzierung durch das Land Hessen oder die Stadt Frankfurt sichergestellt, „um noch günstigere Studienpreise zu erreichen“. Dabei „kann und soll“ das Hostel keinen „günstigen und hochschulnahen Wohnraum“ ersetzen, „sondern richtet sich an Studierende, die

eine Übernachtungsmöglichkeit für einen Bedarf von wenigen Tagen oder mehreren Wochen suchen“.

Also besser als nichts? In der öffentlichen Debatte und wissenschaftlichen Forschung wird zunehmend kritisch diskutiert, ob temporäre und vergleichsweise hochpreisige Wohnangebote – auch wenn sie als „Übergangslösung“ deklariert sind – mittelbar zur weiteren Preissteigerung auf dem studentischen Wohnungsmarkt beitragen können. Auf die Frage, ob das Studierendenhostel die allgemeinen Miet- und WG-Zimmerpreise eher treibe als abschwäche, verweist das Studierendenwerk vor allem auf die fortschreitende Internationalisierung der Hochschulen.

Hier sei eine „Verfügbarkeit von Wohnraum oft entscheidend für die Auswahl des Studienortes und den Studienplatzantritt“. Dementsprechend führe die Schaffung von „Kurzzeitunterkünften“ dazu, „dass sich Studierende für den Hochschulstandort Frankfurt am Main entscheiden“ und sich vor Ort „in Ruhe nach einer Wohnung umsehen zu können“. Also internationaler Wettbewerb um die besten Köpfe statt bezahlbares Studium für die Mehrheit? Diesen Vorwurf muss sich das Studierendenwerk mindestens gefallen lassen.

Leerstand und Boardinghouses

Neben dem Studierendenwerk stehen allerdings vor allem das Land Hessen und die Stadt Frankfurt in der Pflicht. Sie sind gemeinsam die Mehrheitseigner der Nassauischen Heimstätten als öffentliches Unternehmen. Die Stadt Frankfurt beschließt die Bebauungspläne, in denen festgeschrieben wird, was wo gebaut werden darf, und das Land Hessen finanziert das Studierendenwerk. Dass bezahlbarer Wohnraum für Studierende dringend benötigt wird, scheint zwar in der Politik angekommen zu sein, dabei bleibt es aber allzu oft bei schmalen Lippenbekenntnissen.



Dabei ist Frankfurt nicht erst seit gestern Leerstandshauptstadt der Republik. Bis zu zwei Millionen Quadratmeter Büro-leerstand soll es geben. Trotzdem wird der Bau von immer mehr Bürohochhäusern genehmigt. Wie lange Frankfurt so ein attraktiver Standort für internationale Studierende bleibt, denen ein Studium in England zu teuer ist und die sich nach europäischen Alternativen umschauen, bleibt abzuwarten. Studierende ohne größeres Budget bleiben in jedem Fall auf der Strecke.

Vor allem sogenannte Boardinghouses, mit denen das Studierendenhostel durchaus verglichen werden kann, sprießen sowohl in Frankfurt als auch in Offenbach wie Unkraut aus dem Boden. Damit gemeint sind Zimmer oder Apartments mit hotelähnlichen Leistungen. Für Investoren sind diese oft gewinnversprechender als gewöhnliche Immobilien. Da sie möbliert sind, sind sie nicht an die Mietpreisbremse gebunden. Ob sich das Studierendenwerk an solchen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt beteiligen sollte, steht auf einem anderen Blatt und muss politisch beantwortet werden. Das Hostel sei „auf vielfachen Wunsch von Studierenden- und Hochschulvertreter*innen realisiert“ worden, heißt es vom Studierendenwerk. Eine progressive Wohnungspolitik für Studierenden sieht allerdings anders aus.

Alte Antworten

Wie bereits Friedrich Engels festhielt, besitzt „die Bourgeoisie nur eine Methode, die Wohnungsfrage in ihrer Art zu lösen – das heißt, sie so zu lösen, dass die Lösung die Frage immer wieder von neuem erzeugt“. Dass die Wohnungsfrage jedoch auch anders beantwortet werden kann, zeigt durchaus die Frankfurter Geschichte. Die Architektin und Stadtplanerin Gabu Heindl verweist im Interview mit der Otto Brenner Stiftung auf das „Neue Frankfurt“ der 1920er Jahre: Durch massive öffentliche Eingriffe entstanden damals bezahlbare Wohnsiedlungen für Arbeiter*innen. Voraussetzung dafür war allerdings, dass die Eigentumsfrage tatsächlich gestellt wurde – inklusive eines Enteignungskonzepts für Grünflächen, ohne das der Wohnungsbau gar nicht möglich gewesen wäre. Die Grünflächen von damals existieren heute kaum noch. Doch Heindl formuliert eine naheliegende Antwort: Das „neue Neue Frankfurt“ sei längst gebaut und stehe leer: „Diese Leerstände sind die ‚Äcker‘ von heute.“

Wie also lässt sich bezahlbarer Wohnraum schaffen – für Studierende und darüber hinaus? Sicher nicht indem immer neue Zwischenlösungen als wohnungspolitische Innovation verkauft werden. Ohne Instrumente, die konsequent in Eigentums- und Verwertungslogiken eingreifen, wird die Krise bezüglich bezahlbarem Wohnraum realistischerweise nicht zu lösen sein. Statt Wohnraum bis in die

letzte Abstellkammer zu mobilisieren – etwa durch Kampagnen wie „Wohnraum gesucht“, auf die auch das Studierendenwerk auf Anfrage verweist –, wäre eine tatsächliche Wohnwende nötig: die Umnutzung von Leerstand und eine Politik, die Wohnen nicht länger dem Markt überlässt. Denn wie der Sozialwissenschaftler Andrej Holm bereits 2011 anmerkte, kann die „Dekommodifizierung, also das Herauslösen der Wohnungsversorgung aus den Marktlogiken, [...] dabei als Ziel und Maßstab für die Bewertung wohnungspolitischer Programme und Regelungen verstanden werden“.



Weiterlesen

- Gabu Heindl (2026): Das neue Neue Frankfurt ist schon gebaut und steht leer. 5 Fragen an Gabu Heindl, online unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/dossiers/das-neue-neue-frankfurt-ist-schon-gebaut-und-steht-leer/>
- Holm, Andrej (2011). Wohnung als Ware. Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung. Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 31(121), 9 – 20.

Liminal Spaces

& die Meta-Gentrifizierung der Wahrnehmung

Patrick Kokoszynski

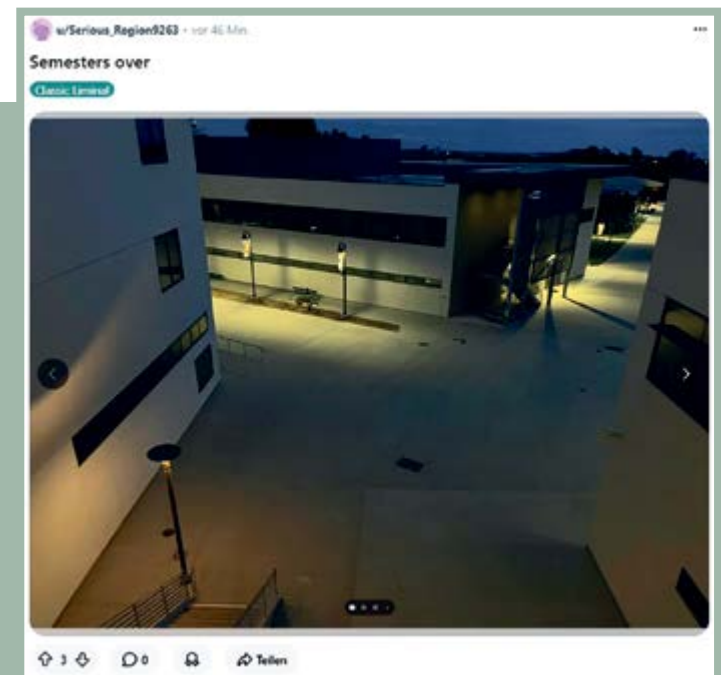
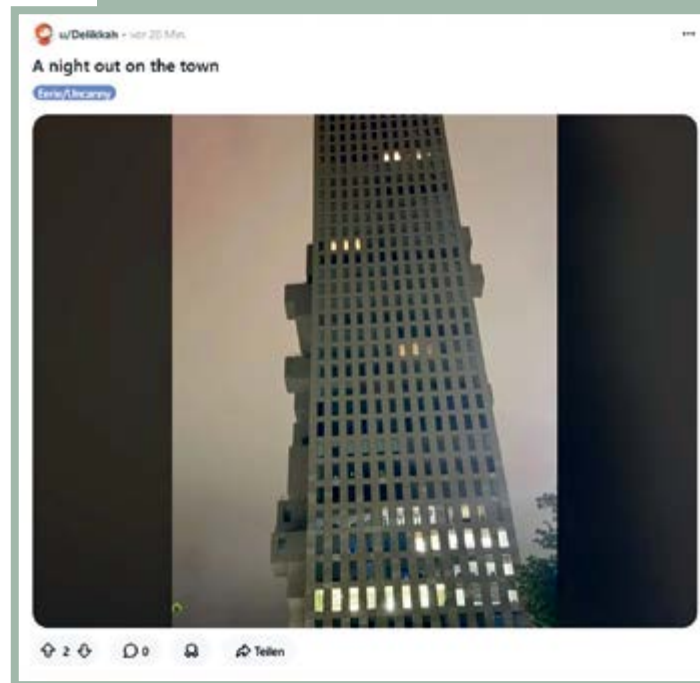
1

Mit buy-to-leave-Gentrifizierung wird ein Phänomen bezeichnet, bei dem Investoren Immobilien in einer Stadt bauen oder kaufen, um diese dann als Anlageobjekte einfach leer stehen zu lassen¹. Da es sich um eine passive Wertanlage handelt, die im günstigsten Moment wieder gewinnbringend verkauft werden soll, stünde die tatsächliche Nutzung der Gebäude, in diesem Sinne ihrer Verwertung in Wege. Mit einem hohen Leerstand von Büroräumen, aber auch veralteter Wohninfrastruktur, reiht sich auch Frankfurt unter die von diesem Problem betroffenen Städte ein, gegen das jüngst in Hessen sogar ein Gesetz beschlossen wurde².

Schon der klassischen Form der Gentrifizierung wohnt bereits die Tendenz inne, lebendige Nachbarschaften in sterile Abziehbilder ihrer selbst zu verwandeln. Jedoch findet sie ihren Zweck noch in der menschlichen Nutzung dieser Räume. Das

ist bei diesem neueren Phänomen nicht mehr der Fall. Wie in einem Videospiel, scheinen die Hausfassaden in solchen Teilen der Stadt „keine Rückseite“ zu besitzen, da sie nicht mehr für menschliches Wohnen und Wirtschaften gedacht sind. In der Sprache heutiger Internet-Subkultur, handelt es sich dabei um *Liminal Spaces*.

In einem entsprechenden Subreddit werden täglich hunderte Beispiele für diese Art von urbaner Einöde gepostet. Liminal steht hierbei für „an der Grenze“. Es geht also um eine Zone, die nicht ganz Teil dieser Welt zu sein scheint, der etwas Fundamentales fehlt, sodass sie sich ein-dimensional oder holografisch anfühlt. Das englische Wort „eerie“ bietet sich zur Beschreibung dieser Grenzzonen an, die durch die sinnlich nicht greifbare und doch spürbare Wirkung verräumlichter Kapitalströme zustande kommen³.



2

Wie an vielen anderen Baustellen neueren Datums in Frankfurt, sah man um 2019 auf dem Bauzaun entlang des Schönhofgeländes zwischen Westbahnhof und Rödelheim, hochauflösende, an schlechte Pop-Art Gemälde erinnernde Riesengrafiken. Sie zeigten so etwas wie Momentaufnahmen aus der virtuellen Zukunft des hier entstehenden Quartiers, inklusive der Einwohner, die aus Stock-Fotos ausgeschnitten und in den virtuellen Raum hineinmontiert worden waren. Diese Bilder kann man heute im Imagevideo auf der Webseite der neuen Siedlung sehen, wo sie sich als bewegte Leporellos mit generischen Einstellungen lachender Familien und schmusender älterer Ehepaare abwechseln.⁴

Daran schließen sich ein Statement von Laura Popescu, der Managerin des Bauprojekts, sowie zwei Interviews mit früheren Einwohner*innen Bockenheims an, die nun als Eigentümer*innen ins Schönhofviertel ziehen wollen. Letztere werden als alteingesessene Vertreter*innen eines linksliberalen Milieus präsentiert und wirken in der Hochglanzästhetik der übrigen *Brand Identity*, die hier präsentiert wird, seltsam deplatziert. Die betonte Authentizität dieser Kurzportraits scheint auf die Beiträge der Öffentlich-Rechtlichen aus den letzten Jahren zu reagieren, in denen Reporter Hausbesuche bei mittelständischen Familien und WGs machen, um sich dort in heimeliger Atmosphäre die Nöte der Bewohner*innen anhören, die mit Mieterhöhungen, Kündigung, Lock-In-Effekt und anderen Symptomen heutiger wohnungspolitischer Pathologien zu kämpfen haben. Offenbar haben neue Bauprojekte in Frankfurt ein Image-Problem, das hier vorausseilend abgemildert werden soll.





Sieht man sich an, was vom Schönhof-Viertel bereits steht, wird deutlich, dass man sich nicht nur rhetorisch Mühe gegeben hat, zwischen Investoreninteressen und Umgebung zu vermitteln. Im Gegensatz etwa zum ästhetischen Debakel des Europaviertels, das weit über Frankfurt hinaus als misslungenes Stück Stadtplanung gilt⁵ sind im Schönhof-Viertel die Häuser teilweise farbig und wechseln sich in der Bauart und der Textur der Fassaden ab.

Trotzdem ist nicht zu übersehen, dass es sich auch hier um ein Beispiel für die neue Investorarchitektur handelt, die in Frankfurt und anderswo auf zahllosen Brachflächen aus der Erde schießt.

Diese neue Bauart ist zu erkennen an sperrigen, sowohl in der Gesamtheit wie in einzelnen Segmenten, kubisch wirkenden, meist weiß-grauen Blockbauten, mit glatter Fassade, flachem Dach, und großen, von kantigen Tragelementen unterteilt, wie gestapelt wirkenden Balkonen und Terrassen. Die Gebäude wirken dem

Pragmatismus, schneller, modularer Planung unterworfen – und seltsam großspurig zugleich. Übermäßig raumgreifend, scheinen sie ihre Zugehörigkeit zu einer Reihe gleichartiger Bauten negieren und stattdessen die Souveränität eines herrschaftlichen Baus an den Tag legen zu wollen.

Die Fassaden haben nichts von der porösen Hinfälligkeit früherer Zweckarchitektur. Sie sind opak, aus massivem Beton, und wenden sich festungsartig von der Straße ab. Dieser neue Baustil erlaubt es der Politik, schnell Resultate zu erzielen und Quoten einzuhalten, die Investoren hingegen bauen sparsam, da dieses modularen Baukasten-Prinzip sich planungs- und Material-effizient auf alle möglichen Projekte und Gebiete skalieren lässt.



Beim Rundgang durch diesen neuen Stadtteil tritt man in eine Art *uncanny valley* ein, der *Liminal Spaces* der buy-to-leave-Fassaden verwandt ist. Etwas stimmt nicht. Es fehlt etwas von der Spontanität und Vitalität, die man normalerweise noch in den am schlimmsten verbauten Betonwüsten der Stadt finden kann. Der reale Raum dieser Siedlungen scheint dem Raster des virtuellen Modells unterworfen, aus dem sie hervorgegangen sind. Hier herumzulaufen, fühlt sich so an, als sei man direkt durch das Bild auf dem Bauzaun von 2019 in ein lebloses Hologramm des Jahres 2026 getreten.

3

Der klassische Gentrifizierungsbegriff enthält implizit eine normative Kritik am sozialen Austausch von städtischem Raum, der an einer gerechten Organisation der Nutzung städtischer Räume orientiert ist.⁶ Buy-to-leave-Gentrifizierung beschreibt einen Prozess auf höherer Abstraktionsstufe, denn der menschliche Faktor ist hier das, was sich in diesem Prozess nicht mehr abbildet und einer Verräumlichung purer Kapitalströme weicht. Dem würde ich gerne als drittes das Konzept die Meta-Gentrifizierung an die Seite stellen.

Die Stadt im Zustand der Meta-Gentrifizierung ist in ihrer Gesamtheit nur noch als Wertanlage wahrnehmbar. Wie im Europa- oder Schönhofviertel, scheint hier der manifeste Wert der Wohnanlage

als eines Investmentobjekts, den öffentlichen Raum als Ort der Begegnung und Interaktion zu überlagern und zu kolonisieren, der nur noch als unmarkierter Zwischenraum raumgreifender, privater Wohneinheiten wahrgenommen, und als entsprechend leblos erfahren wird. Diese Orte werden zwar genutzt, jedoch gleichen sie in ihrer weltabgewandten Konzeption den gespenstischen Geisterstädten des buy-to-leave-Phänomens.

Diese Kolonisierung des Raumes wird Subjekt-seitig von Wahrnehmungstechnologien komplementiert, die auch die persönliche Lebenswelt zum Umschlagplatz potenzieller Werte umstrukturiert. Apps wie Instagram oder Tiktok, dienen in diesem Kontext als tools, die uns dazu konditionieren, unsere Umgebung ständig auf Objekte und Situationen abzuscannen, die wir der Zirkulation des kulturellen Kapitals auf Social Media einspeisen können. Dieses kann, wenn wir nur fleißig genug sind, irgendwann in finanzielles Kapital konvertiert werden. So zu sozialen Aufsteigern geworden, können wir dann selbst einen dieser wuchtigen Balkons mit Skyline-Blick beziehen und von dort aus weiter Content produzieren.

Wird der städtische Raum der Meta-Gentrifizierung im Großen von den inhumanen Skalen der Kapitalströme geformt, und somit zu *Liminal Spaces* umgestaltet, bietet sich die Stadt im Kleinen bestmöglich an den vertikalen Kader der Handykamera an. Straßenzüge und Cafés werden *instagramable*⁷, Street Art wird von der Stadt bestellt⁸, kulturelle Angebote werden zu Events, von deren Stattfinden man auch nur noch über Instagram erfährt.

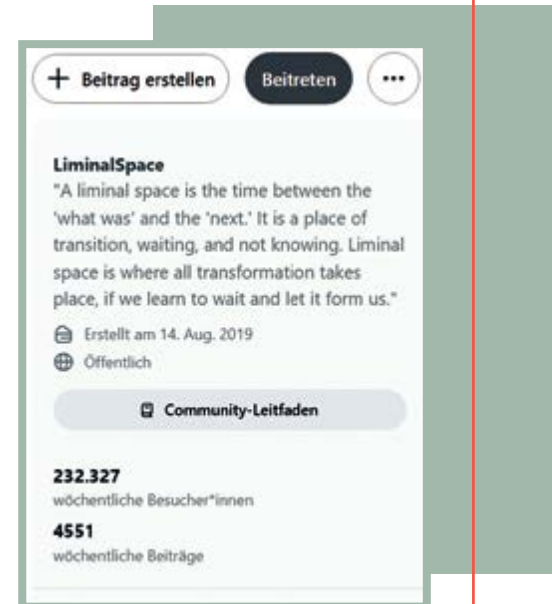
Das macht frühere Ideen von einer

inhärent-widerständigen Dynamik der Großstadtgesellschaft fragwürdig. Liest man etwa bei Henri Lefebvre nach, so konzipiert dieser den städtischen Raum in einer doppelten Weise: Einerseits ist es der Raum der Verwaltung, der Bürokratie und der Kapitalakkumulation. Auf der anderen Seite findet hier aber auch „Die Produktion des Raumes“ statt. Für Lefebvre produzieren die Bewohner einer Stadt in den kleinen Handlungen des Alltags, den Freiräumen, den Cafés, den Parks eine parallele Sphäre, die dem Zugriff der technokratischen Verwaltung nicht ohne Weiteres zugänglich ist.⁹

Durch die heutige Meta-Gentrifizierung der Wahrnehmung, gehen diese widerständigen Potenziale verloren. Denn was hier zur Ware gerät und dann in den Aufmerksamkeitmarkt eingespeist wird, ist nicht nur der Wohnraum, nicht nur der schöne Ausblick, es sind die sozialen Relationen und der alltägliche Erfahrungsraum selbst,

der vermarktet wird. Der spontane, alltägliche Ausdruck der Bewohner der Stadt ist nun im virtuellen Raum der ästhetischen Selbstausbeutung angesiedelt, die ein Ende nicht einmal hinter der eigenen Haustür kennt.

Da bleibt nur übrig, zum Liminal Spaces Subreddit zurückzukehren. In dessen Selbstbeschreibung findet sich eine etwas optimistischere Definition der Grenzzone, als eines Ortes bevorstehender Umwälzung. Möge da etwas dran sein.



1 Wie der klassische Gentrifizierungsbegriff, der in den 1960er Jahren von der Soziologin Ruth Glass geprägt wurde, ist auch buy-to-leave-Gentrifizierung an Beispielen aus London zum ersten Mal begrifflich herausgearbeitet worden. Vgl. Housing Studies Association. »Blog: One Kensington Gardens and buy-to-leave gentrification«. Zugriffen 28. Mai 2026. <https://www.housing-studies-association.org/articles/blog-one-kensington-gardens-and-buy-to-leave-gentrification>.

2 Vgl. <https://landesregierung.hessen.de/presse/leerstandsgesetz-beschlossen> (letzter Abruf hier und bei den nachfolgenden Links 29.05.2026)

3 »Since the eerie turns crucially on the problem of agency, it is about the forces that govern our lives and the world. It should be especially clear to those of us in a globally tele-connected capitalist world that those forces are not fully available to our sensory apprehension. A force like capital does not exist in any substantial sense, yet it is capable of producing practically any kind of effect.« Fisher, Mark. *The Weird and the Eerie*. Third edition. Repeater Books, 2016.

4 <https://www.xn--schnhof-viertel-btb.de/>

5 Vgl. »Im Würgegriff des Bebauungsplans«. 1. September 2016. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunst-und-architektur/im-wuergegriff-des-bebauungsplans-14414241.html>.

6 Vgl. Gale, Dennis E. *The Misunderstood History of Gentrification: People, Planning, Preservation, and Urban Renewal, 1915-2020*. Urban Life, Landscape, and Policy. Temple University Press, 2021. S. 174

7 Vgl. Die Definition des Cambridge Dictionary: »attractive or interesting enough to be suitable for photographing and posting on the social media service Instagram«. In: »Instagrammable«. <https://dictionary.cambridge.org/us/dictionary/english/instagrammable>.

8 Jean Baudrillard, fand in den 1980ern im Graffiti noch eine Praxis, die gerade in ihrer Verweigerung von Sinn und ästhetischer Gefälligkeit, der semiotischen Versiegelung des städtischen Raums in der Postmoderne noch etwas entgegengesetzte. Mit der zunehmenden Präsenz professionisierter Street Art in den Städten, ist auch dieser Freiraum von einer Verdrängung durch ästhetische Mittelstands-Modelle bedroht. Vgl. Baudrillard, Jean *Kool Killer oder der Aufstand der Zeichen*. Merve-Titel 79. Merve Verl, 1978.

9 Vgl. »Produktion des Raumes«. <https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/produktion-des-raumes/6237>. Eine gute Einführung in Lefebvres, über viele Bücher verteilte, Theorien zu Stadt und Alltagsleben bietet: Lefebvre, Henri. *Das Alltagsleben in der modernen Welt*. Suhrkamp, 1972.

Thesen zur Lage

& Perspektive der aktuellen Mieterbewegung



Daniel Katzenmaier & Maximilian Rathke

1. Die Ausgangslage ist paradox

Die Lage ist paradox: Auf der einen Seite spitzt sich die Wohnungskrise immer weiter zu. Auf der anderen Seite stemmt sich nur eine kleine Minderheit gegen diese Entwicklung. Der Begriff „Mieterbewegung“ ist ein Euphemismus: Wahrscheinlich gibt es in ganz Deutschland nicht einmal 2000 Mieterhaushalte, die sich aktiv und dauerhaft gegen ihre Vermieter organisieren und die anderen dabei helfen können, ihre Rechte wahrzunehmen. Das wäre bei 20 Millionen Mieterhaushalten nicht einmal ein Promille der Mieter in Deutschland. In dieser Situation können Groß- und Kleinvermieter schalten und walten, wie sie wollen. Das muss sich ändern.

2. Die Verwaltung der Wohnungskrise verlängert unser Elend

Verschiedene Akteure versuchen, in die Wohnungskrise einzugreifen.

Mietervereine: Mietervereine treten den Mietern gegenüber als Dienstleister auf und sind lokal organisiert. Das Credo der Mietervereine lautet: jedes Mietenproblem ist ein juristischer Einzelfall. Die „übergreifenden“ Probleme versuchen die Mietervereine durch Lobbyarbeit bei den Parteien zu adressieren. Dazu wurden Kampagnen wie der „Mietenstopp“ auf den Weg gebracht. Regelmäßig scheitert diese Politik an der fehlenden Mobilisierung der eigenen Mitgliederbasis. Organisatorisch überfordert durch den Dienstleisteranspruch, können die Mietervereine immer weniger gegen die Auswirkungen der Wohnungskrise ausrichten.

Mieterinitiativen: Einzelne Mieter erkennen, dass es aussichtslos ist, für die Lösung ihrer akuten Probleme auf den Staat, die Parteien oder die Mietervereine zu warten. Sie schließen sich spontan zusammen, eignen sich Expertise an. Die Mieterinitiativen sind jedoch regional zersplittert und finanzieren sich meistens nur auf Spendenbasis. Die meiste Arbeit bleibt an wenigen Aktiven hängen, die kurz vor dem Burnout stehen. So fehlen die Ressourcen, um langfristig den Kampf gegen große, zentralisierte Konzerne aufzunehmen.

Parteien: Die Mieter bilden ein riesiges Wählerpotenzial. Entsprechend mühen sich die Parteien, Mieter mit Versprechen auf eine „Lösung der Wohnungskrise“ zu gewinnen. Nach dem Wahlkampf „verschwindet“ das Thema regelmäßig wieder von der politischen Agenda. Die Parteien versprechen aber nicht nur viel, sie wirken auch mit. Sie entsenden ihre Funktionäre in die Aufsichtsräte der staatlichen Großvermieter. Dort heizen sie ebenso wie die privaten Vermieter die Wohnungskrise weiter an.

3.

Das Potenzial der heute vereinzeltten Mieter bleibt ungenutzt

Weder die Mietervereine noch die Parteien noch die Mieterinitiativen verfolgen die richtige Praxis, um die Probleme der Mieter zu adressieren. Dafür gibt es einen gemeinsamen Grund: Der heutige Durchschnittsmieter hat keinerlei Erfahrung, mit seinen Nachbarn und Leidensgenossen gemeinsam für seine Interessen einzustehen. Die Folge ist eine radikale Vereinzelung. Sie äußert sich in zwei Formen: Resignation und Einzelkämpfertum.

Das führt zu der paradoxen Ausgangslage: Eigentlich hätten die Mieter es heute schon in der Hand, viele Konflikte für sich zu entscheiden. Sie sind in der zahlenmäßigen Übermacht. Daraus ziehen wir die Erkenntnis: Die meisten Konflikte scheitern aus Mietersicht heute nicht an der Allmacht der Vermieter, sondern leider am Unwissen und der Angst der Mieter.

4.

Für einen neuen Typ der Mieterorganisation. Für eine nationale Mietergewerkschaft.

Die Machtlosigkeit der Mieterbewegung ist hausgemacht. Wir schlagen eine strategische und organisatorische Neuaufstellung der Mieterbewegung vor:

a)

Konzentration auf langfristige Selbstorganisation und „kleine Forderungen“
(statt: Konzentration auf kurzfristige Kampagnen und „große Forderungen“)

Die derzeitige Mieterbewegung ist so schwach verankert, dass kein politischer Akteur irgendeine Forderung aus dem Bereich ernst nehmen muss. Deshalb sollten alle Lobbykampagnen eingestellt werden, sie sind nur eine Vergeudung knapper Ressourcen. Stattdessen muss der Fokus darauf liegen, langfristig das Selbstbewusstsein der Mieter aufzubauen. Dafür müssen wir uns darauf konzentrieren, kleine, gewinnbare Kämpfe zu führen. Kleine, konkrete Erfolge stärken die Moral. Durch diese Erfahrungen lernen die Mieter, dass sie konkret ihre Wohnsituation verbessern können. Das motiviert weitere Mieter, für ihre Häuser und Siedlungen zu kämpfen.

b)

Wir brauchen eine schlagkräftige, gemeinsame Organisation aller Mieterinnen und Mieter.
(statt: Wir setzen auf die Vielfalt verschiedener Initiativen/Bündnisse/...)

Mietervereine, Mietergemeinschaften und Initiativen agieren meist nur lokal, unsere Gegner aber national. Zwar existieren Dachverbände einzelner Mietervereine, diese übernehmen jedoch vor allem beratende und politische Funktionen – sie fördern kaum die Selbstorganisation der Mieterinnen und Mieter. Dafür bietet sich die Idee der Mietergewerkschaft an. Eine Mietergewerkschaft versucht, die Einzelfälle gezielt zu kollektivieren und damit die Schlagkraft der vereinzelteten Mieter zu erhöhen

c)

Politische und kulturelle Neutralität und klare Strukturen
(statt: Politikberatung, Kulturkämpfe und informelle Netzwerke)

Eine solche Organisation muss möglichst alle Mieter aus unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung ansprechen. Es darf keine politischen oder kulturellen Vorbedingungen für die Mitgliedschaft geben. Daraus folgt auch eine bewusste Distanzierung von Parteien und parlamentarischer Politik. Der Fokus liegt auf kollektiver Organisation, direkter Aktion und ökonomischem Druck auf Konzerne – nicht auf Politikberatung oder „Diskursführung“.

d)

Hauptaufgabe: Die Ausbildung von Mieter-Expertinnen und -Experten
(statt: sporadischer Wissensaustausch zwischen zerstreuten Mietergemeinschaften)

Wenn es dagegen gelingt, den aktivsten Teil der Mieter dauerhaft zu organisieren und dadurch die zersplitterten Einzelkämpfe untereinander zu verbinden, werden größere Siege wahrscheinlicher. Denn mit der Zeit entsteht ein organisiertes Netzwerk, das aus den Kämpfen zu lernen beginnt, Fehler minimiert und Wissen weitergibt. Aufgabe der Hauptgruppe einer Mietergewerkschaft wäre daher, die fähigsten Mitglieder zu Expertinnen und Experten auszubilden.

Eine stabile Organisation erfordert auch eine rechtlich verankerte Struktur.



Wir schlagen daher entweder die Neugründung oder Verschmelzung bestehender Vereine und Initiativen in einer **bundesweiten Mietergewerkschaft** vor, die den organisatorischen und juristischen Rahmen für die umfassende Organisation aller Mieter in Deutschland darstellen wird.

Jetzt ist es an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen. Gehen wir ihn gemeinsam.

Was ist die Mietergewerkschaft? Und was will sie?

Die Mietergewerkschaft will alle Mieter vereinigen.

Heute glauben die meisten Mieter, dass sie keine Macht haben. Sie sehen, wie die Mieten steigen. Sie erleben, wie sie aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Sie lesen, wie die Immobilienkonzerne immer höhere Gewinne machen. Dabei haben die Mieter schon heute die Macht. Sie müssen ihre Macht nur richtig gebrauchen. Denn sie sind viele, die Vermieter sind wenige.



Der Grund für die Schwäche der Mieter ist, dass sie zersplittert sind.

Die Mehrheit der Mieter kämpft allein. Sie können bei Konflikten nur den Rechtsweg gehen. Doch Anwälte sind teuer und Gerichtsverfahren vereinzeln, kosten viel Zeit und viele Nerven. Der rechtliche Alleingang führt in eine Sackgasse. Auch auf die politischen Parteien ist kein Verlass. Die Wohnungskrise heute wurde von vergangenen Regierungen mitverursacht. Zumal Parteien nicht die Kapazitäten haben, Mieter ohne Umweg zu ermächtigen. Auch die Kommunen arbeiten häufig nicht im Interesse der Mieter. Häufig vermieten sie selbst und nutzen Profite aus der Miete, um ihren Haushalt aufzubessern.



Für die Mieter gibt es deshalb nur einen Weg: sie müssen sich zusammentun.

Nur so können sie lernen, ihre Macht wirklich zu nutzen. Dazu müssen sie aber ihre Zersplitterung überwinden. Die Mietergewerkschaft organisiert diesen Zusammenschluss. Sie ist das Werkzeug für alle Mieter, die hier und jetzt gemeinsam Verbesserungen erkämpfen wollen.



Die Mietergewerkschaft funktioniert wie eine traditionelle Gewerkschaft.

Auch Arbeiter machen die Erfahrung, als Einzelne gegen die Übermacht ihrer Chefs nichts ausrichten zu können. Sie schließen sich dann freiwillig zusammen und gründen eine Gewerkschaft. Denn gemeinsam sind auch die Schwachen in der Lage, Forderungen zu stellen und diese mit Streiks durchzusetzen. Dasselbe Prinzip überträgt die Mietergewerkschaft auf das Wohnen. In ihr schließen sich möglichst viele Mieter zusammen, um kollektiv Verbesserungen zu erreichen. Sie organisieren Mieterversammlungen, klären sich gegenseitig über ihre Rechte auf und koordinieren gemeinsame Aktionen.

Die Mietergewerkschaft ist kein Mieterverein.

Die Mietervereine beschränken sich in der Praxis darauf, ihren Mitgliedern individuell rechtliche Hilfe anzubieten. Sie treten den Mietern gegenüber als Dienstleister auf und sind lokal organisiert. Das Credo der Mietervereine lautet: jedes Mietproblem ist ein juristischer Einzelfall. Organisatorisch überfordert durch den Dienstleisteranspruch, können die Mietervereine immer weniger gegen die Auswirkungen der Wohnungskrise ausrichten. Während die Mietervereine lediglich passiven rechtlichen Schutz bieten, kämpft die Mietergewerkschaft aktiv um bessere Wohnbedingungen. Anstatt sich als Dienstleister zu verausgaben, leistet sie Hilfe zur Selbsthilfe. Die Hauptaufgabe der Mietergewerkschaft ist die kontinuierliche gegenseitige Befähigung der Mieter zur dauerhaften Selbstorganisation gegen Vermieterinteressen.

Die Mietergewerkschaft ist mehr als eine Mieterinitiative.

Eine Mieterinitiative beschränkt sich darauf, Mieter und Mietergemeinschaften auf lokaler Ebene und oft nur befristet zu organisieren. Die Mietergewerkschaft geht weiter und strebt den festen und dauerhaften Zusammenschluss möglichst vieler Mieter auf nationaler Ebene an.

Im Sommer 2019 wurde die **Mietergewerkschaft Deutschland e. V.** (damals noch Initiative für eine Mietergewerkschaft e. V.) in Frankfurt am Main von einer kleinen Gruppe von Aktivisten gegründet. Mittlerweile hat der Verein um die **400 Mitglieder**, Tendenz rasant steigend.

Gegenwärtig begleitet die Mietergewerkschaft im **Rhein-Main-Gebiet, Leipzig, Würzburg und München** Auseinandersetzungen von Mietern.

Nach sechs Jahren können wir folgendes Fazit ziehen: **Das Konzept der Mietergewerkschaft hat sich in der Praxis gut bewährt.**

Doch die Mietergewerkschaft wächst langsamer als sie könnte – und hat deshalb großen Bedarf an erfahrenen Aktiven aus der gegenwärtigen Mieterbewegung, die daran interessiert sind, eine dauerhafte Gegenmacht zu Vermieter- und Investoreninteressen aufzubauen, außerdem an politisch Engagierten, die den Glauben an schnelle politische und wirtschaftliche Scheinlösungen zur Wohnungskrise verloren haben und in der Mietergewerkschaft den Ansatz zu ihrer Lösung finden, und nicht zuletzt an aktiven Mietern, die verstanden haben, dass sie nur durch kollektive Organisation ihre Lage schnell verbessern können und dabei sich selbst und ihren Mitmietern das Gefühl politischer Wirksamkeit vermitteln.

Um Mieter in der Fläche zu organisieren und in ihren Kämpfen zu begleiten, um das Kräfteverhältnis zwischen Mietern und Vermietern langfristig wieder zu Gunsten der Mieter zu verändern, braucht es mehr Aktive. Die Mietergewerkschaft freut sich daher über Zuwachs!



Asyl für Obdachlose

Wie es mit dem Privatleben heute bestellt ist, zeigt sein Schauplatz an. Eigentlich kann man überhaupt nicht mehr wohnen. Die traditionellen Wohnungen, in denen wir groß geworden sind, haben etwas Unerträgliches angenommen: jeder Zug des Behagens darin ist mit Verrat an der Erkenntnis, jede Spur der Geborgenheit mit der muffigen Interessengemeinschaft der Familie bezahlt. Die neusachlichen, die tabula rasa gemacht haben, sind von Sachverständigen für Ban- ausen angefertigte Etuis, oder Fabrikstätten, die sich in die Konsumsphäre verirrt haben, ohne alle Beziehung zum Bewohner: noch der Sehnsucht nach unabhängiger Existenz, die es ohnehin nicht mehr gibt, schlagen sie ins Gesicht. Der moderne Mensch wünscht nahe am Boden zu schlafen wie ein Tier, hat mit prophetischem Masochismus ein deutsches Magazin vor Hitler dekretiert und mit dem Bett die Schwelle von Wachen und Traum abgeschafft. Die Übernachtigen sind allezeit verfügbar und widerstandslos zu allem bereit, alert und bewußtlos zugleich. Wer sich in

echte, aber zusammengekaufte Stilwohnungen flüchtet, balsamiert sich bei lebendigem Leibe ein. Will man der Verantwortung fürs Wohnen ausweichen, indem man ins Hotel oder ins möblierte Appartement zieht, so macht man gleichsam aus den aufgezwungenen Bedingungen der Emigration die lebenskluge Norm. Am ärgsten ergeht es wie überall denen, die nicht zu wählen haben. Sie wohnen wenn nicht in Slums so in Bungalows, die morgen schon Laubenhütten, Trailers, Autos oder Camps, Bleiben unter freiem Himmel sein mögen. Das Haus ist vergangen. Die Zerstörungen der europäischen Städte ebenso wie die Arbeits- und Konzentrationslager setzen bloß als Exekutoren fort, was die immanente Entwicklung der Technik über die Häuser längst entschieden hat. Diese taugen nur noch dazu, wie alte Konservenbüchsen fortgeworfen zu werden. Die Möglichkeit des Wohnens wird vernichtet von der der sozialistischen Gesellschaft, die, als versäumte, der bürgerlichen zum schleichenden Unheil gerät. Kein Einzelner vermag etwas

dagegen. Schon wenn er sich mit Möbelentwürfen und Innendekoration beschäftigt, gerät er in die Nähe des kunstgewerblichen Feinsinns vom Schlag der Bibliophilen, wie entschlossen er auch gegen das Kunstgewerbe im engeren Sinne angehen mag. Aus der Entfernung ist der Unterschied von Wiener Werkstätte und Bauhaus nicht mehr so erheblich. Mittlerweile haben die Kurven der reinen Zweckform gegen ihre Funktion sich verselbständigt und gehen ebenso ins Ornament über wie die kubistischen Grundgestalten. Das beste Verhalten all dem gegenüber scheint noch ein unverbindliches, suspendiertes: das Privatleben führen, solange die Gesellschaftsordnung und die eigenen Bedürfnisse es nicht anders dulden, aber es nicht so belasten, als wäre es noch gesellschaftlich substantiell und individuell angemessen. »Es gehört selbst zu meinem Glücke, kein Hausbesitzer zu sein«, schrieb Nietzsche bereits in der Fröhlichen Wissenschaft. Dem müßte man heute hinzufügen: es gehört zur Moral, nicht bei sich selber zu Hause zu sein.

Darin zeigt sich etwas an von dem schwierigen Verhältnis, in dem der Einzelne zu seinem Eigentum sich befindet, solange er überhaupt noch etwas besitzt. Die Kunst bestünde darin, in Evidenz zu halten und auszudrücken, daß das Privateigentum einem nicht mehr gehört, in dem Sinn, daß die Fülle der Konsumgüter potentiell so groß geworden ist, daß kein Individuum mehr das Recht hat, an das Prinzip ihrer Beschränkung sich zu klammern; daß man aber dennoch Eigentum haben muß, wenn man nicht in jene Abhängigkeit und Not geraten will, die dem blinden Fortbestand des Besitzverhältnisses zugute kommt. Aber die These dieser Paradoxie führt zur Destruktion, einer lieblosen Nichtachtung für die Dinge, die notwendig auch gegen die Menschen sich kehrt, und die Antithese ist schon in dem Augenblick, in dem man sie ausspricht, eine Ideologie für die, welche mit schlechtem Gewissen das Ihre behalten wollen. Es gibt kein richtiges Leben im falschen.

Adorno, Theodor W. (2003): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

»Es ist ein wesentlich breiterer Angriff auf eine kritische Öffentlichkeit«

Ein Interview mit Fedor Renje
von der Karl Marx Buchhandlung

Lukas Geisler

Die Karl Marx Buchhandlung gewann in diesem Jahr zum vierten Mal den Deutschen Buchhandlungspreis. Doch die Preisvergabe wurde von einem Skandal überschattet: Drei von einer Fachjury ausgewählte Buchhandlungen wurden basierend auf einer Verfassungsschutzabfrage schließlich durch Kulturstatsminister Wolfram Weimer von der Auszeichnung ausgeschlossen. Zugleich gerieten weitere unabhängige linke Buchhandlungen ins Visier rechter Medien. Über den Deutschen Buchhandlungspreis, Angriffe auf kritische Öffentlichkeit und die Bedeutung unabhängiger Kulturorte sprachen wir mit Fedor Renje von der Karl Marx Buchhandlung.

Fedor Renje ist seit 2021 Teil der kollektiv geführten Karl Marx Buchhandlung.



Zehrt der ganze Trubel?

Als Buchhändler*innen sind wir es nicht gewöhnt, so im Mittelpunkt zu stehen und uns so viel mit uns selbst zu beschäftigen. Im Buchhandelswesen war deshalb sehr viel Aufruhr, gerade wegen der Art und Weise, wie der Kulturstatsminister Wolfram Weimer damit umgegangen ist, und wegen den Implikationen. Wir haben im Laden mitbekommen, dass das auch weitere Kreise gezogen hat – sowohl das mit dem Buchhandlungspreis als auch später die Kleine Anfrage der AfD. Wir haben sehr viel Solidarität erfahren.

Wir gehen gleich noch ins Detail.

Wir haben uns auch gefragt, wie wir uns das aufteilen und wie präsent wir sein wollen. Zum einen möchte wir uns nicht permanent wiederholen, zum anderen keine reine Nabelschau betreiben. Was mit dem Deutschen Buchhandlungspreis und jetzt mit den AfD-Anfragen passiert, ist nicht vollkommen zufällig: Wir sehen eine größere gesellschaftliche Entwicklung. Darauf Antworten zu finden, braucht Zeit. Wir haben uns direkt von Anfang an mit den anderen unabhängigen Buchhandlungen in Frankfurt vernetzt – mit Land in Sicht und der Autorenbuchhandlung Marx & Co – und entschlossen, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen.

Natürlich zehrt das so ein bisschen. Wir versuchen dabei immer, den Kontext herzustellen: Es ist ein wesentlich breiterer Angriff auf das, was man kritische Öffentlichkeit nennen könnte. Die Kürzungen beim Programm „Demokratie leben!“, zeigen, dass wichtige Infrastruktur, die Leute mit Informationen und Ausdrucksmöglichkeiten versorgt, zunehmend unter Beschuss gerät. Immer mehr wird dem öffentlichen Raum entzogen und findet nur noch im Privaten statt.

Was bedeutet die 55-jährige Geschichte der Karl Marx Buchhandlung für euch?

Die Buchhandlung wurde 1971 gegründet, mit dem spezifischen Ziel, die Studierendenschaft und alle Interessierten mit linker Literatur zu versorgen, die damals nicht immer verfügbar war. An dem Namen halten wir fest, weil er für uns steht, und wir auch zu ihm. Gleichzeitig möchten wir dieser Post-68-Geschichte nicht zu viel Gewicht geben. Unsere Perspektive ist eher: Was sind die aktuellen Entwicklungen? Wir wollen kein 68er-Traditionsverein werden.

Was schon bei der Gründung relevant war – eine kritische, linke Perspektive zu vertreten, im Sortiment zu haben und damit Leuten zugänglich zu machen –, daran halten wir weiterhin fest. Auch wenn wir nicht mehr nur eine politische Buchhandlung sind, nicht mehr nur eine Universitätsbuchhandlung, sondern inzwischen auch eine Stadtteilbuchhandlung. Und da fällt uns auf: Auch die Leute, die hier wohnen und bei uns einkaufen, beschäftigen sich mit den gleichen Entwicklungen, wie der Wohnungsfrage in Frankfurt und steigenden Lebenshaltungskosten. Das drückt sich auch im Kaufverhalten aus.

Wir würden es für falsch halten, eine Dichotomie aufzumachen zwischen „linker Buchhandlung“ und „normaler Buchhandlung“. Unser Anspruch ist, emanzipatorischen Stimmen Raum zu geben. Und das ist, wie wir feststellen, von dem, was die Leute im Alltag interessiert, gar nicht so weit entfernt.

Ihr habt den Buchhandlungspreis gewonnen und euch mit den Ausgeschlossenen solidarisiert. Wie lief die Solidarisierung in der Buchhandlungsbranche ab?

Nachdem die Information rauskam, dass drei Buchhandlungen, die von der Jury aufgrund fachlicher Kriterien ausgewählt wurden, dann von Weimer vom Preis ausgeschlossen wurden, gab es von unterschiedlichen kleinen, unabhängigen Buchhandlungen Anfragen. Zunächst war das ein diffuser Versuch, sich miteinander in Verbindung zu setzen. Sehr schnell konkretisierte sich das in einer Solidaritätsaktion über den Börsenverein des Deutschen Buchhandels: Spenden von unabhängigen Buchhandlungen sollten den drei ausgeschlossenen das Preisgeld ersetzen. Als unabhängige Buchhandlung arbeitet man immer an der Grenze zur Prekarität – hier im Laden, auch bei anderen unabhängigen Buchhandlungen, wird niemand reich. Deshalb ist dieser Preis so wichtig, und deshalb auch der Versuch der Kompensation der Preisgelder durch die Spenden.

Gleichzeitig gab es verschiedene Initiativen, die sagten, man solle sich mehr vernetzen. Wir haben das mit der Autorenbuchhandlung und Land in Sicht so gelöst, dass wir einen regelmäßigen Austausch etabliert haben – sowohl im Kontext des Buchhandlungspreises als auch zu den Formen rechter Angriffe und dem Umgang damit. Zugleich gibt es den Versuch, das bestehende Netzwerk „KommBuch“ wieder zu stärken, in dem auch Buchhandlungen aus anderen Städten aktiv sind, die alle eine ähnliche Geschichte haben: kollektiv geführt, aus linken Zusammenhängen entstanden.

Wie sieht die finanzielle Situation von unabhängigen Buchhandlungen aus?

Der Buchhandlungspreis entstand, weil man erkannt hat, dass unabhängige Buchhandlungen prekär arbeiten, aber ein zentraler Aspekt von Kulturbeteiligung sind. Das gilt nicht nur für uns als linke Buchhandlung. Man muss sich anschauen, welche Buchhandlungen ausgezeichnet wurden: Sehr viele sind in ländlichen Regionen, viele in Ostdeutschland, wo sie oft die letzten Kulturstätten in einer größeren Umgebung sind. Das Preisgeld finanziert Umbauten, wie eine rollstuhlgerechte Rampe, oder deckt Kosten für Veranstaltungen. Es ist ein offenes Geheimnis: Man arbeitet nicht immer lukrativ, ist aber für die Leute vor Ort da.

Generell merken wir schon seit einer Weile, dass Bestellungen von öffentlichen Einrichtungen, Vereinen und Initiativen zurückgehen, weil die finanziellen Mittel fehlen. Auch Seminare zu kritischer Theorie werden weniger. Das heißt: In unabhängigen Buchhandlungen gibt es an vielen Stellen Gesprächsbedarf darüber, wie relevant wir für die Gesellschaft noch sind. Das mit dem Buchhandlungspreis kam jetzt hinzu. Es war ein konkreter Anlass, über diese abstrakten Bedenken in Gespräch zu kommen.

Wie ordnet ihr Weimers Entscheidung ein?

Natürlich wird man das Gefühl nicht los, dass über staatlich vergebene Preise eine Form von – hart ausgedrückt – Kulturkampf stattfindet. Dass sich in einem solchen Klima ein gesellschaftlicher Konsens nach rechts verschiebt, ist nicht überraschend und hat explizit das Ziel, die Bundesrepublik konservativer zu gestalten.

Gleichzeitig ist interessant, dass das sogenannte Haber-Verfahren angewandt wurde: Was dabei herausgefunden wird, ist lediglich, ob gegen eine Person oder Institution verfassungsschutzrelevante Informationen vorliegen, nicht welche. Es gibt keine inhaltliche Dimension, nur: Ja, der Verfassungsschutz hat irgendwann mal reingeschaut. Das ist ein seltsamer Verwaltungsakt, dem man nicht einmal inhaltlich entgegenwirken kann. Das wäre ja eine politische Auseinandersetzung. Stattdessen wird eine dezidiert politische Entscheidung direkt entpolitisiert: „Wir können niemanden auszeichnen, der gegen unseren Staat ist“ – verifiziert durch eine geheime Verfassungsschutzakte.

Um politische Einmischung auszuschließen, gibt es eigentlich die unabhängige Jury – Leute vom Fach, Literaturkritiker*innen, Menschen, die wissen, wie unabhängige Buchhandlungen arbeiten. Jetzt, wissend, dass ein Haber-Verfahren vielleicht zum Standard werden könnte, bekommt das eine andere Dimension. Auf einmal fragt man sich nicht nur: Was tun wir, um im Stadtteil präsent zu sein? Sondern auch: Könnte uns daraus ein Strick gedreht werden? Das ist eine Form von Selbstzensur, die potenziell bereits im Vorfeld einsetzt.

Hat der Buchhandlungspreis in dieser Form noch eine Zukunft?

Die eigentliche Frage ist: Ist überhaupt der politische Wille da, unabhängige Buchhandlungen weiter zu fördern? Und andererseits: Wollen Buchhandlungen sich überhaupt noch bewerben, wenn sie damit zustimmen, durchleuchtet zu werden?

Wir waren bei der Verleihung des Preises während der Leipziger Buchmesse vor Ort. Man hat sich aus Solidaritätsgefühl mit den drei Buchhandlungen fast ein bisschen geschämt, dass wir den Preis bekommen. Es kamen auch Witze von der Kundenschaft: ob wir vielleicht ein bisschen handzahn geworden seien. Die Reputation des Preises hat massiv gelitten. Und auch wenn man sich jetzt vorstellt, wie Kulturstatspreise künftig nur noch nach Verfassungsschutzüberprüfung vergeben werden, während gleichzeitig gefragt wird, ob bestimmte Äußerungen noch zulässig sind, dann geht das an die Substanz.

Es gab auch eine kleine Anfrage der AfD zu unter anderem der Karl Marx Buchhandlung. Das Bundesinnenministerium antwortete, keine der Buchhandlungen stehe im Verfassungsschutzbericht, fügte aber hinzu, Weiteres könne »aus Gründen des Staatswohls« nicht gesagt werden.

Wir haben vom Börsenblatt, der Zeitschrift des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, die Information bekommen. Sie hatten eine Aktuelle Stunde im Bundestag zum Buchhandlungspreis verfolgt. Der kulturpolitische Sprecher der AfD hatte aus einer Antwort auf eine kleine Anfrage zitiert. Diese Anfrage enthielt, neben großem Applaus darüber, dass man die Linken endlich rausgeschmissen habe, auch vier namentlich genannte Buchhandlungen, die den Preis bekommen haben und die man für suspekt hält. Darunter auch wir.

Diese vier Buchhandlungen scheinen kein Zufall gewesen zu sein: Vorher hatten Portale wie Nius und die Junge Freiheit „Porträts“ über diese Buchhandlungen veröffentlicht. Wir wurden als orthodoxe Marxisten beschrieben, die BiBaBuZe in Düsseldorf angeblich als Buchhandlung, die Kinder zu Gewalttaten erziehe. Bei der Buchhandlung Rote Straße in Göttingen waren die „Porträts“ so detailreich, dass Personen zwar nicht namentlich benannt, aber charakterlich und körperlich beschrieben wurden. Die Wirkungsweise ist klar: Das rechte Mediennetzwerk macht die Artikel, die AfD agiert als politischer Arm in den Parlamenten. Das Ergebnis war eine Antwort des Bundesinnenministeriums, die im Kern sagte: Die Buchhandlungen werden nicht überwacht, es gibt keine verfassungsschutzrelevanten

Informationen. Aber dann kam der Standardsatz: „Man möchte aus Gründen des Staatswohls nicht weiter darauf eingehen“. Das sind absolute Standardformulierungen in Anfragen zu Verfassungsschutzthemen. Die AfD hat einfach den informativen Teil weggelassen und nur den Standardteil genommen. Der suggeriert: Das Staatswohl ist gefährdet, wir können nicht alles sagen. Es ist keine Information darin enthalten, aber es entsteht der Anschein, da könnte etwas sein.

Wie seid ihr damit umgegangen?

Wir sind ein öffentlicher Ort. Alles, was wir machen, alles, wofür wir stehen, kann jeder in fünf Minuten sehen, wenn er rein kommt und sich umschaut. Es gibt keine verdeckte Agenda. Wir machen Veranstaltungen, wir suchen Öffentlichkeit. Und auf der anderen Seite hat man ein Gegenbild aus der rechten Presse, das uns als klandestinen Haufen darstellt, der kurz vor dem Staatsstreich steht. Das hat etwas so absurdes, das man gar nicht weiß, wie man darauf reagieren soll.

Du hattest bereits angesprochen, dass eine solche gesellschaftliche Konstellation auch Formen der Selbstzensur hervorbringen kann. Was sind Gegenstrategien?

Als Gegenstrategie sehen wir die Vernetzung – nicht nur mit anderen Buchhandlungen, sondern auch mit dem, was NGOs und andere zivilgesellschaftliche Organisationen über diese Formen rechter Angriffe schon länger wissen. Der Verbrecher Verlag sah sich im Kontext des Deutschen Verlagspreises einer ähnlichen rechten Kampagne ausgesetzt. Die Amadeu Antonio Stiftung kann ein Lied davon singen. Die Arbeit, die sie machen, ist öffentlich einsehbar – trotzdem hat sich das Bild verfestigt, dass sie überall ihre Hände mit im Spiel hat. Von diesen Erfahrungen zu lernen und den Austausch zu suchen, ist ein wichtiger Schritt, um rechten Angriffen gemeinsam und informierter begegnen zu können.

Was können wir – als kritische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft – von dem Skandal um den Deutschen Buchhandlungspreis lernen?

Was ich ganz deutlich mitbekommen habe: Es gibt Gesprächsbedarf. Und damit meine ich nicht einfach, dass Leute reden wollen. Ich meine, dass Menschen, von denen ich überrascht war, eine sehr klare Perspektive darauf haben, was gerade passiert und was das bedeuten kann. Aber dieser Blick ist im Arbeits- und Alltagsleben so atomisiert und individualisiert, dass er sich selten wirklich Bahn bricht. Buchhandlungen sind konkrete Orte. Unsere Kund*innen kommen teils jede Woche bei uns vorbei, und auf einmal ist da dieser Trubel. Das animiert Menschen zu sagen: Darüber habe ich mir auch schon Gedanken gemacht.

Ich glaube, dass bei Themen wie beispielsweise der Wohnungsfrage ähnliche niedrigschwellige Anlässe nötig sind, um miteinander ins Gespräch zu kommen und Solidarisierungen zu ermöglichen. Das ist kein Aufruf, Theorie aufzugeben und Politik nur noch über unmittelbare Interessen zu machen. Aber die Lebenshaltungskosten steigen, die Miete verschlingt oft mehr als die Hälfte des Einkommens. Wenn man an diese konkreten Problemlagen anknüpft, kann man die Vermittlung von Theorie und Praxis schaffen. Dafür braucht es Anlässe, auf die sich Menschen beziehen können. Und man darf solche Gelegenheiten nicht verstreichen lassen. Wenn so etwas passiert, muss man den Moment nutzen.

Und wir müssen uns nicht vor den Rechten rechtfertigen. Wir sind nicht überrascht, dass uns die AfD nicht mag. Ganz im Gegenteil: Das bedeutet, wir haben sehr viel richtig gemacht.

»Wir würden es für falsch halten, eine Dichotomie aufzumachen zwischen ›linker Buchhandlung‹ und ›normaler Buchhandlung‹. Unser Anspruch ist, emanzipatorischen Stimmen Raum zu geben.«



KARL MARX BUCHHANDLUNG

Jordanstraße 11, 60486 Frankfurt am Main (Bockenheim)

Die Karl Marx Buchhandlung wurde 1971 als politische Buchhandlung gegründet, um Studierende und Interessierte mit linker Literatur zu versorgen. Lange war sie eng mit der Goethe-Universität verbunden. Seit dem Umzug der Universität versteht sie sich zunehmend auch als Stadtteilbuchhandlung.



ÖFFNUNGSZEITEN

MONTAG – FREITAG: 10:00 – 18:30 UHR

SAMSTAG: 10:00 – 14:00 UHR



KARL-MARX-BUCHHANDLUNG.DE



Identitäre Abwege

Die »Aktion451« in Frankfurt

Clara Morgenstern

Unter dem Namen »Aktion451« inszeniert sich eine vermeintlich neue Gruppe, die extrem rechte Politik an den Hochschulen machen will. Tatsächlich handelt es sich jedoch bloß um ein neues Label der »Identitären Bewegung«. Mit dabei sind auch Funktionäre der hessischen AfD-Jugend



Lodernde Flammen spiegeln sich in einer Sonnenbrille. „Dieser Uni fehlt das Feuer!“, schreit das Flugblatt den Betrachenden ins Gesicht. Ende Februar wurde es auf dem IG-Farben-Campus im Westend verteilt. Oder besser gesagt, es tauchte auf, es lag plötzlich auf Bänken herum. Die Verteiler blieben unsichtbar, waren nicht für Rückfragen ansprechbar, machten sich selbst rar. Nur ein Selfie vom Balkon des Hörsaalzentrums, ein paar Dutzend Flyer, dann waren sie wieder verschwunden.

Die Flyer sind der Auftakt einer neofaschistischen Kampagne. Bei der vermeintlich neuen, unabhängigen Organisation, die für die Flugblattaktion verantwortlich zeichnet, handelt es sich tatsächlich um ein Label der Identitären Bewegung (IB). Diese tritt bereits seit Jahren immer wieder mit neuen Gruppennamen in die Öffentlichkeit. Das Ziel ist immer dasselbe: Dem Faschismus ein neues, zeitgemäßes Äußeres zu geben, wegzukommen vom Schmutz-Image der Kameradschaftsnazis und NPDler. Als freundlich, jung, aktivistisch und elitär inszenieren sich die Identitären gerne. Auch ideologisch setzt man auf eine Reformulierung rechter Inhalte: „Ethnopluralismus“ statt „Rassismus“ und nicht zuletzt „Remigration“ statt „Ausländer raus“ – der Inhalt ist derselbe, das Wording klingt harmloser. Damit konnte die Gruppierung einige Erfolge landen und bis weit in die AfD hineinwirken.

Die Mär von der linken Universität

Was haben diese neuen Rechten gegen die Universitäten? Die Rückseite des Flugblatts verrät es: „... denn linke Hochschulen sind langweilig!“, steht dort. Daneben ragt die Abbildung einer Karl-Marx-Büste ins Layout. Marx' Augen sind von roten Kreuzen verdeckt. Offenbar stehen insbesondere der Trierer Politökonom und seine Gesellschaftskritik im Zentrum der Aufmerksamkeit der Gruppierung, die sich „Aktion451“ nennt.

„Die Uni redet von Vielfalt – und produziert Einfalt. Sie will dich umerziehen, kleinhalten, brechen. Doch unsere Generation muss nicht in grauer Monotonie untergehen!“, argwöhnt das Flugblatt. Nun sind Monotonie, Einfalt und Langeweile vielen Studierenden sicher nicht fremd; im Gegenteil, sich in Seminaren und Vorlesungen zu langweilen, gehört für viele zum

Studienalltag dazu. Doch diese Langeweile ist ganz offenbar nicht gemeint, wie die folgende Aufzählung beweist: „Wir können: Kultur leben, Stärke zeigen, Schönheit feiern“. Dass es spätestens ab diesem Punkt ob der Plumpheit des Werbetextes unfreiwillig komisch wird, sei dahingestellt. Denn der Text setzt noch einen drauf: „Wir genießen das Leben – und wir wissen, wer wir sind. Lies die Bücher, die sie verbieten wollen. Sei stolz, wo sie Schuld verlangen. Sei stark, wo sie Schwäche predigen. Tu, was sie fürchten.“

In der Vorstellung der „Aktion451“ bestehen die Hochschulen also aus verweichlichten, vom „Schuldkult“ gepeinigten, schwachen Individuen, die nicht wissen, wer sie sind, wo sie herkommen, worauf sie stolz sein können und die nichts verstehen von Kultur, Schönheit und Stärke. Stattdessen sind „sie“ es, die dort Bücher verbieten und Gehirne waschen. Wer das ist, bleibt offen – sind es die Dozenten? Sind es die anderen Studierenden? Sind es etwa die Wissenschaftsministerien oder die Universitätspräsidenten?

Die Homepage der „Aktion451“, in Österreich registriert, gibt dazu etwas mehr Informationen: An Hochschulen sei die richtige Meinung heute wichtiger als eine gute Leistung, dort werde man überdies „mit Ideologieprojekten überschwemmt“, etwa von „link(sextrem)en Infoständen bis zur queerfeministischen Vorlesung“. Zudem herrsche eine Cancel Culture, in der „linke Interessensverbände“ die Meinungsfreiheit einschränkten, und das ganze auch noch finanziert durch Studienbeiträge, die somit abgeschafft gehörten.

Zentrum der „Aktion451“ ist Wien – nicht zufällig auch der Aktivitätsschwerpunkt der deutschsprachigen Identitären Bewegung. Alle öffentlich auftretenden Figuren der „Aktion451“ sind zugleich Kader der Identitären. Die Einstufung als „Ableger“ der IB, die zwischenzeitlich verbreitet wurde, greift dabei zu kurz: „Aktion451“ ist die IB, es handelt sich um ein weiteres Label, auf das IB-AktivistInnen zugreifen, wie sie es zuvor auch mit anderen Labels getan haben. So wird eine weitere neue politische Marke geschaffen, ohne dass sich Inhalt, Struktur und Personal ändern.

Studium als Dystopie

Nach Angaben der „Aktion451“-Webseite gibt es derzeit Ortsgruppen in Wien, Graz, der Schweiz, Augsburg, Dresden, Erfurt, Jena, Leipzig, München, Schmalkalden und Stuttgart. Der Name leitet sich von Ray Bradburys Roman „Fahrenheit 451“ ab, dessen Titel wiederum von der Temperatur inspiriert ist, bei der Papier – und damit auch ein Buch – zu brennen anfängt. Der Roman handelt in einer dystopischen Zukunft, in der der Besitz von Büchern verboten ist und repressiv verfolgt wird. Eine „Feuerwehr“ spürt in der Erzählung Bücher auf und verbrennt sie an Ort und Stelle. Nur eine kleine, dissidente Gruppe bewahrt das Wissen aus den Büchern im Untergrund.

Der Bezug der „Aktion451“ auf Bradburys Roman ist doppelt suggestiv: Einerseits inszeniert man sich als nonkonformistisch und dissident, als Bewahrer von Geheimwissen, dass die Mächtigen und Herrschenden unterdrücken möchten – als könne man Ernst Jünger und Konsorten nicht landauf, landab in jeder Dorfbibliothek ausleihen –, andererseits spielt man mit dem Topos der Bücherverbrennung: Die ausgekratzten Augen von Karl Marx und das lodernde Feuer, das sich in der Sonnenbrille spiegelt, legen unter-schwellig nahe, dass sich die „Aktion451“ nur zu gern selbst in der Rolle der Bücherverbrenner sehen würde. Der Feldzug gegen „Monotonie“ und „Ideologieprojekte“, zu dem hier aufgerufen wird, ist letztlich nur denkbar als Zerstörung kritischer Wissensproduktion.

Die Aktiven der „Aktion451“ haben offenbar ein Bild von Hochschulen, wonach dort in jedem Seminar ideologische Überwältigung betrieben wird, wenn nicht gleich die Revolution geplant wird. Fast könnte man meinen, eine solche wahnhaftige Vorstellung sei lustig angesichts des stetig schwindenden Anteils kritischer Gesellschaftstheorien in Forschung und Lehre. Doch die Identitären haben bereits gezeigt, dass sie Universitäten zu Angsträumen für all jene machen wollen, die nicht in ihr Weltbild passen.

Das Beispiel Halle

Schon einmal drang die IB an einen Universitätscampus: Im Frühjahr 2017 eröffnete „Kontrakultur Halle“ – wiederum eine Tarnmarke, hinter der sich die Hallenser IB-Ortsgruppe verbarg – ein Hausprojekt in der Adam-Kuckhoff-Straße in Halle (Saale), nur wenige Schritte vom Campus der Universität Halle-Wittenberg entfernt. An der Gründung des Projekts war auch der hessische AfD-Politiker Andreas Lichert beteiligt, weiterhin unterstützten der Verleger Götz Kubitschek und die ultrarechte Kampagnenorganisation „Ein Prozent“ den Kauf und Betrieb des Hauses. Im Haus betrieb der AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider ein Büro, Kubitscheks Verlag „Antaios“ ebenso, und auch „Ein Prozent“ mietete sich dort ein. Zudem wohnten IB-Mitglieder in dem Haus.

Schon nach wenigen Wochen kam es zu Bedrohungen gegenüber antifaschistisch eingestellten Studierenden. IB-Mitglieder lauerten ihnen in der Mensa auf, bedrohten und beschimpften sie. Im November 2017 kam es dann zum Gewaltexzess: Im Anschluss an eine Kundgebung gegen die Präsenz der NeofaschistInnen in Halle griffen zwei IB-Kader, mit Schutzhelmen, Schilden, Baseballschlägern und Pfefferspray ausgerüstet, zwei Personen an, von denen sie annahmen, es handele sich um Antifaschist*innen. Tatsächlich waren es Zivilpolizisten. Erst durch Ziehen ihrer Dienstwaffen konnten diese die identitären Angreifer abwehren. Kaum vorstellbar, wie diese Situation ausgegangen wäre, wenn es sich um arglose Passant*innen oder Antifaschist*innen gehandelt hätte. Es wäre wohl zu schwersten Verletzungen gekommen.

Ende 2019 wurde das Haus von den Identitären aufgegeben, womit die Raumnahmestrategie in direkter Nachbarschaft zum Universitätscampus ein vorläufiges Ende fand. Mit „Aktion451“ tritt nun seit Ende 2025 erstmals wieder eine IB-Marke auf, die explizit auf die Intervention an der Hochschule abzielt.



Eine kleine Männerrunde

Am 5. März war es dann so weit: Das erste Treffen der „Aktion451“ in Frankfurt fand statt. Zu dem „Kennenlernetreffen“ war zuvor über Instagram eingeladen worden, die Bedingungen waren konspirativ. Erst nach Anmeldung wurde der Ort mitgeteilt, hieß es auf Instagram. Der antifaschistischen Rechercheplattform *Rhein-Main Rechtsaußen* gelang es dennoch, den Ort zu identifizieren – und das Treffen zu dokumentieren. Demnach traf sich die Kleingruppe, ausschließlich Männer, in einer Sachsenhäuser Apfelweinwirtschaft.

Nach Informationen von *Rhein-Main Rechtsaußen* waren mindestens vier der Anwesenden zugleich Mitglieder der *Frankfurt-Leipziger Burschenschaft Germania*, mehrere waren zuvor in politischen Kontexten von AfD und IB aktiv gewesen. Dabei waren auch zwei Männer, die sich für die AfD bereits zu Wahlen aufstellen lassen haben: Manuel Wurm, der bis 2026 AfD-Stadtverordneter in Offenbach war, sowie Thomas Janeczek, der ebenfalls in Offenbach am 15. März bei den Kommunalwahlen auf der Liste der AfD kandidierte. Zwei AfD-Kandidaten also bei der IB-Hochschulgruppe.

Es war nicht das erste Mal, dass Wurm und Janeczek gemeinsam im Kontext der Identitären Bewegung auffielen. So machten sie sich, begleitet von drei weiteren hessischen AfD-Nachwuchspolitikern, im Juli 2024 auf den Weg nach Wien, um an der dortigen Sommerdemonstration der „Identitären Bewegung“ teilzunehmen. Fotos von der Demonstration zeigen Janeczek und Wurm, letzterer im Shirt der ehemaligen AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“, auf der Auftaktkundgebung.

Umstrittene Vereinbarkeit

Das Problem: Die „Identitäre Bewegung“ steht auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD. Auf dieser werden verschiedene Organisationen für unvereinbar mit den Zielen der Partei erklärt, Doppelmitgliedschaften sind verboten und AfD-Mitglieder sind angehalten, sich von diesen Gruppierungen fernzuhalten. Die Liste hat eine ganz praktische Bedeutung für die AfD, denn sie dient zur Selbstverharmlosung und als Verweis auf die eigene Abgrenzung gegenüber klar neonazistischen Bestrebungen. Gebetsmühlenartig wiederholen AfD-Funktionäre, man sei „konservativ“ oder „rechts“, aber habe mit Rechtsextremen nichts zu tun. Noch die Bedeutung der Unvereinbarkeitserklärung geht noch weiter: Sie öffnet Möglickeitsräume für Kooperationen mit anderen Parteien, wie der CDU, der FDP, oder den Freien Wählern. Dort mehrten sich die Stimmen, die für ein Ende der „Brandmauer“ plädieren, und mithilfe der Unvereinbarkeitsliste kann die AfD sich selbst verharmlosen und die anderen Parteien zu Gesprächen bitten. Rechtsextrem sei man ja schließlich nicht, vielmehr grenze man sich ab.

Eine dritte Bedeutung der Unvereinbarkeitsliste ist aber wohl die wichtigste: In mehreren Bundesländern, auch in Hessen, klagt die AfD gegen die Einschätzungen der Inlandsgeheimdienste, wonach die AfD „rechtsextremistisch“ sei. Und dafür benötigt sie Belege der Abgrenzung nach rechtsaußen. Diese sind rar. Das weiß auch die AfD, weshalb sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Unvereinbarkeitsliste zückt.



Funktionäre der Parteijugend

Zurück zur Frankfurter „Aktion451“: Nicht nur waren Wurm und Janeczek – der beim Kennenlernabend nach Informationen von *Rhein-Main Rechtsaußen* als Organisator auftrat und den Tisch reserviert hatte – bereits als AfD-Kandidaten Teil des politischen Lebens – vielmehr hatten sie auch schon Parteiämter inne. Wurm war bis 2023 Teil des Vorstands der hessischen *Jungen Alternative (JA)*, der ehemaligen Parteijugend, die sich auflöste, weil sie zu rechts wurde und von der Partei kaum kontrolliert wurde. Auch im JA-Bundesvorstand war Wurm zeitweise. Janeczek wiederum wurde erst gut zwei Wochen nach dem „Aktion451“-Kennenlernabend in ein Parteiamt gewählt: Bei der Neugründung des hessischen Landesverbands der *Generation Deutschland (GD)* am 28. März in Fulda wurde er zum Schatzmeister bestimmt. Bei der GD handelt es sich um den neuen AfD-Jugendverband und damit den Nachfolger der JA.

Kurz nach den Wahlen berichteten die *Frankfurter Rundschau* und die *taz* übereinstimmend über Janeczeks Aktivitäten im Kreise der „Identitären Bewegung“. Die AfD verschickte daraufhin ein Rundschreiben an ihre Mitglieder mit dem Aufruf, sich von Veranstaltungen der „Aktion451“ fernzuhalten. Echte Abgrenzung oder nur Fassade angesichts des zu diesem Zeitpunkt noch laufenden Gerichtsverfahrens gegen das hessische Landesamt für Verfassungsschutz wegen dessen Einstufung der AfD als „rechts-extremistisch“? Da Wurm und Janeczek weiterhin in ihren Ämtern sind und dort unbehelligt ihrer Arbeit nachgehen, scheint wohl eher Letzteres der Fall zu sein. Dennoch gab es erhitzte Gemüter. In der neofaschistischen Szene wurde sich darüber echauffiert, dass die hessische AfD auf Distanz zur „Aktion451“ ging. Auch zahlreiche AfD-Politiker meldeten sich zu Wort und solidarisierten sich mit der „Aktion451“. Der Unvereinbarkeitsbeschluss spielt wohl kaum eine Rolle mehr.

Alles wie immer?

Was ist nun die Nachricht? Rechtsextreme, die in einer rechtsextremen Vereinigung sind – die AfD ist nicht nur nach Einschätzung von Politikwissenschaftler*innen extrem rechts, sondern seit Juni 2026 auch nach Ansicht des Wiesbadener Verwaltungsgerichts, das eine entsprechende Einstufung des Inlandsgeheimdienstes bestätigte –, sind eben auch in anderen rechtsextremen Vereinigungen – wie der Identitären Bewegung oder ihrem Label „Aktion451“ –, und tun dort rechtsextreme Dinge. Eine solche Nachricht hat kaum mehr Skandal- oder Neuigkeitswert, fast jeden Tag recherchieren Journalist*innen derartige Verbindungen. Den Aufstieg der AfD vermag es bislang allerdings nicht aufzuhalten.

Dennoch gilt es auch an der Hochschule, genau hinzuschauen, wenn sich extrem rechte Kräfte dort breitmachen und versuchen, ihre neofaschistische Ideologie zu verbreiten. Wer keine gewalttätigen Übergriffe durch Neonazis auf dem Uni-Campus will, muss dafür sorgen, dass Rechtsextreme dort mit ihrer Raumnahmestrategie scheitern. Insbesondere das neofaschistische Milieu um AfD, GD und IB versuchen, unter jungen Menschen Einfluss zu gewinnen. Glücklicherweise liegt die „Aktion451“ mit ihrem Bild vom Studium falsch: Langeweile und Monotonie gibt es zwar, aber sicher nicht wegen zu vieler linker Inhalte.



Ziegenhirten & Schweinepriester

Seit einigen Jahren zieht eine kleine, neofaschistische Szene sehr viel Aufmerksamkeit auf sich. Sie gruppiert sich um die »Identitäre Bewegung« sowie eigene Zeitschriften, Verlage und Organisationen. In der Regel als »Neue Rechte« bezeichnet, versucht sie sich an der Modernisierung der extremen Rechten. Längst reichen ihre Netzwerke bis in den Bundestag. Erfolgversprechende Strategien gegen diese selbsternannte »Kulturrevolution« von rechts werden nach wie vor gesucht.



Chiara Schubert

Der gekaperte Vordenker: Gramsci im Rittergut

Es entbehrt nicht einer gewissen historischen Ironie, dass ausgerechnet Antonio Gramsci, Mitbegründer der kommunistischen Partei Italiens und einer der schärfsten Analysten des bürgerlichen Klassenstaats, der selbst Jahre in Gefängnissen des faschistischen Italiens fristen musste, zur strategischen Leitfigur der neusten Wendung des Neofaschismus avancieren konnte. Wenn heute in den pseudo-intellektuellen Zirkeln der extremen Rechten über Strategie debattiert wird, fehlt der Gramsci-Bezug nur selten. Und ein Begriff fällt mit fast religiöser Monotonie: Metapolitik.

Die Prämisse dieser Strategie ist denkbar einfach und gerade deshalb so wirkmächtig: Politische Macht ist das Resultat kultureller Deutungshoheit, nicht ihre Ursache. Wer die Begriffe besetzt, die das Denken einer Epoche strukturieren, dem fallen die Parlamente und Staatsapparate früher oder später wie reife Früchte in den Schoß. Gramsci skizzierte in seinen Gefängnisheften den Gegensatz von Bewegungskrieg – etwa dem direkten, gewaltsamen Staatsstreich – und Stellungskrieg, der langwierig und zermürend sein kann. In letzterem sah er den Schlüssel im Kampf um kulturelle und ideologische Vorherrschaft, die einen Systemwechsel vorbereitet. Und genau diese Theorie greifen die Rechten von heute auf: Wo eine gewaltsame Machtübernahme nicht gangbar erscheint, muss es eben der langwierige, zermürende Stellungskrieg im Dickicht der Zivilgesellschaft sein, der den Kampf um kulturelle Hegemonie strukturiert.

Dieses Prinzip bildet das Fundament für das, was die rechten AkteurInnen

selbst als »Kampf um die Köpfe« oder »Kulturrevolution von rechts« bezeichnen. Das Epizentrum dieses Denkens lag über Jahre hinweg in Sachsen-Anhalt, genauer gesagt auf dem ehemaligen Rittergut im kleinen Dorf Schnellroda. Das dortige, mittlerweile formal aufgelöste, aber in seinen Netzwerken fortwirkende *Institut für Staatspolitik* (IfS) sowie der angeschlossene *Verlag Antaios* fungierten als eine Art Kaderschmiede und metapolitisches Laboratorium. Götz Kubitschek, der dort sonst vor allem auf seine Ziegen aufpasst, ist der strategische Kopf hinter diesem Projekt. Er brachte die Agenda einmal, in einem Aufsatz aus dem Jahr 2006, unmissverständlich auf den Punkt: »Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party«. Aus linker Perspektive offenbart sich hier eine tiefgreifende Asymmetrie. Während progressive Kräfte mühsam versuchen, die Scherben des neoliberalen Kahlschlags zu kitten und Rückschläge abzufedern, sich dabei oft genug zerreiben, operiert die neofaschistische »Neue Rechte« mit einem revolutionären, auf Jahrzehnte angelegten Transformationskonzept. Sie betreibt Diskurspiraterie auf höchstem Niveau: Sie entkleidet linke Theoriekonzepte ihrer emanzipatorischen Substanz und füllt sie mit völkischen, autoritären Inhalten.

Die drei Säulen der rechten Landnahme

Die neofaschistische Strategie, die von IfS und Co. propagiert wird, inszeniert sich als Dreisäulenmodell, das den akademischen Elitendiskurs mit Agitation



auf der Straße und der parlamentarischen Machtoption verbindet. Der Kampf um die Köpfe ist demnach die eigentliche Metapolitik, die Produktion von Ideologie im vorpolitischen Raum. Hierzu zählen „neurechte“ Zeitschriften wie die *Sezession*, ebenso ausgerichtete Verlage und akademisch anmutende Debattenzirkel – etwa Lesekreise der „Aktion451“. Ziel ist die Schaffung eines intellektuellen Fundaments, der den Neofaschismus anschlussfähiger für das bürgerliche Milieu macht. Der Kampf um die Straße ist die zweite Säule, die vor allem durch die „Identitäre Bewegung“ ausgefüllt wird. Diese nutzt gezielt popkulturelle Ästhetiken, Social-Media-Kampagnen und zuvor als „links“ geltende Marken und Codes, um das Bild einer hippen, rebellischen Jugendbewegung von rechts zu inszenieren. Und schließlich bildet der Kampf um die Parlamente die dritte Säule der neofaschistischen Strategie. Diese wird heute von der Alternative für Deutschland (AfD) besetzt. Die Partei fungiert als Resonanzboden und parlamentarischer Arm der metapolitischen Vorarbeit – und schafft nicht zuletzt Ressourcen in Form von Geldern und Jobs.

In diesem arbeitsteiligen System hat die extreme Rechte gelernt, ihre inneren Widersprüche strategisch zu nutzen: Man gibt sich mal bürgerlich-konservativ, mal rebellisch-avantgardistisch – und ermöglicht es damit, unterschiedliche Klientel anzusprechen.

Begriffe als Trojanische Pferde

Wie der „Kampf um die Köpfe“ sprachlich konkret aussieht, lässt sich an den Begriffen Ethnopluralismus und Remigration nachzeichnen. Beide werden von dem neofaschistischen Netzwerk um IfS, IB und Co. offensiv in der Öffentlichkeit platziert. Der Begriff „Ethnopluralismus“ ist dabei wohl das erfolgreichste trojanische Pferd dieser „Neuen Rechten“, das maßgeblich auf deren französischen Vordenker Alain de Benoist zurückgeht. Um sich vom historisch diskreditierten, biologistischen Rassismus des Nationalsozialismus abzugrenzen, operiert die „Neue Rechte“ mit einem kulturalistischen Rassismus. Man behauptet nicht mehr, eine vermeintlich existierende Rasse sei der anderen biologisch überlegen. Stattdessen wird deklariert: Alle Kulturen und Völker seien gleichwertig, müssten aber – um ihre „Identität“ zu wahren – strikt voneinander getrennt bleiben. Die Parole lautet nicht mehr „Ausländer raus“, sondern „Erhalt der ethnokulturellen Identität“. Aus der linken Forderung nach dem Schutz indigener Völker oder dem Recht auf Differenz wird so ein Instrument der Ausgrenzung geschmiedet. Es ist Rassismus,

der zugleich stets abstreiten kann, dass er rassistisch sei.

Ein weiteres, jüngerer Beispiel für diese semantische Verschiebung ist der Begriff der „Remigration“. Was im völkerrechtlichen und migrationssoziologischen Kontext die freiwillige Rückkehr von Migrant*innen in ihre Herkunftsländer beschreibt, wurde von der „Neuen Rechten“ gekapert und zu einem Euphemismus für massenhafte, rassistisch motivierte Deportationen umgedeutet. Durch die permanente Wiederholung in sozialen Netzwerken, Talkshows und parlamentarischen Debatten wandert ein zutiefst verfassungs- und demokratiefeindliches Konzept schleichend aus dem extrem rechten Untergrund in den vermeintlich legitimen Sprachgebrauch der Mitte. Wer „massenhafte“ oder gar „millionenfache Remigration“ fordert, setzt sich letztlich für Staatsterrorismus, für die Planung von Staatsverbrechen ein, denn nichts anderes würde die Ausweisung und Abschiebung von Staatsbürger*innen bedeuten.

Das linke Phantasma bloßer »Aufklärung«

Angesichts dieser strategischen Professionalisierung der Gegenseite wirkt die Reaktion der liberalen und linken Öffentlichkeit oft seltsam anachronistisch und hilflos. Der dominierende Abwehrmodus lässt sich als ein naiver Aufklärungs-Rationalismus beschreiben. Man glaubt immer noch fest an den Habermas'schen „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“. Die Strategie, insbesondere der linksbürgerlichen Medien, erschöpft sich im permanenten „Faktencheck“, im feierlichen Entlarven rechter Lügen und im moralischen Zeigefinger.

Diese Methode erkennt jedoch die Funktionsweise neurechter Propaganda fundamental. Die „Neue Rechte“ will im rationalen Diskurs gar nicht „recht haben“ im Sinne einer wissenschaftlichen Wahrheitssuche. Ihr geht es um die Verschiebung des Sagbaren, um die Destabilisierung von Gewissheiten und um die Erzeugung von Affekten. Jede noch so gut gemeinte Empörungsschleife in den liberalen Leitmedien, jeder Faktencheck, der die rechten Begriffe im Titel reproduziert, zahlt letztlich auf das metapolitische Konto der Rechten ein. Sie generiert Aufmerksamkeit, normalisiert die Begriffe und zwingt der Gegenseite die Themen auf.

Die extreme Rechte nutzt so gezielt die Dynamiken der digitalen Aufmerksamkeitsökonomie. Auf Plattformen wie TikTok, YouTube oder X hat die extreme Rechte längst Heerscharen von Influencer*innen aufgebaut, die ihre metapolitische Agenda täglich weiterspinnen und uns alle mit entsprechenden Angeboten beschallen. Sie agieren mit einer erschreckenden

Leichtigkeit, mit Humor, und mit ästhetischer Professionalität. Das liegt auch daran, dass Linke jahrelang diesen Trend verschlafen haben und erst in den letzten Jahren nachziehen. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft, Rebellion und Hoffnung in einer Ära der Resignation wird so für viele junge Menschen bislang von rechts besetzt. Dazu können die Rechten etwas bieten, was Linke niemals bieten können: Eindeutigkeit in einer zunehmend komplexen Welt.

Fazit: Den Stellungskrieg annehmen

Wenn der „Kampf um die Köpfe“ gewonnen oder zumindest aufgehalten werden soll, muss die Linke ihr Verhältnis zum vorpolitischen Raum grundlegend überdenken. Es reicht nicht aus, als moralische Feuerwehr aufzutreten, die immer erst dann ausrückt, wenn die rechte Saat bereits aufgegangen ist. Was bräuchte es dafür?

Zunächst wohl vor allem eigene Narrative statt reiner Defensive. Antifaschismus ist wichtig, aber progressive Kräfte müssen aufhören, sich nur an den Themen der Rechten abzuarbeiten und sich von ihr treiben zu lassen. Es gilt, eigene, positive und vor allem radikal emanzipatorische Zukunftsentwürfe zu formulieren, die über das bloße Verwalten des Status quo hinausgehen. Die Krisen liegen auf der Hand, nun müssen die progressiven Antworten darauf Verbreitung finden.

Zweitens braucht es ein neues Interesse für Alltagskultur: Kultur- und Bildungseinrichtungen dürfen nicht als neutrale, unpolitische Räume missverstanden werden – denn die Rechte begreift sie längst als Kampffelder. Es braucht eine offensive, linke Kulturpolitik, die wieder breite Schichten der Bevölkerung erreicht und solidarische Praxis erfahrbar macht.

Schließlich braucht es theoretische Schärfe, die ohne akademischen Dünkel auskommt. Wenn komplexe Gesellschaftskritik nur noch auf einer hohen Abstraktionsstufe und mit dem entsprechenden Jargon formuliert wird, überlässt man den einfachen, aber falschen Antworten der Rechten kampflos das Feld. Die akademische Linke muss also ihre Erkenntnisse aus dem Elfenbeinturm befreien und die Kritik hinein ins Handgemenge!

Schließlich schreibt Antonio Gramsci auch, dass Hegemonie niemals total ist; sie ist immer prekär, umkämpft und historisch kontingent. Es ist also höchste Zeit, den Kampf aufzunehmen, um eine rechte kulturelle Hegemonie zu verhindern. Nur so können die Bedingungen für eine echte, solidarische Emanzipation überhaupt erhalten bleiben.

Kollektiv IfS dichtmachen!

Faschismus im intellektuellen Gewand

Das rechte Institut für Staatspolitik



»Faschismus im intellektuellen Gewand. Das rechte Institut für Staatspolitik«

Eine Rezensionsnotiz

Chiara Schubert

Im Jahr 2000 wurde der *Verein für Staatspolitik* gegründet, Trägerverein des *Instituts für Staatspolitik (IfS)*, das unter seinem Leiter **Götz Kubitschek** zur einflussreichsten Organisation der neofaschistischen „Neuen Rechten“ wurde – also jener intellektualisierten Form der extremen Rechten, die auch die *Identitäre Bewegung* prägte und auf die AfD Einfluss nimmt. Gegründet wurde der Trägerverein übrigens in Bad Vilbel, wie das IfS auch generell enge Verbindungen ins Rhein-Main-Gebiet hat: Kubitscheks Ehefrau **Ellen Kositzka** stammt gebürtig aus Offenbach, an der Gründung beteiligt war ein ehemaliges Frankfurter RCDS-Mitglied, erster Vereinssitz war Bad Vilbel, und auch der hessische AfD-Landessprecher **Andreas Lichert** war in die Aktivitäten des Vereins involviert. Kositzka und Kubitschek heirateten in einer Kapelle der katholisch-traditionalistischen Piusbruderschaft in Hattersheim, ebenfalls im Rhein-Main-Gebiet.

Bis 2024 bestand das *Institut für Staatspolitik* formal; um einem Verbot zu entgehen, wurde es aufgelöst und in Nachfolgestrukturen überführt, die die Tätigkeiten weiterführen. In den 24 Jahren seines offiziellen Bestehens gelang es dem IfS, sich als Kaderschmiede einer neuen Generation intellektuell auftretender FaschistInnen zu inszenieren. Die abgeschiedene Lage des Dorfes Schnellroda, in dem das Institut seine Aktivitäten durchführte – und auch heute noch weiterführt – erleichterte dies.

Dennoch regt sich seit Jahren Protest: Im September 2016 fand erstmals eine

Demonstration gegen die „Sommerakademie“ des *Instituts für Staatspolitik* in Schnellroda statt. Mit dem neuen Büchlein *Faschismus im intellektuellen Gewand* blickt das *Kollektiv IfS dichtmachen* nun auf zehn Jahre antifaschistische Praxis zu diesem zentralen Vernetzungsort der neofaschistischen Szene im deutschsprachigen Raum zurück. Entstanden ist das Buch aus einer Tagung, die 2022 stattfand – und trotzdem haben die Beiträge nicht an Aktualität eingebüßt. Die Aspekte der ‚neurechten‘ Ideologie werden konzise eingeordnet, insbesondere werden auch die angeblichen theoretischen Innovationen, die von Schnellroda ausgehen, kritisch hinterfragt. Darüber hinaus wird die zweifelhafte Rolle der Medien, die weit mehr als nötig nette Homestories bei den Kubitscheks produzierten und so die „Marke“ Schnellroda stärkten, thematisiert.

Wie kann die Zivilgesellschaft auf die Herausforderung rechter Raumnahme reagieren – gerade unter den Bedingungen des ländlichen Raums Ostdeutschlands? Diese Frage schwebt über dem Büchlein, das mit 120 Seiten gut in einem Schwung lesbar ist. Dabei kommen verschiedene Perspektiven vor: Organisation dagegen, Anreisen auch aus größeren Städten, behördliche Maßnahmen der Kommunal- und Landespolitik werden dargestellt. Vor

allem die Berichte aus der Praxis, die das herausgebende *Kollektiv IfS dichtmachen* selbst beigesteuert hat, sind äußerst lesenswert für alle, die der extremen Rechten möglichst wenige Räume überlassen wollen. Weiterhin organisiert das Kollektiv regelmäßige Proteste gegen das Treiben von Kubitschek, Sellner und Co. in Schnellroda.

Billige Arbeitskräfte

Lukas Geisler



»Mit Vier-Tage-Woche und Work-Life-Balance«, sagte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) im Mai 2025, »werden wir den Wohlstand unseres Landes nicht erhalten können«. Die Debatten um Arbeitszeit und Produktivität reißen seitdem nicht mehr ab. Auch die geplante BAföG-Reform steht auf der Kippe. Eine Glosse.

Während der größte soziale Kahlschlag seit der Agenda 2010 unter der damaligen rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder (SPD) vorbereitet wird, sollen unausgeschöpfte Arbeitsmarktpotenziale ausgeschöpft werden. Rentner*innen sollen wieder oder weiter arbeiten, wenn sie nicht sowieso schon Flaschen sammeln. Auch alleinerziehende Mütter oder Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, sollen doch bitte wieder eine Vollzeitstätigkeit aufnehmen. Das Bruttoinlandsprodukt muss gesteigert werden. Die Acht-Stunden-Tag-Mentalität ist beendet. Ob durch Dienst an der Waffe oder durch Überarbeitung, frag nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für ein Land tun kannst. Aktivierende Arbeitsmarktpolitik statt Work-Life-Balance.

Auch die Ministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt Dorothee Bär ließ Anfang Juni verlauten: »Wenn Pflegebedürftige sparen sollen und beim Elterngeld Kürzungen vorgenommen werden, dann ist nachvollziehbar, dass man nicht gleichzeitig an anderer Stelle große zusätzliche Leistungen verspricht«. Es ist konsequent, dass die geplante BAföG-Reform unter finanziellem Vorbehalt steht. In unserem schönen Deutschland leben

wir sowieso »in einer sehr privilegierten Situation«. So sei es kein »Drama, wenn Studierende neben dem Studium jobben«. Wichtige Erfahrungen – »fürs Leben und den Beruf« – sind das. Auch bei Studierenden heißt es also endlich, Schluss mit der *Service-Mentalität*. Mal wieder richtig ranklotzen. Schluss mit dem »Vollkastudium« – jetzt.

Billige Arbeitskräfte braucht das Land. Die Qualifikation der Ware Arbeitskraft kann in einem Hochtechnologieland durchaus vernachlässigt werden. KI-Entwickler kann eben nicht jede*r werden. Und bis dahin gilt eben *survial of the fittest*, Bestenauslese. Das wusste auch schon Charles Darwin. Auch wenn der kein Deutscher war. »Hightech-Agenda«, »Kernfusion« und natürlich Raumfahrt. Für diese hehren Ziele könnten deutsche Studierende auch mal auf das Zuckerbrot verzichten. Das ist patriotische Pflicht. Und wenn sie gleichzeitig in prekären Jobs effektiv in die Akkumulation von Kapital eingebunden sind, umso besser: für Vaterland, Nation und Kapital. Gefangene werden nicht gemacht. Ein paar Verluste gibt es immer.

Scharnier & Türöffner der extremen Rechten

Wie Burschenschaften und Identitäre verschmelzen

Paul Wörrlein

Der Blick auf deutsche Universitätsstädte offenbart hinter historischen Sandsteinfassaden ein hochgefährliches politisches Phänomen: Die fortschreitende, strukturelle Symbiose aus völkischen Burschenschaftlern und den kadermäßig organisierten Netzwerken der extremen Rechten. Was gemeinhin als verstaubte Altherrenkultur abgetan wird, bildet tatsächlich ein zentrales logistisches, finanzielles und personelles Fundament des modernen Faschismus. Längst agieren die Verbindungen des Dachverbands *Deutsche Burschenschaft* als Kaderschmiede. Viele der Mitglieder sind zugleich in der *Identitären Bewegung (IB)* aktiv, einige werden Mitarbeiter von AfD-Politikern oder übernehmen selbst Parlamentsmandate. Trennlinien zwischen scheinbar bürgerlichen Akademikern und militanten Neofaschisten werden dabei immer dünner – oder existieren nur noch als strategische Mimikry für die Öffentlichkeit.

Das Mainzer Machtzentrum: Germania Halle und die parlamentarische Landnahme

Ein herausragendes Beispiel für die Symbiose von Partei, identitärem Netzwerk und Burschenschaft findet sich in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Im Fokus steht hier seit Jahren die *Burschenschaft Germania Halle zu Mainz*. Im „neurechten“ Ökosystem agiert diese als regelrechter Karrierebeschleuniger. Prominente Köpfe der Verbindung nehmen strategisch entscheidende Rollen im bundesweiten Netzwerk innerhalb der

rechtsextremen AfD sowie zwischen der Partei und ihrem Vorfeld ein.

So ist **Sebastian Münzenmaier** „Alter Herr“ der *Germania Halle zu Mainz*. Der einflussreiche AfD-Bundestagsabgeordnete, der in der Vergangenheit wegen Gewaltdelikten im Hooligan-Milieu verurteilt wurde, nutzt seine korporierten Netzwerke systematisch, um den parlamentarischen Unterbau mit Personal aus dem rechtsextremen Spektrum zu besetzen. Von einem regelrechten „Münzenmaier-Netzwerk“ ist mitunter die Rede, er wird zudem als Vertrauter von Alice Weidel beschrieben.

Engster Vertrauensmann Münzenmaiers ist **Damian Lohr**. Lohr, ebenfalls Mitglied der *Germania Halle zu Mainz*, agiert als Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz. Als ehemaliger Bundesvorsitzender der mittlerweile aufgelösten AfD-Jugendorganisation *Junge Alternative* schlägt er die direkte Brücke von der völkischen Burschenschaft in die Parteijugend und die rheinland-pfälzische Landespolitik.

Der rheinhessische AfD-Politiker **Alexander Jungbluth** gehört ebenfalls zum Mainzer Netzwerk. Er ist nicht nur in der *Germania Halle zu Mainz* aktiv, sondern auch in der *Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn*, die einst mit der rassistischen Forderung nach einem „Arier-Nachweis“ für Fuxen, also Nachwuchs-Burschenschaftler, bundesweit Schlagzeilen machte. Jungbluth hat den Sprung ins Europäische Parlament geschafft – zuvor war er Mitarbeiter von Münzenmaier – und fungiert zudem als Bundesschatzmeister der AfD, was ihn zu einem logistischen Knotenpunkt für die Verteilung finanzieller Ressourcen an das neofaschistische Vorfeld macht.

Weiterhin gehören der *Germania Halle zu Mainz* mehrere Mainzer AfD-Kommunalpolitiker an, darunter **Benjamin Steiner**, der Geschäftsführer der Mainzer AfD-Stadtratsfraktion ist. Steiner war noch vor wenigen Jahren in der *IB* aktiv. Fotos zeigen ihn im Sommer 2020 am Infostand einer „IB-Sommertour“; noch im Januar 2022 nahm er mit der IB-Tarnstruktur *Aktives Hessen* an einer Corona-Demonstration in Frankfurt teil.

Diese Biografien belegen eine bewusste Strategie: Das Korporationshaus der *Germania Halle* dient als geschützter Raum, wo Kadern ein Rückzugsraum geboten wird und wo diese herangezogen werden. Nach dem Studium greift das korporierte Prinzip des „Lebensbundes“, und die AfD-Parlamentsfraktionen bieten den passenden, steuerfinanzierten Arbeitsmarkt, um diese Akteure mit Jobs und Geld zu versorgen.

Das Beispiel Berlin: Die Gothia, Peter Kurth und der extrem rechte Immobiliensumpf

Die Berliner *Burschenschaft Gothia* fungiert als zentrales Bindeglied zwischen konservativer Elite und rechtsextremem Milieu, professionalisiert durch die Verbindung von „Alten Herren“ und der *IB*. Besonders brisant ist die Rolle des ehemaligen Berliner CDU-Finanzsenators **Peter Kurth**, der als Gothia-Mitglied signifikante finanzielle Mittel in „neurechte“ Immobilienprojekte leitete.

Kurth war über Jahrzehnte kein unbeschriebenes Blatt im Berliner Politikbetrieb, sondern ein exzellent vernetzter Lobbyist und hochrangiger Funktionär – zeitgleich agierte er jedoch als einer der einflussreichsten Köpfe und langjähriger Vorsitzender der Altherrenvereinigung der ultrarechten *Burschenschaft Gothia*. Und er blieb nicht nur als ideologischer Sympathisant im Hintergrund, sondern fungierte als strategischer Großfinanzier des „neurechten“ Ökosystems. Er nutzte seine beträchtlichen finanziellen sowie logistischen Mittel, um die *Identitäre Bewegung* zu stärken. Medienberichte, antifaschistische Recherchen und zivilgesellschaftliche Dokumentationsstellen legten offen, dass Kurth allein im Jahr 2019 eine Summe von 120.000 Euro an die *IB*. In den Folgejahren 2020 und 2022 flossen weitere Tranchen von insgesamt nochmals 120.000 Euro. Mit dieser knappen Viertelmillion finanzierte Kurth maßgeblich den Aufbau und Erwerb von Immobilien durch die neofaschistische Gruppierung, darunter das derzeit strategisch wichtigste Hausprojekt der Identitären im sächsischen Chemnitz.

Dass die *Identitäre Bewegung* trotz staatlichen Verfolgungsdrucks, Kontensperrungen und Beobachtung durch den Inlandsgeheimdienst weiterhin in der Lage ist, Schulungszentren und Veranstaltungsstätten zu betreiben, ist nicht zuletzt auf die finanzielle Absicherung

durch korporierte Millionäre wie Kurth zurückzuführen.

Wie eng die Fäden zwischen bürgerlicher Fassade, AfD-Spitze und identitärem Aktivismus zusammenlaufen, verdeutlichte ein konspiratives Treffen im Juli 2023 in Kurths privater Berliner Wohnung. Zu den geladenen Gästen des Gothia-Altherrenvorsitzenden gehörten **Martin Sellner**, das langjährige Gesicht und der Chefideologe der *IB* in den deutschsprachigen Ländern, außerdem **Maximilian Krah**, der spätere Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl, sowie mehrere hochrangige Funktionäre der Berliner AfD und ausgewählte Mitglieder völkischer Burschenschaften. Diese Zusammenkunft unterstreicht die Rolle Kurths als Knotenpunkt. Seine Wohnung diente als geschützter Salon, in dem die metapolitischen Strategien der „Neuen Rechten“ direkt mit parlamentarischen Akteuren und finanzstarken Förderern abgestimmt wurden.

Dass das Netzwerk um Peter Kurth bis in den gewaltbereiten, rechtsterroristischen Untergrund reicht, wurde durch eine Großrazzia im November 2024 offenkundig. Der Generalbundesanwalt ließ zu diesem Zeitpunkt mehrere mutmaßliche Mitglieder der militant-rassistischen Gruppierung *Sächsische Separatisten* festnehmen, die sich auf einen bewaffneten Umsturz am „Tag X“ vorbereitet hatten. Kurz darauf enthüllten Recherchen des *Spiegel*, dass Peter Kurth den mutmaßlichen Rechtsterroristen ein Darlehen in Höhe von 100.000 Euro gewährt hatte. Mit dem Geld kauften die Rechtsextremen, von denen fast die Hälfte zugleich AfD-Mitglieder waren, eine Immobilie im sächsischen Grimma, um dort einen konspirativen Szenetreff zu etablieren. Diese direkte Verbindung belegt die Entgrenzung des Milieus: Das völkisch-burschenschaftliche Netzwerk, orchestriert von einem ehemaligen Finanzsenator, schreckte nicht davor zurück, Akteure zu finanzieren, die den gewaltsamen Umsturz des demokratischen Systems planten.

Licht in die korporierten Schattenwelten bringen

Die dargestellten Beispiele aus Mainz und Berlin verdeutlichen, dass völkische Burschenschaften längst nicht mehr als isolierte Traditionsvereine betrachtet werden können. Vielmehr fungieren sie als zentrale Knotenpunkte eines Netzwerks, das parlamentarische Akteure der AfD, identitäre Aktivisten, finanzstarke Förderer und teilweise sogar Akteure aus dem rechtsextremen Untergrund miteinander verbindet. Korporationshäuser bieten dabei nicht nur ideologische Sozialisation und lebenslange Loyalitätsstrukturen, sondern auch Zugang zu Ressourcen, Kontakten und Karrierewegen innerhalb der extremen Rechten. Die Bedeutung dieser Verbindungen liegt gerade in ihrer Funktion als Scharnier

zwischen unterschiedlichen Milieus: Sie ermöglichen den Austausch von Personal, Kapital und strategischem Wissen zwischen vermeintlich bürgerlichen Kreisen und offen rechtsextremen Organisationen. Dadurch entsteht eine Infrastruktur, die weit über einzelne Parteien oder Gruppierungen hinausreicht und zur langfristigen Stabilisierung sowie Professionalisierung der extremen Rechten beiträgt.

Wer die gesellschaftliche Verankerung und politische Handlungsfähigkeit rechter Netzwerke verstehen will, darf daher nicht nur auf öffentliche Wahlkämpfe oder spektakuläre Aktionen blicken. Ebenso relevant sind die oft weniger sichtbaren Räume, in denen Beziehungen geknüpft, Karrieren gefördert und finanzielle Ressourcen mobilisiert werden. Die Untersuchung dieser Strukturen bleibt eine zentrale Voraussetzung, um die Reichweite und Dynamik des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland angemessen einschätzen zu können.

Der Campus als Angstort

Rechtsextreme Morddrohungen
gegen Marburger Professorin

Juliette Martens

Welche Folgen hat es, wenn Rechte sich auf dem Campus zu sicher fühlen? Ein Fall aus Marburg zeigt eindrücklich, warum auch an den Hochschulen eine klare Kante gegen Rechts immer wichtiger wird.



»Die Hochschulen müssen sich offen gegen die faschistische Gefahr positionieren.«

Die Marburger Historikerin Christina Brüning sieht sich seit Monaten massiven, vor allem rechtsextrem motivierten Anfeindungen und Morddrohungen ausgesetzt. Die 45-jährige Professorin für Didaktik der Geschichte, deren Forschungsschwerpunkte unter anderem in der Erforschung von NS-Geschichte, Holocaust und Antisemitismus sowie dem Unterrichten dieser Themenfelder liegen, machte dies im Juni 2026 öffentlich. Ihre Schilderungen werfen ein Schlaglicht auf eine besorgniserregende Entwicklung an deutschen Hochschulen: Hier gelingt es Rechtsextremen, den demokratischen Diskurs durch ein Klima der Einschüchterung anzugreifen.

Die Eskalation an der Marburger Philipps-Universität kam nicht über Nacht. Wie Brüning in einem Interview mit der Hessenschau berichtete, ging den akuten Drohungen die systematische Störung ihrer Lehrveranstaltungen voraus. Dabei kam es zu aggressiven Zwischenrufen, dem bewussten Boykottieren von Arbeitsaufträgen zu Rassismuskritik sowie antifeministischen Reflexen männlicher Studenten, sobald die Dozentin sprachlich genderte. Im Dezember 2025 erreichte die Aggression eine neue Stufe, als an Universitätswänden zwei konkrete Mordaufrufe gegen sie entdeckt wurden. Mitte Mai folgte zudem eine antisemitische Schmiererei, die mit einem Pro-Palästina-Aufruf verbunden war.

Für die Betroffene hat dies drastische Konsequenzen im Alltag. Gegenüber der Hessenschau offenbart Brüning die psychische Belastung und zog ein bitteres Fazit: „Marburg ist für mich mittlerweile ein Angstort geworden.“ Die Konsequenz ist ein weitgehender Rückzug aus dem universitären Leben; Brüning arbeitet nun fast ausschließlich im Homeoffice.

In Absprache mit der Universitätsleitung wurden Namensschilder an Bürotüren entfernt und ganze Arbeitsgruppen in andere Räumlichkeiten verlegt, um potenzielle Angreifer ins Leere laufen zu lassen. Der Staatsschutz des Polizeipräsidiums Mittelhessen stellte die Ermittlungen zu den Schmierereien zunächst ergebnislos ein – was bei der Wissenschaftlerin das Gefühl verstärkte, mit den Bedrohungen alleingelassen zu werden. Erst nach der öffentlichen Aufmerksamkeit durch den Bericht der Hessenschau im Juni wurden die Ermittlungen reaktiviert.

Der Fall Brüning ist jedoch kein isoliertes Phänomen, sondern symptomatisch für einen gezielten Kulturkampf von rechts gegen jede progressive, diskriminierungskritische Wissenschaft. Wenn nun Lehrende aus Angst Vorlesungen meiden oder über Frühpensionierung nachdenken, steht die Wissenschaftsfreiheit auf dem Spiel – das notorisch rechte „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“, das vorgibt, diese verteidigen zu wollen, und überall woke Cancel Culture am Werk sieht, hat sich übrigens nicht zu Wort gemeldet.

Die akademische und gewerkschaftliche Solidarität ließ nach Brünings Gang an die Öffentlichkeit glücklicherweise nicht lange auf sich warten. Die GEW Hessen verurteilte die Vorfälle scharf. Die Gewerkschaft erklärte: „Die Einschüchterung und die Drohungen von rechts nehmen zu. Wir fordern von Land und Bund, dass sie Programme gegen Rechtsextremismus stärken.“ Zudem betont die GEW, wie unverzichtbar Zivilcourage auch an der Hochschule ist: „Es braucht diesen Mut, für wissenschaftliche Erkenntnis und demokratische Haltung öffentlich einzutreten und gegen Rechtsextremismus, Autoritarismus und Faschismus Stellung zu beziehen. Frau Brüning ist nicht allein.“

Auch die hessische Landespolitik reagierte. Der Wissenschaftsminister Timon Gremmels (SPD) verurteilte die Angriffe und sicherte der Historikerin Unterstützung zu. Am Fachbereich für Geschichte in Marburg wurde zudem eine „Roadmap gegen rechtes Gedankengut“ ausgearbeitet. Damit solche Maßnahmenpakete aber Wirkung zeigen, muss von allen beteiligten Akteuren – auch der Politik – die Rolle der Hochschulen als Schutzzräume demokratischer Pluralität ernstgenommen werden. Der Fall Christina Brüning sollte daher ein unüberhörbarer Weckruf sein: Die Verteidigung der freien Wissenschaft duldet keinen Aufschub und keine bürokratische Zurückhaltung mehr. Die Hochschulen müssen sich offen gegen die faschistische Gefahr positionieren.

Festung der Vernunft?

Hochschulpolitik von rechts und was zu tun wäre

Emilia Svoboda



Die Universität im Spätkapitalismus war nie der herrschaftsfreie Raum der reinen Wahrheit, als den die bürgerliche Ideologie sie gerne verklärt. Sie ist und bleibt ein ideologischer Staatsapparat, eine Reproduktionsstätte für die funktionellen Eliten des Kapitals, organisiert entlang der ökonomischen Verwertungsinteressen der herrschenden Klasse. Wenn wir heute die Bedrohung der Hochschulen von rechts nachdenken, darf dies daher nicht aus der Position einer naiven Illusion über die „freie, bürgerliche Wissenschaft“ geschehen. Diese Wissenschaft ist im Kern bereits entfremdet, drittmittelgesteuert, hierarchisch und tief in die Aufrechterhaltung kapitalistischer Verhältnisse verstrickt.

Doch die gegenwärtige Qualität der rechten Offensive gegen die Hochschulen – exekutiert durch die AfD und ihr Vorfeld – zielt auf etwas Spezifisches ab: Es ist der Versuch, den bürgerlich-liberalen

Minimalkonsens akademischer Rationalität zugunsten einer autoritär-völkischen Formierung zu brechen. Um diese Strategie zu begreifen, greift eine bloß moralische Empörung zu kurz. Es bedarf einer materialistischen Faschismusanalyse, kombiniert mit den Einsichten des Freudomarxismus der Frankfurter Schule, um die Verkopplung von ökonomischer Krisenhaftigkeit, autoritärer Charakterstruktur und hochschulpolitischer Praxis zu durchdringen.

Das AfD-Programm: Entkerntes Nützlichkeitsdenken und völkische Identitätspolitik

Ein Blick in die hochschulpolitischen Programme und Anträge der AfD offenbart eine scheinbare Paradoxie, die sich materialistisch jedoch schnell auflösen lässt.

Auf der einen Seite verfolgt die Partei eine radikale Unterordnung der Lehre unter das ökonomische Nützlichkeitsprinzip. Die Abschaffung des Bologna-Systems wird nicht etwa gefordert, um die Entfremdung des Studiums aufzuheben, sondern um eine Elitisierung voranzutreiben, die den „akademischen Überhang“ abbaut und das Proletariat dorthin zurückdrängt, wo das Kapital im Moment des Fachkräftemangels nach billigerer Arbeitskraft verlangt: in die betriebliche Ausbildung.

Auf der anderen Seite steht der Kulturkampf. Die AfD fordert die Schließung und Austrocknung von Instituten, die sich mit Gender Studies, Postcolonial Studies oder kritischer Gesellschaftstheorie befassen. Formal wird dies als „Rückkehr zur Ideologiefreiheit“ bemäntelt. Materialistisch betrachtet handelt es sich um den Versuch, jene Nischen zu liquidieren, in denen die Totalität der Warengesellschaft und ihre patriarchalen wie rassistischen Herrschaftsstrukturen überhaupt noch begrifflich reflektiert werden können. Unter dem Schlagwort der „Freiheit der Wissenschaft“ soll eine bestimmte politische Kontrolle etabliert werden: Die Durchsetzung eines nationalkonservativen bis völkischen Gesellschaftsbildes gegen kritische, emanzipatorische und demokratische Positionen.

Für den Faschismus ist die Wissenschaft nur insoweit legitim, wie sie entweder unmittelbar verwertbare Technologie (Militär, Industrie) liefert oder als Legitimationsideologie für das Eigene, Nationale fungiert. Jede Form von Selbstreflexion der Vernunft wird als „zersetzend“ markiert. Das rechte Hochschulprogramm ist somit die administrative Spiegelung der faschistischen Sehnsucht nach einer Welt ohne Ambivalenz, in der das Subjekt sich restlos in das Kollektiv der Nation einfügt.

Die Struktur des Ressentiments: Aufbegehren gegen den »unfassbaren Geist«

Warum verfängt diese Rhetorik? Hier hilft – einmal mehr – der Freudomarxismus, wie ihn Adorno, Horkheimer und Fromm entwickelt haben. Der spätkapitalistische Subjektstatus ist durch permanente Verunsicherung und die Angst vor dem sozialen Abstieg geprägt. Das Individuum, permanent gezwungen zur Selbstoptimierung auf dem Markt, entwickelt eine autoritäre Charakterstruktur als Abwehrmechanismus gegen die eigene Ohnmacht.

Die Universität – und insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften – wird in der psychischen Ökonomie des autoritären Charakters zum Projektionsraum. Sie gilt als der Ort der „Dekadenz“, an dem vermeintlich arbeitslose Intellektuelle auf Kosten des „hart arbeitenden Volkes“ Privilegien genießen. Der Hass auf die Theorie ist der rationalisierte Neid des entfremdet arbeitenden Subjekts auf eine Tätigkeit, die sich (scheinbar) dem unmittelbaren Zwang der Fabrik- oder Büroarbeit entzieht.

Seit Jahren zeichnet die AfD das Bild einer angeblich von „Linken“, „Woken“ oder „68ern“, und in jedem Fall unproduktiven, beherrschten Universität. Die Hochschule erscheint als Ort einer kulturellen Hegemonie, die es zu brechen gelte. Damit können Ressentiments mobilisiert werden: Professor*innen, Studierende oder Forschende werden zu Repräsentant*innen einer vermeintlichen Herrschaft der „politischen Korrektheit“ stilisiert – gegen die sich dann der angeblich gerechtfertigte Hass des „einfachen Volkes“ richten dürfe.

Die rechte Einflussnahme an den Universitäten – durch studentische Burschenschaften, das Institut für Staatspolitik oder gezielte Kampagnen gegen linke Dozent*innen – bedient genau diese Triebstruktur. Wenn Rechte von der „Cancel Culture“ an Universitäten sprechen, kehren sie die realen Verhältnisse um. Sie inszenieren sich als Opfer einer allmächtigen Institution, um die eigene Aggression psychisch zu legitimieren. Die Denunziationsplattformen („Neutrale Schulen/Universitäten“), die von der AfD installiert wurden, um kritische Lehrende zu melden, funktionieren wie der faschistische Blockwart: Sie kanalisieren den Sadismus des autoritären Charakters in eine staatlich oder parteilich sanktionierte Überwachungspraxis.

Der Fall Sachsen-Anhalt: Die rechte Machtoption

Die Gefahr dieser hochschulpolitischen Strategie wird dort konkret, wo die extreme Rechte parlamentarische Machtoptionen erlangt. Sachsen-Anhalt steht hierbei exemplarisch für die Verwerfungen der

ostdeutschen Transformations- und Deindustrialisierungsgeschichte, die als Nährboden für den Aufstieg des Faschismus dienten. Mit Blick auf die nächsten Landtagswahlen zeichnet sich ein Szenario ab, in dem der Einfluss der AfD auf den parlamentarischen Raum und die staatlichen Institutionen massiv zunimmt.

In einem Bundesland, dessen Hochschul- und Kulturlandschaft ohnehin durch jahrzehntelange neoliberale Kürzungspolitik („Sparen bis es quietscht“) materiell ausgeblutet ist, trifft die rechte Programmatik auf einen geschwächten Organismus. Wenn die AfD über Haushaltsverhandlungen Druck auf die Hochschulbudgets ausüben kann, wird sie dies nicht über das Holzschild des offenen Verbots tun, sondern über den Entzug von Ressourcen.

Ein Kulturkampf über den Etat bedeutet konkret: Universitäten sollen gezwungen werden, Studiengänge einzustampfen, die nicht profitorientiert oder „heimatverbunden“ sind. Über die Ministerien und Hochschulräte kann darüber hinaus Druck aufgebaut werden, um unliebsame, kritische Wissenschaftler*innen zu verhindern und stattdessen systemkonforme Technokraten oder rechte Ideolog*innen zu platzieren. Und schließlich sollen der studentischen Selbstverwaltung die Mittel entzogen werden. Der AStA, historisch oft ein Ort antifaschistischer Organisation, wird durch rechtliche Gängelung (Einschränkung des allgemeinpolitischen Mandats) handlungsunfähig gemacht.

Die Drohung in Sachsen-Anhalt ist somit nicht bloß die einer ideologischen Verschiebung, sondern die einer materiellen Säuberung der akademischen Infrastruktur unter dem Deckmantel haushaltspolitischer Konsolidierung.

Gegen die bürgerliche Illusion: Wissenschaft ist kein neutraler Schutzraum

Angesichts dieser Bedrohung neigt der liberale Antifaschismus dazu, die Universität als „Hort der Aufklärung“ und der „freien Debatte“ zu verteidigen. Diese Position ist ideologisch blind. Die bürgerliche Wissenschaft war historisch nie der Antagonist des Faschismus; sie war oft genug sein Steigbügelhalter. Die deutschen Universitäten waren 1933 weit vor der politischen Gleichschaltung bereits durch und durch völkisch, antisemitisch und reaktionär durchsetzt. Die Professorenschaft hat sich bereitwillig in den Dienst des „Handelns“ gestellt, weil die bürgerliche Wissenschaftsmethode – die Trennung von Wert und Faktum, der Positivismus – keine inhärente Barriere gegen die Barbarei besitzt.

Wenn Wissenschaft sich nur als wertfreie Beschreibung des Bestehenden versteht, wird sie komplementär zu jeder

Herrschaftsform, solange diese das Funktionieren der Labore und Rechenzentren garantiert. Die aktuelle Ausrichtung der Universitäten auf Drittmittelwerbung, Prekarisierung des akademischen Mittelbaus (WissZeitVG) und die algorithmische Messbarkeit von Output erzeugt genau jenen Typus des opportunistischen, flexiblen Funktionärs, den Max Horkheimer als Prototyp der verwalteten Welt beschrieb. Wer im System des „Publish or Perish“ ums nackte Überleben kämpft, leistet keinen Widerstand gegen die schlechende Faschisierung; er passt sich an.

Fazit und Ausblick: Konkrete antifaschistische Hochschulpraxis

Ein materialistischer und freudomarxistischer Antifaschismus an den Hochschulen darf sich daher nicht darauf beschränken, die Rückkehr zum Status quo ante des liberalen Universitätsbetriebs zu fordern. Die Verteidigung der Wissenschaft gegen rechts ist nur dann wirksam, wenn sie mit einer Kritik am Ganzen verbunden wird.

Materialistische Solidarität statt akademischer Dünkel: Der Kampf gegen rechts an der Universität muss den akademischen Mittelbau, die Studierenden und das nicht-wissenschaftliche Personal (Verwaltung, Reinigung, Technik) zusammendenken. Die Prekarität im Betrieb ist die Einfallspforte für Vereinzelung und die autoritäre Dynamik.

Kritische Theorie als Praxis: Es gilt, die Nischen der Kritik nicht nur defensiv zu verwalten, sondern sie offensiv zu nutzen, um die Verbindung zwischen kapitalistischer Krise und faschistischer Scheinlösung offenzulegen. Die Demaskierung der rechten Hochschulpolitik als Strategie zur Durchsetzung härterer Ausbeutungsbedingungen muss kollektiv erarbeitet werden.

Zerschlagung der autoritären Strukturen: Solange die Universität hierarchisch wie ein absolutistischer Hofstaat (Ordinarienuniversität) oder wie ein neoliberaler Konzern organisiert ist, bleibt sie anfällig für autoritäre Durchgriffe. Antifaschistische Hochschulpolitik bedeutet den Kampf für die radikale Demokratisierung aller akademischen Entscheidungsprozesse.

Der Kampf um die Hochschule wird nicht im Elfenbeinturm entschieden, sondern auf dem Terrain der materiellen Auseinandersetzung. Wenn wir die Festung der bürgerlichen Wissenschaft gegen die völkischen Barbaren verteidigen, dann nur, um sie gleichzeitig als Bastion für die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der Warengesellschaft umzugestalten.

Die Anatomie der Destruktivität

Zur Aktualisierung der Faschismustheorie in der Krise des Spätkapitalismus



Caroline Pusch

»Dabei zeigt er eindringlich, dass Faschismustheorie nie bloß graue Theorie war, sondern der verzweifelte Versuch, das Verhältnis von Verstehen und Verhindern dialektisch zu bestimmen.«

Der Faschismus ist keine historische Fußnote, sondern das immanente Schreckgespenst des bürgerlichen Liberalismus selbst. Wenn der kapitalistische Verwertungszwang an seine ökologischen und sozialen Schranken stößt, schlägt die bürgerliche Freiheit regelmäßig in autoritäre Barbarei um. Max Horkheimer formulierte einst das eherne Diktum der klassischen Kritischen Theorie: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ In einer Gegenwart, die von planetarischen Krisen, digitaler Entfremdung und dem globalen Aufstieg extrem rechter Bewegungen gezeichnet ist, gewinnt dieser Satz eine furchtbare Aktualität. So ist es kaum verwunderlich, dass der Faschismusbegriff seit einigen Jahren wieder ins Zentrum der Debatte um gesellschaftliche Krisenverhältnisse gerückt ist. Vier aktuelle Publikationen versuchen, die Konturen dieses gegenwärtigen Rechtsrucks zu vermessen.

Um die Gegenwart zu begreifen, hilft ein Blick zurück auf die methodischen Schlachten der Linken. Der von Morten Paul herausgegebene Sammelband *Was war Faschismustheorie?* (Verbrecher Verlag) wirft die fundamentale Frage auf, warum das über hundertjährige Nachdenken über

den Faschismus dessen Wiederkehr nicht verhindern konnte. Der Band ist ein intellektueller Gewinn, denn er versteht sich explizit als kritische Bestandsaufnahme, die anstelle einer hastigen Neudeutung die Brüche, Kontroversen und vergessenen Einsichten der Vergangenheit offenlegen möchte. Dabei zeigt er eindringlich, dass Faschismustheorie nie bloß graue Theorie war, sondern der verzweifelte Versuch, das Verhältnis von Verstehen und Verhindern dialektisch zu bestimmen. Schließlich kam es historisch simultan zum Erscheinen des Faschismus und zum Versuch, ihn zu verstehen: Der Faschismus traf die traditionelle Arbeiterbewegung als jäher, katastrophaler Schock, der die lineare Fortschrittserzählung des Vulgärmarxismus zertrümmerte; statt der erwarteten Revolution folgte die Konterrevolution. Wie tief dieser Bruch sitzt, entfaltet Fernando Esposito in seinem Beitrag *„Faschismustheorie und Modernekritik“*. Er rekonstruiert, wie sich der theoretische Fragehorizont nach 1989 verschob: Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und der Krise der klassischen Kapitalismuskritik trat die „Moderne“ an die Stelle des Kapitalismus. Aus Horkheimers Diktum wurde im akademischen Diskurs implizit die Maxime: „Wer aber von der Moderne nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“. Esposito zeigt über das Erbe der *Dialektik der Aufklärung* und Zygmunt Baumanns *Dialektik der Ordnung* auf, dass der Zivilisationsbruch kein Rückfall in prämoderne Barbarei war, sondern ein legitimer, wenn auch furchtbarer Bewohner im Haus der Moderne selbst. Doch der Band belässt es nicht bei dieser Diagnose. Durch die Beiträge von Mona Leinung – die den digitalen Faschismus via Adorno und McLuhan seziert – oder Francesca Raimondi über das Mythische bei Adorno wird die Faschismustheorie als literarisches und

mediales Phänomen greifbar, das sich im Spannungsfeld von „Verstehen und Verhindern“ bewegt. Pauls Band beweist: Um das gegenwärtige Grauen begrifflich zu fassen, müssen wir die Transformationen dieser Theoriegattung materialistisch rekonstruieren, statt sie als bloß akademische Historie abzutun.

Einen Schritt weiter in der theoretischen Aktualisierung geht Eva von Redecker mit ihrem Essay *Dieser Drang nach Härte* (S. Fischer). Sie verweigert sich der liberalen Illusion, den Faschismus als bloßen Betriebsunfall einer ansonsten intakten Demokratie zu betrachten. Stattdessen seziert sie das innere Band zwischen Eigentumsform und autoritärer Mobilisierung. Der neue Faschismus entsteht für von Redecker aus einem wütenden Besitzdenken, das sie als „liquidierende Phantombesitzverteidigung“ beschreibt. Subjekte, die im Spätkapitalismus real ohnmächtig geworden sind, klammern sich an imaginäre Ansprüche – sei es toxische Männlichkeit, rassistische Selbstjustiz oder das Bestehen auf fossilen Privilegien. Hier blitzt Walter Benjamins These auf, dass der Faschismus seine Chance darin sieht, die Massen zu ihrem Ausdruck, keineswegs aber zu ihrem Recht kommen zu lassen. Von Redecker zeigt auf, dass der

bürgerliche Begriff des Eigentums, der auf absoluter Sachherrschaft basiert, den Boden für die faschistische Fantasie bereitet. Es geht um den „faschistischen Kern fortgesetzter fossiler und biodiversitätsfeindlicher Wirtschaft“. Da der Kapitalismus in der ökologischen Katastrophe die Zukunft versperrt, schlägt das System in die bloße Verwaltung der Zerstörung um. Faschismus wird so zu einer perversierten Form von Ernst Blochs „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ – er schlägt aus dem Verschwinden von Zukunftshorizonten reaktionären Profit. Ihr Text entlarvt die aktuelle antifaschistische Praxis der bürgerlichen Mitte: Wer sich im Kampf gegen rechts mit dem Neoliberalismus versöhnt, verteidigt nur die Ordnung, die den Faschismus unweigerlich hervorbringt.

Hier schlägt die Stunde des Freudomarxismus, denn die ökonomische Basis allein erklärt noch nicht die psychische Anziehungskraft der Barbarei. Dagmar Herzogs Untersuchung *Der neue faschistische Körper* (Wirklichkeit Books) schließt direkt an die Klassiker der psychoanalytischen Sozialpsychologie an – an Wilhelm Reichs *Massenpsychologie des Faschismus*, Erich Fromms Analysen zum autoritären Charakter und Klaus Theweleits *Männerphantasien*. Herzog begreift den Faschismus nicht als rein negatives, repressives Projekt. Er funktioniert nicht nur über Angst und Verbote, sondern über das fundamentale Versprechen von Lust, Macht und libidinöser Intensivierung. Sie prägt dafür den Begriff des „sexy racism“. Der Faschismus will die Triebe nicht einfach unterdrücken, sondern er befreit sie für die Eigengruppe, indem er die sadistische Abwertung und Zerstörung der Anderen erlaubt. Herzog verknüpft diese Erotisierung des Politischen mit dem Hang zur obsessiven Behindertenfeindlichkeit, dem sie bereits in ihrem vorigen Buch *Eugenische Phantasmen* nachgegangen war. Der

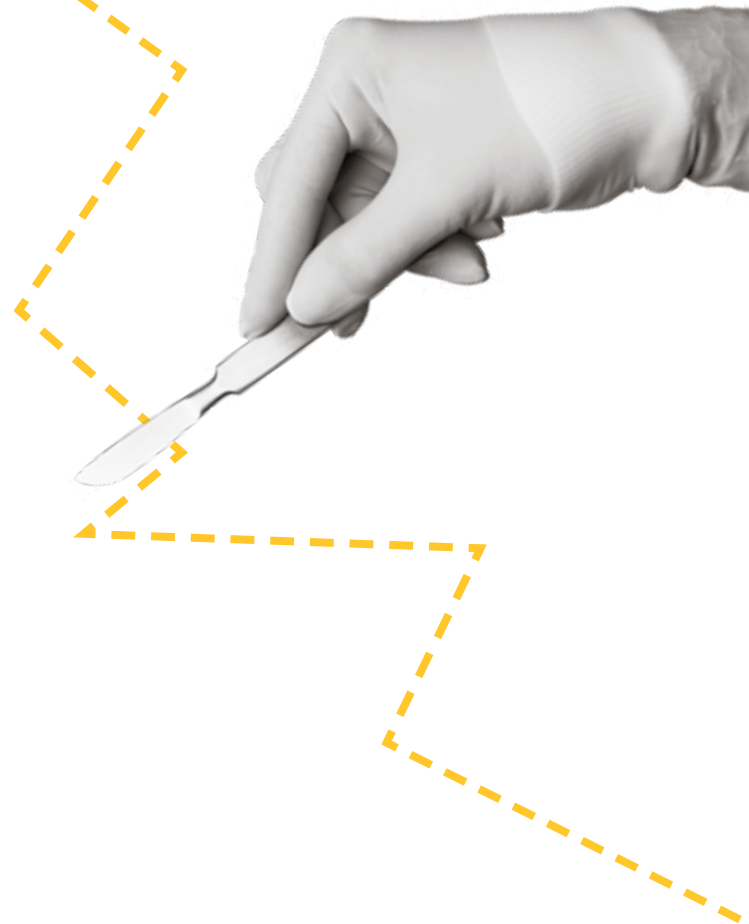
„imperfekte“, kranke oder migrantische Körper wird zur Projektionsfläche für die eigene, verdrängte Schwäche. Das ist der faschistische Charakter bei der Arbeit: Die eigene Kastrationsangst und die Ohnmacht gegenüber dem Kapital werden in sadistische Lust an der Ausgrenzung transformiert. Erschreckend präzise weist Herzog nach, wie anschlussfähig diese Triebstruktur in den vermeintlich aufgeklärten Debatten der bürgerlichen Mitte bleibt.

Diese psychische Verfassung korrespondiert mit einer epistemischen Krise, die Mark Terkessidis in *Gewalt am Denken. Wann beginnt Faschismus?* (Matthes & Seitz Berlin) seziert. Terkessidis nähert sich dem Problem von der kulturkritischen Seite und warnt vor einem schleichen den „Verlust von Sinn und Begriff“. Dieser Verlust ist die mentale Voraussetzung dafür, dass faschistische Denkmuster wieder mehrheitsfähig werden. Im Sinne von Theodor W. Adornos Begriff der „Halbbildung“ beschreibt Terkessidis, wie das spätkapitalistische Subjekt mit Informationen überflutet, aber unfähig wird, diese zu einer kritischen Totalität zusammenzufügen. Die Antwort darauf ist eine grassierende, radikale Nostalgie. Das Besondere an seiner Analyse ist die Dialektik: Er verortet den autoritären Modus des Denkens keineswegs nur am rechten Rand. Er beschreibt ein neues politisches Kontinuum der „gefährdeten Gemeinschaft“. Auch im moralischen Konsumismus der liberalen Mitte und in manch Identitätspolitik erkennt er autoritäre Züge – dabei neigt er dazu, Debatten innerhalb der Linken zu überschätzen und allzu schablonenartig vorzugehen. Richtig bleibt jedoch: Wo die Selbstdarstellung des Egos wichtiger wird als die materialistische Analyse der Verhältnisse, triumphiert die bloße

Inszenierung über die Wahrheit. Insgesamt also durchaus eine treffende Diagnose des beschädigten Lebens im digitalisierten Spätkapitalismus, in dem die Zerstörung des kritischen Denkens der Barbarei den Weg ebnet – die jedoch die Frage nach alternativen Sinnangeboten offenlässt.

In der Synthese dieser vier Werke zeigt sich das Gesamtbild unserer Epoche. Der Faschismus ist kein Fremdkörper der Moderne, sondern ihr immanentes Produkt. Der von Morten Paul herausgegebene Band liefert das historische Koordinatensystem und mahnt, dass jede Praxis ohne Theorie blind bleibt. Eva von Redecker zeigt uns den ökonomisch-ökologischen Motor: Der sterbende Kapitalismus krallt sich an sein Eigentum und wird zum Todeskult. Dagmar Herzog füllt diese Struktur mit psychologischem Gehalt, indem sie die libidinöse Ökonomie des sadistischen Genusses freilegt. Und Mark Terkessidis beschreibt die Zurichtung des Bewusstseins, die das Subjekt unfähig macht, diesen Verblendungszusammenhang zu durchbrechen.

Für alle diejenigen, die sich antiautoritär und antifaschistisch verorten, lässt sich folgern: Wer den Faschismus wirksam bekämpfen will, darf das Bestehende nicht verteidigen, sondern muss auf dessen Aufhebung hinarbeiten. Die Zerschlagung des faschistischen Potentials erfordert die Abschaffung der bürgerlichen Eigentumsordnung, die Überwindung des Staatsfetischismus und die Befreiung des menschlichen Begehrens aus den Fesseln der Verwertung.



Eva von Redecker
Dieser Drang nach Härte – Über den neuen Faschismus
(272 Seiten) 11.03.2026, erschienen
im S. FISCHER Verlag, 24 €



Morten Paul (Hg.)
Was war Faschismustheorie?
(432 Seiten) 2026, erschienen im
Verbrecher Verlag, 28 €



Mark Terkessidis
Gewalt am Denken – Wann beginnt Faschismus?
(142 Seiten) 2026, erschienen bei
Matthes & Seitz Berlin, 18 €



Dagmar Herzog
Der neue faschistische Körper
(124 Seiten) September 2025,
erschieden bei Wirklichkeit Books, 18 €

Das frankensteinische Monster des zeitgenössischen Kapitalismus

Johanna Fankel



Faschisierung

52

Unsere Autorin rezensiert die bei Suhrkamp erschienene Publikation von Quinn Slobodian und Ben Tarnoff *Muskismus. Aufstieg und Herrschaft eines Technoking*.

Wer die Entwicklungen des gegenwärtigen Kapitalismus zu verstehen sucht, kommt an seinem Namen nicht vorbei: Elon Musk. Seine Teslas rollen über unsere Straßen, seine Starlink-Satelliten umspannen den Planeten und kommen, ebenso wie seine KI Grok, in Kriegsgebieten zum Einsatz, und mit seinem just an die Börse gegangenen Unternehmen SpaceX will er den Mars besiedeln. Auf seiner Plattform X teilen Fans Musks rechte Tweets im Kampf gegen das „woke Gedankenvirus“ tausendfach. Mit der DOGE-Initiative sorgte er 2025 in der US-Regierung für ein radikales Kürzungsprogramm im Namen staatlicher Effizienz und Produktivität. Musks ökonomischer und ideologischer Einfluss ist enorm. Die von und mit ihm vorangetriebene Verschmelzung von Tech-Kapital und Staat, der Ausbau eines militärisch-technologischen Komplexes und die Radikalisierung der Tech-Elite hin zu offen-rechten, teils faschistoiden Positionen stellen eine zentrale Bedrohung unserer Zeit dar. Musk ist „Galionsfigur des digitalen Faschismus“ (Söding & Callison 2026), der zunehmend an Boden gewinnt.

Wer diese Entwicklung verändern will, muss sie verstehen. Genau hier setzen Quinn Slobodian und Ben Tarnoff mit ihrem neuen Buch *Muskismus* an. Der

englische Untertitel verspricht darüber hinaus einen Leitfaden für die Ratlosen. Dabei soll nicht Musk als Individuum im Zentrum stehen, wie er es in der öffentlichen Debatte sowieso meist tut, sondern die Welt, die er geschaffen hat; und die Welten, die ihn und die Tech-Elite so erfolgreich machten (Slobodian & Tarnoff 2026: 1). Dafür schlagen Slobodian und Tarnoff den Begriff des Muskismus vor, eine Anlehnung an den nach Henry Ford benannten Fordismus. Dieser war eine Art Betriebssystem des Kapitalismus im 20. Jahrhundert, das Massenproduktion mit Massenkonsum und dem Versprechen höherer Lebensstandards verknüpfte (ebd.: 8). Ähnlich verstehen die Autoren den Muskismus als potenzielles Betriebssystem für das „frankensteinsche Monster des zeitgenössischen Kapitalismus“. Schon das Cover der deutschen Ausgabe verweist dabei auf den neuen Souverän, dessen Macht in Unternehmen, Technologie und Kapital liegt: Es zeigt eine an Hobbes' Leviathan erinnernde Darstellung Musks, erstellt mit Grok (Musks eigenem KI-Unternehmen) (ebd.: 224). Den Titel „Technoking“ gab sich Musk innerhalb von Tesla selbst statt „CEO“.

Das Buch entfaltet sein zentrales Theorem, den Begriff des Muskismus, in zwei Teilen. Der erste Teil, „Foundation“ – eine

Anspielung auf Asimovs gleichnamige Science-Fiction-Trilogie, Musks Lieblingsbuch –, beginnt mit einer Anekdote über Musks Großvater und die US-amerikanische Technokratiebewegung der 1930er Jahre. Von dort zeichnen die Autoren Musks Weg von Apartheid-Südafrika bis ins Silicon Valley nach und zeigen mit ihm die Unternehmenslogik des sich entfaltenden Muskismus. Die Logik des Systems beruht auf einer engen Symbiose zwischen Unternehmen und dem Staat, in der öffentliche Aufträge und Subventionen politische und technologische Macht auf neue Weise verschmelzen lassen (ebd.: 38). Damit widersprechen die Autoren dem Bild Musks als Libertären. Sie zeigen ihn stattdessen als das, was er tatsächlich ist: Ein Profiteur der Ressourcen und Macht des Staates, der sein Imperium maßgeblich durch die taktische Nutzung staatlicher Aufträge aufgebaut hat und es geschafft hat, von geopolitischen Krisen und den Zyklen der Finanzmärkte zu profitieren. Konkret zeigt sich das an der Chronologie seiner Unternehmen: Schon der Aufbau des Silicon Valley war eng mit staatlicher Förderung verbunden. Auch Musk wurde Teil des Dotcom-Booms und profitierte davon (ebd.: 41). Mit PayPal veränderte er die Finanzbranche. Mit SpaceX stieg er in Raketen und Satelliten ein, gerade als



Quinn Slobodian, Ben Tarnoff
Muskismus – Aufstieg und Herrschaft eines Technoking
 (281 Seiten) 18.02.2026,
 erschienen bei Suhrkamp, 22 €

die USA im Zuge des „Kriegs gegen den Terror“ ab 2001 die Privatisierung ihres Sicherheits- und Militärapparates initiierten (ebd.: 65). Mit Tesla baute er E-Autos, als unter Obama der Green New Deal ausgerufen wurde (ebd.: 90).

Musk verkauft eine neue „Souveränität als Dienstleistung“ (ebd.: 57): das Versprechen von Unabhängigkeit durch Technologie. Auf Produktionsebene drückt sich das in der vertikalen Integration aus. Die Palette der Produkte drängt in sämtliche Lebensbereiche, von Solarpaneelen über Elektroautos bis hin zum Satelliteninternet. Was bleibt, ist jedoch keine Souveränität, sondern eine vertiefte Abhängigkeit von Musks Systemen, die sich per Knopfdruck abschalten oder mit höheren Gebühren belegen lassen (Slobodian & Tarnoff 2026b). Zugleich ist deren Datenverarbeitung undurchschaubar und eine weitere Quelle für Musks Profit. Mit seinen aktuellen Plänen zur Besiedlung und Ressourcennutzung des Mars weitet er seinen Anspruch bis ins Weltall aus.

Der *zweite Teil*, „Cyborg“, widmet sich jüngeren Entwicklungen: Musks Hinwendung zu sozialen Medien und rechten Ideologien, zu Künstlicher Intelligenz, zur Regierung Trumps sowie seiner Vision einer Verschmelzung von Mensch und Maschine. Slobodian und Tarnoff zeigen, dass Musk zunehmend davon überzeugt ist, dass Menschen mit Informationstechnologie verschmelzen und so zu einem „kybernetischen Kollektiv“ werden (ebd.: 152). Nachvollziehbar wird diese Denkweise an Musks unternehmerischen Aktivitäten: der Mitgründung von OpenAI 2015, der Gründung des Gehirnimplantat-Unternehmens Neuralink und schließlich der Übernahme von Twitter 2022. Neuralink, das am wenigsten bekannte dieser Unternehmen, erforscht Gehirnimplantate, die das Bewusstsein der Nutzer*innen direkt mit dem Internet verbinden sollen (ebd.: 158). Von neuronal optimierten Soldaten bis zur Möglichkeit, Informationen und Propaganda direkt ins Gehirn einzuspeisen, diskutiert das Buch die erschreckend weitreichenden Kontrollmöglichkeiten, die mit solchen, als Befreiung verkauften Technologien verbunden sind.

Aus dieser Cyborg-Fantasie erklären die Autoren auch Musks Rechtsruck und seine Transfeindlichkeit. Was die

Grenzen zwischen „Natürlichem“ und „Künstlichem“ verschiebt, begreift Musk als Bedrohung seiner eigenen Herrschaft (ebd.: 173). Diese Haltung radikalisiert sich zunehmend: Musk mobilisiert gemeinsam mit Trump die MAGA-Bewegung, vernetzt sich mit rechten Parteien weltweit und schafft mit Grok ein Gegenstück zur angeblich „woken KI“ ChatGPT. Seit 2023 bezeichnet er sinkende Geburtenraten und „Masseneinwanderung“ als die größten Bedrohungen der westlichen Zivilisation und schließt sich der rechts-extremen Verschwörungserzählung des „großen Austauschs“ an (ebd.: 184).

Ohne Musk ein geschlossenes Weltbild zu unterstellen oder in ihn hineindeuten zu wollen, setzen sich die Autoren intensiv mit seinen Äußerungen und Auftritten dieser Zeit auseinander. Schließlich blicken sie auf Musks Rolle bei der US-Abteilung für Regierungseffizienz DOGE. Offiziell verfolgte die Abteilung das Ziel, die Technologie der Behörden zu modernisieren und ihre Effizienz zu steigern. Real verschaffte DOGE Musk direkten Zugriff auf sensible Daten von US-Bürger*innen, baute staatliche Überwachungskapazitäten aus, kürzte Sozialleistungen und verbesserte Technologien zur Erfassung von Einwander*innen. Musks Unternehmen profitierten prächtig von ihren neuen Regierungsaufträgen (ebd.: 199).

Dieses Muster reicht über Musk hinaus. Die Verflechtung von Tech-Kapital, Militär und Regierungsapparaten findet sich auch bei anderen Unternehmen wie Palantir. Eng verbunden mit Finanzakteuren und staatlich subventioniert, haben sich Palantir wie auch Musks Imperium zu zentralen Infrastrukturen der Überwachung, der Abschiebung und des Krieges im zeitgenössischen Kapitalismus erhoben. Das Buch zeigt dies eindringlich. Zugleich werfen die Autoren Fragen auf, die sie nicht durchgängig beantworten. Die wohl wichtigste: Was ist Muskismus nun genau? Slobodian und Tarnoff verstehen ihn „weniger als den Beginn einer komplett neuen Ära der globalen Wirtschaftsgeschichte, sondern vielmehr als eine potenzielle politische und ökonomische Entwicklung“ (Slobodian & Tarnoff 2026a). Ob er Produktionsweise, Weltverständnis, politisches Projekt oder alles zugleich ist, bleibt offen (Struwe 2026).

Diese Unschärfe lässt sich auch auf den zweiten Teil zurückführen: Spannend und notwendig wäre es gewesen, Musks Radikalisierung und seine Cyborg-Fantasien stärker an die strukturelle Diagnose des ersten Teils zu binden, statt sie vor allem an seiner Person zu entfalten (Bade 2026). Eine wichtige Erweiterung wäre zudem die internationale Dimension und die Frage, ob sich der Muskismus auch in Europa verankern kann, in dem zwar keine vergleichbare eigene Tech-Kapitalistenklasse existiert, sich aber die zunehmende Verschmelzung von nationalen und Unternehmensinteressen ebenso beobachten lässt (Slobodian & Tarnoff 2026a). Auch ließe sich die globale Kehrseite des Versprechens von „Souveränität durch Technologie“ vertiefen: die Rohstoff-Lieferketten, über die Lithium, Kobalt und Nickel in Ländern wie Brasilien, der Demokratischen Republik Kongo oder Indonesien unter brutalen Bedingungen abgebaut werden, da Tesla direkt Verträge mit den dortigen Minenbetreibern schließt.

Am Ende des Buches skizzieren Slobodian und Tarnoff vier pessimistische Zukunftsszenarien des Muskismus. Über deren Wahrscheinlichkeit lässt sich streiten. Unbeantwortet bleibt dabei, welche Formen Widerstand gegen dieses System annehmen müssten, um erfolgversprechend zu sein. Im Interview argumentieren die Autoren, dass KI eingeschränkt werden müsse und Politik nicht als Programmierung, sondern als „Prozess kollektiver Intelligenz und Kreativität von unten“ gedacht werden solle (Slobodian & Tarnoff 2026b). Das ist zwar eine nette Floskel, sie formuliert aber keine politische Strategie. Dabei liefert die Analyse der Autoren durchaus mögliche Antworten: Wenn Musk seine Souveränitätsfantasien aus dem Eigentum und der Kontrolle über Infrastrukturen zieht, liegt die Perspektive auf demokratische Kontrolle und Vergesellschaftung als wirksame Gegenstrategie nahe.

Folgt man dem von Slobodian und Tarnoff aufgemachten Vergleich mit dem Fordismus weiter, lässt sich festhalten: Wie schon der Fordismus verändert auch der Muskismus die Formen des Arbeitskampfes. Das zeigen neu entwickelte Formen des Widerstandes: Im April 2026

versammelte die Konferenz „Cables of Resistance“ in Berlin – nach eigenen Angaben die erste Bewegungskonferenz gegen Big Tech – Aktivist*innen aus Klima-, Mieten-, feministischen und antifaschistischen Kämpfen sowie aus Gewerkschaften (Wahmkow 2026). In den USA demonstriert die „Tesla Takedown“-Bewegung seit über einem Jahr gegen Musks Einfluss auf die Regierung. In Grünheide formiert sich seit Jahren Protest gegen die Tesla-Gigafabrik. Die „Tech Workers Coalition“ zeigt, wie Organisation in der Tech-Branche selbst aussehen kann – und in Indonesien verbinden sich Proteste gegen die Arbeitsbedingungen in den Nickel-Minen mit dem Schutz des Regenwaldes und den Rechten indigener Bevölkerung. Viele weitere Bewegungen unserer Zeit kämpfen gegen Überwachung, Militarisierung und Krieg. So unterschiedlich diese Kämpfe oft auch sind, eint sie doch die Klammer des Kampfes gegen die Folgen des von Slobodian und Tarnoff beschriebenen Systems des Muskismus. Wie seine Entstehungsbedingungen aussehen und zusammenhängen, zeigt das lesenswerte Buch in einer Analyse von erstaunlicher Dichte: eine theoretische Grundlage, die zu kämpferischen Antworten werden kann.

Weiterlesen

- Bade, L. (2026). *Lesenotiz zu Ben Tarnoff und Quinn Slobodian: Muskismus*. <https://www.theorieblog.de/index.php/2026/04/lesenotiz-zu-ben-tarnoff-und-quinn-slobodian-muskismus/>
- Rehlinger, H. (2026). Buch über Musks Mind Control-Fetisch: Elon Musk will unsere Souveränität. *Die Tageszeitung: taz*. <https://taz.de/Buch-ueber-Musks-Mind-Control-Fetisch!/6159710/>
- Slobodian, Q., Tarnoff, B. (2026a). *Der »Muskismus« will Staat und Wirtschaft verschmelzen*. Interview geführt von C. Rübe. *Surplus – Das Wirtschafts magazin*. <https://www.surplusmagazin.de/slobodian-und-tarnoff-der-muskismus-ist-eine-mutation-von-staat-und-wirtschaft/>
- Slobodian, Q., Tarnoff, B. (2026b). Muskismus setzt eher auf sozialen Krieg. Interview geführt von M. Bönnemann. *Verfassungsblog*. <https://doi.org/10.59704/7b6e3527ed34e96a>
- Söding, T., & Callison, W. (2025). Aufstieg rechter Unternehmer: Galionsfigur des Tech-Faschismus. *Die Tageszeitung: taz*. <https://taz.de/Aufstieg-rechter-Unternehmer!/6059609/>
- Struwe, A. (2026). *Alle Macht dem Technoking?* nd-aktuell.de. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1198436.buch-muskismus-alle-macht-dem-technoking.html>
- Wahmkow, J. (2026). Widerstand gegen Tech-Konzerne: Big Tech den Stecker ziehen. *Die Tageszeitung: taz*. <https://taz.de/Widerstand-gegen-Tech-Konzerne!/6167755/>

Hans-Jürgen Krahls und die Rekonstruktion der kritischen Gesellschaftstheorie

Internationale Konferenz im Frankfurter Archiv der Revolte

Die Konferenz behandelt eine untergründige Tradition der Kritischen Theorie, die in den 1960er Jahren von Denkern um Hans-Jürgen Krahls entwickelt wurde, darunter Alexander Kluge, Oskar Negt und Detlev Claussen, und will auf dem wachsenden wissenschaftlichen und politischen Interesse daran und von ihr ausgehende zeitgenössische Forschung aufbauen. Sie wird von einem internationalen Komitee aus Deutschland, Italien, den USA, Iran und Spanien organisiert und findet im Frankfurter Archiv der Revolte statt.

Von Adorno, Horkheimer wie auch Rudi Dutschke als einer der klügsten Köpfe des SDS angesehen, widmete sich Krahls neben dem Versuch einer Rekonstruktion der kritischen Gesellschaftstheorie zur Zeit des damaligen Spätkapitalismus, hauptsächlich der Organisationsfrage. Dafür setzte er sich neben Marx mit Benjamin, Korsch, Lukacs, Horkheimer und Marcuse auseinander, aber auch mit internationalen Autoren wie Sartre, Henri Lefebvre und Rancière, und stand im Austausch mit internationalen Aktivist*innen wie Furio Cerutti oder Angela Davis. Sein Werk wurde insbesondere in Italien unter anderem durch Antonio Negri rezipiert.

Anders als die späteren Bewegungen der Neuen Linken sahen sie in kultureller und ökonomischer Emanzipation keine Gegensätze. Während viele soziale Bewegungen heute Einzelthemen fokussieren

– was einer allgemeineren akademischen Tendenz entspricht, soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Probleme als voneinander unabhängig zu betrachten –, stellte sich Krahls Auffassung von Organisation und Praxis in der Gegenwart der Herausforderung, die Gesellschaft als Ganzes zu betrachten.

Krahls und seine Mitstreiter im SDS hatten Adornos schwerwiegende Diagnose der autoritären und destruktiven Potenziale der westlichen Zivilisation übernommen – mit ihr gerieten sie jedoch hinsichtlich der Frage, wie man in der Zeit des Kalten Krieges politisch und praktisch intervenieren sollte, in eine theoretischen Sackgasse. Ihre innovativen Überlegungen zur Strategie und zur Organisationsfrage, die organisationsinterne Demokratie mit anti-autoritärer Disziplin verknüpfen und eine konkrete Einheit von Theorie und Praxis zum Ziel haben, stellen auch für die heutigen Studierenden und Forschungen äußerst belastbare Orientierungsgrundlegend dar.

Denn sie befinden sich zu einer dem Kalten Krieg und dem atomaren Bedrohung durchaus vergleichbaren Situation. Angesichts empirischer Evidenz, die den bevorstehenden Zusammenbruch beispielsweise des atlantischen Strömungssystems belegt, ist es heute nicht mehr nur kennzeichnend für einen biblischen Propheten oder eine pessimistische Kulturkritik, zu

behaupten, dass die derzeitige Organisation der Gesellschaft die Lebenserhaltungsfähigkeit der Erde bedroht. Die in solch abgründigen Momenten unvermeidliche Frage „Was tun?“ wird jedoch allzu oft mit einfachen Antworten abgetan und durch die Illusion sinnvollen Handelns ersetzt. Aus diesem Grund sind es Werke wie das Krahls'sche, die – wobei sie ihre eigene Rekonstruktion unter den veränderten historischen Bedingungen unserer Gegenwart erfordern – künftigen Generationen und Forschenden ermöglichen werden, kluge Entscheidungen darüber zu treffen, wie in Zeiten manifester Krise umsichtig und effektiv vorzugehen ist.



Termin stand bei Redaktionsschluss noch nicht,
siehe dazu www.hansjuergenkrahle.net





NÄHE

Nie war es so einfach, mit Menschen auf der ganzen Welt in Kontakt zu treten. Innerhalb von Sekunden verschicken wir Nachrichten, verfolgen Kriege per Livestream oder sehen zu, wie auf der anderen Seite der Erde eine Demonstration beginnt. Gleichzeitig verhärten sich politische Lager, Einsamkeit wird zu einem Massenphänomen und selbst dort, wo wir Tür an Tür leben, begegnen wir einander häufig mit Gleichgültigkeit. Was also bedeutet Nähe heute überhaupt?

Wir können uns einer Freund*in verbunden fühlen, obwohl uns Hunderte Kilometer trennen. Gemeinsame Erfahrungen, Vertrauen oder ein geteiltes Verständnis der Welt können mehr Nähe schaffen als das tägliche Zusammenleben. Umgekehrt können Menschen, mit denen wir wohnen, arbeiten oder studieren, uns fremd werden. Genauso kann eine Liebesbeziehung Nähe, Vertrauen und Zuneigung bedeuten. Zugleich macht sie verletzlich. Wer einem Menschen nahekommt, setzt sich der Möglichkeit von Enttäuschung, Zurückweisung oder Verlust aus.

Zwischen dem Wunsch nach Verbundenheit und dem Bedürfnis nach Distanz müssen Beziehungen immer wieder neu ausgehandelt werden. Wie verändern Dating-Apps, soziale Medien oder gesellschaftliche Vorstellungen von Liebe und Partner*innenschaft unsere Formen der Intimität? Welche Rolle spielen Einsamkeit, Fürsorge oder Begehren für das, was wir als Nähe erfahren? Und wie lassen sich Liebe und Intimität unter den Bedingungen bürgerlicher Kälte leben?

Räumlich liegen Frankfurt, Offenbach und Rüsselsheim nur wenige Kilometer auseinander. Doch während Offenbach in den vergangenen Jahren einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt und für viele Frankfurter*innen zum Ausweichort angesichts explodierender Mieten geworden ist,





prägt in Rüsselsheim die Krise der Automobilindustrie und hat mit Wegzug zu kämpfen. Bereits wenige Meter können soziale Welten voneinander trennen. Besonders deutlich wird dies in Frankfurt beim Überqueren der Mainzer Landstraße – zwischen Westend und Bahnhofsviertel. Auf der einen Seite Gründerzeitvillen, Vermögen und abgesicherte Lebensverhältnisse, auf der anderen Partyszene, offene Drogenszene und vielfältige Gewaltverhältnisse. Oft liegen Reichtum und Armut nah beieinander. Räumliche Nähe muss keine Ähnlichkeit oder Gleichheit bedeuten, trotzdem können diese nahe Verschiedenheit zusammenhängen. »Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.«, heißt es in Bertolt Brechts »Lob des Lernens«.

Nähe ist auch eine politische Frage. Wer gilt als »einer von uns«? Wer sind unsere Kompliz*innen, Genoss*innen oder politische Gegner*innen? Mit wem sind wir solidarisch? Auf wen ist Verlass? Warum berühren uns manche Katastrophen unmittelbar, während andere kaum Beachtung finden? Welche Rolle spielen Medien, Nationalstaaten oder ökonomische Verhältnisse dabei, Nähe und Distanz herzustellen?

Nähe kann ein soziales, räumliches oder zeitliches Verhältnis zu uns selbst, zu anderen Menschen oder zu Orten beschreiben. Sie kann sich in geographischer Entfernung ausdrücken oder in einem Gefühl der Verbundenheit, das jede Distanz überwindet. Nähe entsteht nicht einfach, sie muss hergestellt werden – durch gemeinsame Erfahrungen, Sprache, Erinnerungen, Fürsorge oder politische Kämpfe. Zugleich ist sie ungleich verteilt: Wer kann sich Wohnraum in der Nähe des Studien- oder Arbeitsorts leisten? Wer wird an den Rand der Städte gedrängt? Wer darf Grenzen überwinden und wer wird auf Distanz gehalten? Welche Nähe suchen wir – und welcher versuchen wir zu entkommen?

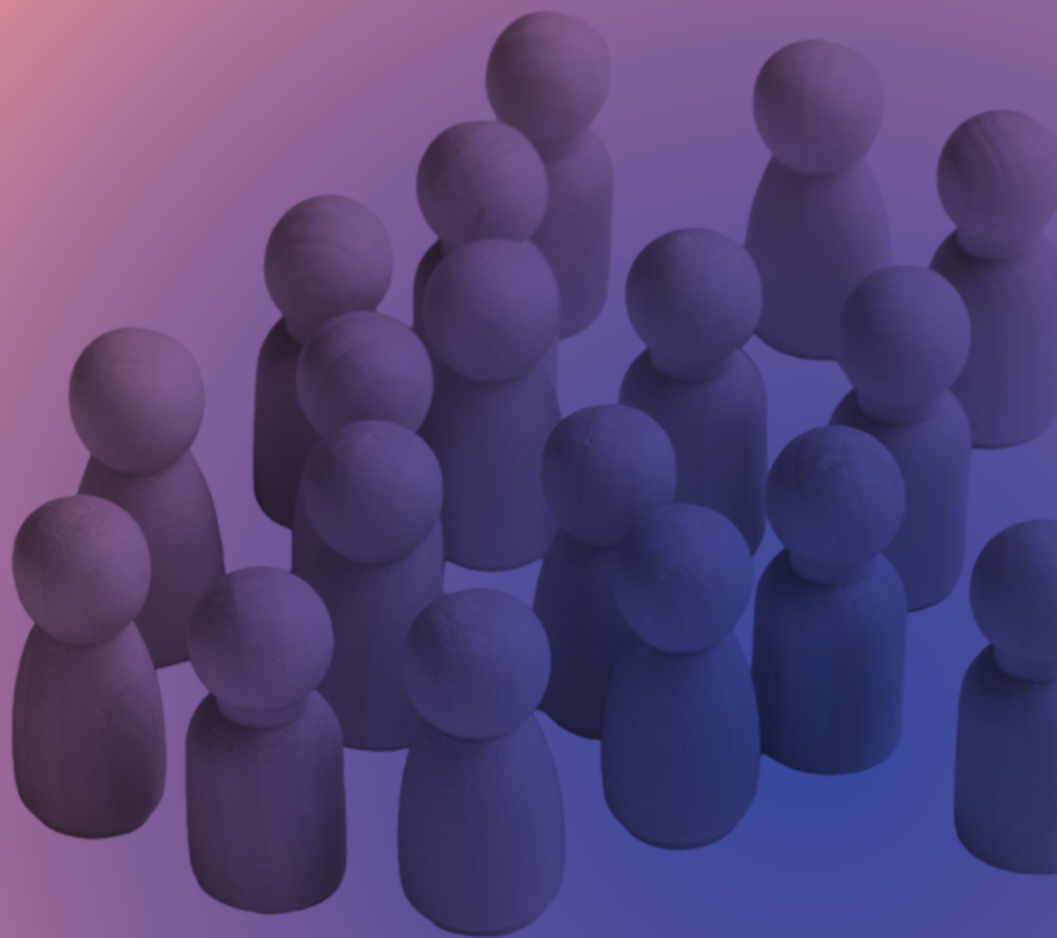
Für die Herbstausgabe der AStA-Zeitung suchen wir Beiträge, die sich mit dem Thema »Nähe« auseinandersetzen. Wir freuen uns über Texte zu Freund*innenschaften, Liebe und Fürsorge ebenso wie über Beiträge zu Nachbar*innenschaft, Stadtentwicklung, Geschichten aus eurer Wohngemeinschaft, politischer Solidarität, sozialer Ungleichheit oder den Widersprüchen digitaler Vernetzung. Uns interessieren Überlegungen dazu, wie Nähe entsteht, wie sie verloren geht und welche gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen, wer einander nahe sein kann und wer auf Distanz gehalten wird.

Wie immer sind unterschiedliche Textformen willkommen. Probiert euch gerne an Essays, Reportagen, Interviews, Rezensionen oder anderen journalistischen Formaten aus. Auch literarische Texte, Fotostrecken und Illustrationen freuen uns. Einsendungen, die nicht zum Schwerpunktthema passen, können in unserer Rubrik »Forum« erscheinen oder auf unserer Website veröffentlicht werden.



Eure AStA-Zeitungsredaktion

Bitte beachtet dabei die Beschränkung
auf 10 000 Zeichen. Eure Beiträge
sowie Fragen könnt ihr uns per Mail an
zeitung@asta-frankfurt.de
bis zum 15.09.26 schicken.



AStA

Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Frankfurt am Main

im Studierendenhaus Bockenheimer,
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt

Tel 069 798–23181

Fax 069 7020–39

e-mail info@asta-frankfurt.de
asta-frankfurt.de

Sekretariat Andy Uphoff

im Studierendenhaus, Raum B2

Öffnungszeiten

Mo, Mi, Do 10–12Uhr

14–16 Uhr

Tel 069 798–23181

Fax 069 7020–39

e-mail info@asta-frankfurt.de

BERATUNG & HILFE

AStA-Sozialberatung

Persönliche Beratungstermine

siehe asta-frankfurt.de. Anfragen über

soziales@asta-frankfurt.de

AStA-Mietrechtsberatung

immer donnerstags 16–18 Uhr

im AStA Haus (Random White House)

IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

DGB Campus Office –

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Die Beratung findet im Rahmen

der AStA-Sozialberatung statt.

Fördermöglichkeiten

für Studierende mit Behinderung

www.barrierefrei-studieren.de

Studentischer Projektrat

studentischer-projektrat.org

e-mail mail@studentischer-projektrat.org

Wohnraum gesucht! — wohnraum-gesucht.de

Nightline Frankfurt

Mo, Mi, Fr 20–24 Uhr, per Chat

Di, Do 20–24 Uhr, per Telefon

Tel 069 798–17238

e-mail info@nightlineffm.com
nightlineffm.com

Goethe Law Clinic

im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes auf dem
IG Farben Campus; Offene Sprechstunde

Fr 10–12 Uhr

Psychoziale Beratung des Studierendenwerks

im Beratungszentrum IG Farben Campus,

SKW-Gebäude; Offene Sprechstunde

Di, Do 13–15 Uhr

Tel 069 798–34924

e-mail [psychosozialberatung@](mailto:psychosozialberatung@studentenwerkfrankfurt.de)
[studentenwerkfrankfurt.de](mailto:psychosozialberatung@studentenwerkfrankfurt.de)

AUTONOME REFERATE

Autonomes AusländerInnenreferat

Tel 069 798–25236

e-mail alrf@stud.uni-frankfurt.de

Autonomes FLinta-Referat

e-mail aflr@riseup.net

[instagram.com/aflintar](https://www.instagram.com/aflintar)

Tel 069 798–23095

Autonomes Queer-Referat

[instagram.com/queerfemref](https://www.instagram.com/queerfemref)

Autonomes Inklusionsreferat

e-mail inklusion@asta-frankfurt.de

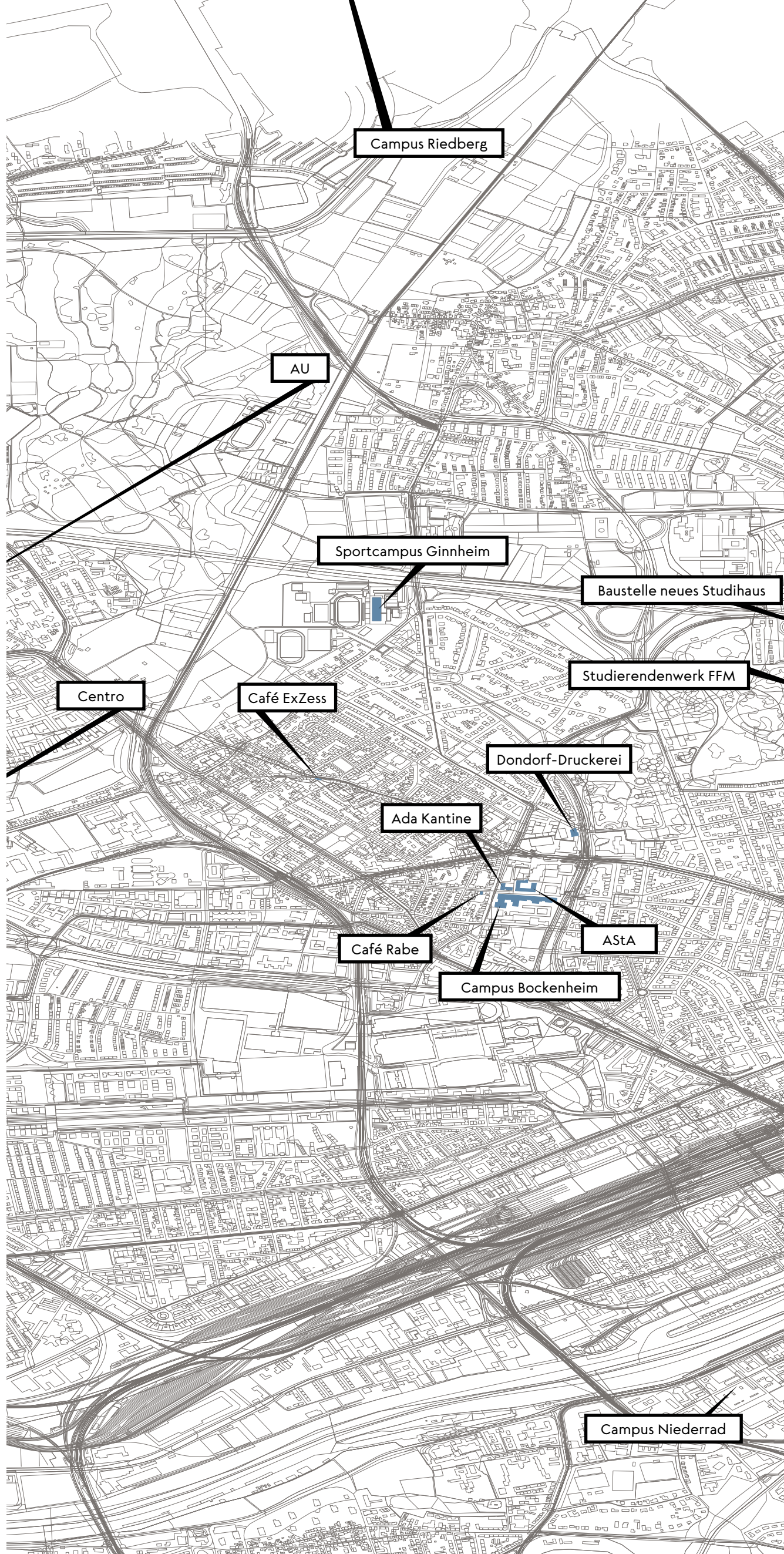
Autonomes Elternreferat

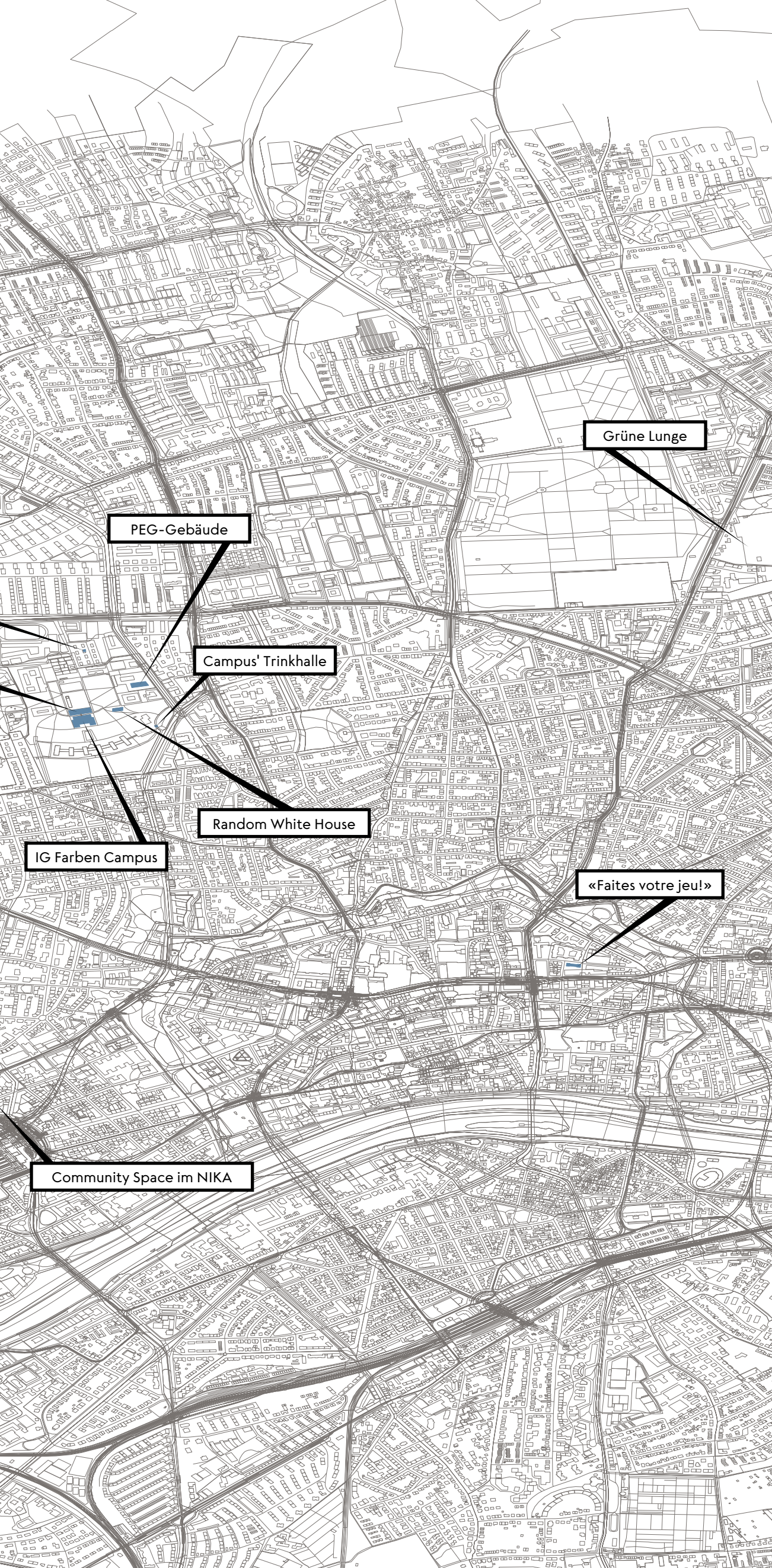
Tel 0152 23535351

e-mail eltern@asta-frankfurt.de

Autonomes Hilfskräftereferat

e-mail hilfskraefte@asta-frankfurt.de





UNI-INITIATIVEN

Initiative Studierender am IG-Farben Campus
initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de

Initiative Kritische Ökonomik
kritische-oekonomik.de

AK Kritische Jurist_innen der Uni Frankfurt
facebook.com/akjffm – akj-frankfurt@gmx.de

Academic Experience Worldwide
www.aeworldwide.de

UTV – facebook.com/utvfrankfurt
youtube.com/utvfrankfurt

Unter_bau – Hochschulgewerkschaft, unterbau.org

Campusradio DauerWelle – radiodauerwelle.de

diskus - Student_innenzeitschrift
diskus.copyriot.com

SELBSTVERWALTETE RÄUME AN DER UNI

Random White House
randomwhitehouse@riseup.net

Philo-Café, IG 2.451

Café KOZ, Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

Campus Trinkhalle, am IG Farben Campus

Café Anna Blume, IG Ø.155

TuCa, PEG 1.G 208, IG Farben Campus

Fachschaftscafé Jura & WiWi,
RuW 1.127, IG Farben Campus

STADTPOLITISCHE INITIATIVEN

Project Shelter – www.projectshelter.net

Stadt für Alle – www.stadt-fuer-alle.net

Offenes Haus der Kulturen – Initiative für die
Nachnutzung des Studierendenhauses Bocken-
heim als selbstverwaltetes Zentrum, ohdk.de

ORTE UND ZENTREN

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz
zur Zeit ohne Wohnsitz — www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!» im ehemaligen Polizei-
gefängnis »Klapperfeld« Klapperfeldstraße 5,
60313 Frankfurt, — www.klapperfeld.de

Café ExZess Leipziger Straße 91,
60487 Frankfurt — www.cafe-exzess.tk

AU in der Au 14–16, 60489 Frankfurt
www.au-frankfurt.org

Community Space im NIKA im Community
Space des Hausprojektes NIKA sind regelmäßig
Veranstaltungen und Ausstellungen.
Niddastraße 57, 60329 Frankfurt am Main

Grüne Lunge am Günthersburgpark, Bedrohte
Gartenanlage mit politischen & alternativen
Projekten. Schlinkenweg 60389 Frankfurt a. M.

Pupille e. V. – Kino in der Uni
jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3 €,
Campus Bockenheim, www.pupille.org

Centro – Soziales Zentrum, Alt-Rödelheim 6

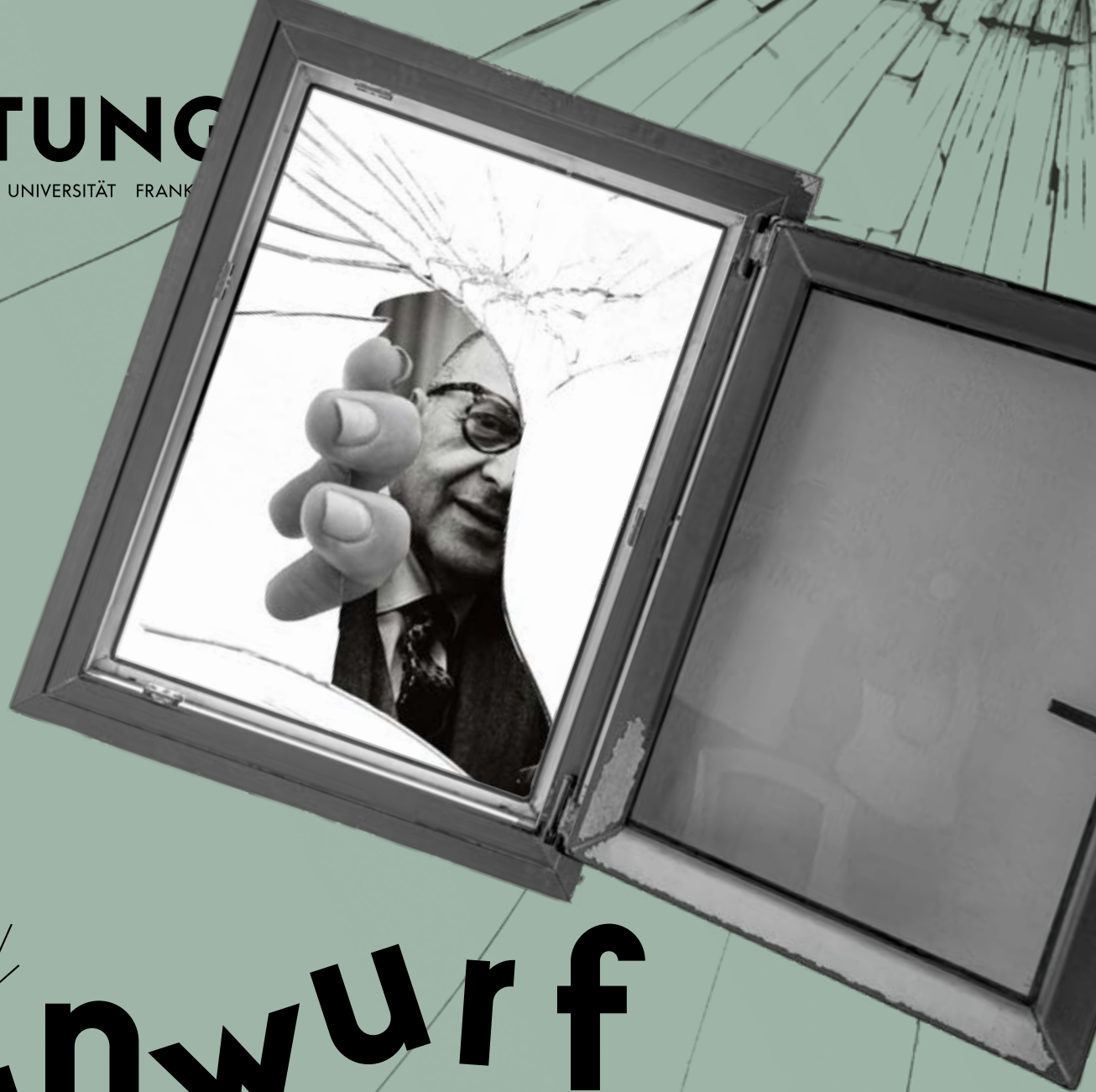
Ada Kantine – Stadtteilkantine, Mertonstr. 30,
ada-kantine.org

Café Rabe – Begegnungsraum, Jordanstr. 3,
cafe-rabe.org

2og:dondorf – Community Space,
Veranstaltungsraum und Initiativen,
in der Dondorf-Druckerei, Sophienstr. 1–3

AStA ZEITUNG

ZEITUNG DER STUDIERENDENSCHAFT DER UNIVERSITÄT FRANKFURT



Wie ein Steinwurf ins Fenster

Die AStA-Zeitung ist die Zeitung der Studierendenschaft der Goethe-Universität Frankfurt. Die AStA-Zeitung erscheint im Regelfall viermal jährlich, davon wird eine Ausgabe vor anstehenden Wahlen zum Studierendenparlament unterschiedslos an alle Studierenden der Goethe-Universität im Inland verschickt. Die Ausgaben jenseits der Wahlausgabe werden nur an Abonnent*innen verschickt.

→ Ein Abonnement im Inland ist für Studierende der Goethe-Universität bereits im Studierendenschaftsbeitrag enthalten, zusätzliche Kosten entstehen somit nicht!

→ Für alle, die nicht an der Goethe-Universität studieren, kostet das Abo (ohne Wahlausgabe) inklusive Versand €10.

asta-zeitung.de

Jetzt

abonnieren